

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Rollenliste oder deren Raum 60 Wfr. für politische und gewerkschaftliche Versammlungen und Versammlungskartellen 30 Wfr. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Wfr. (zweiwöchige 2 betriebsdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Wfr. Streifenliste und Schließlistenanzeigen das erste Wort 10 Wfr., jedes weitere Wort 5 Wfr. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 12. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Es geht aufwärts.

Wir hatten uns nicht getäuscht, als wir vor etwa zwei Jahren im „Vorwärts“ schrieben, ein Erwachen der revolutionären Energie in der russischen Arbeiterklasse sei nur von dem wirtschaftlichen Aufschwung zu erwarten. In den letzten anderthalb Jahren geht es ebenso bestimmt aufwärts, wie in den vorherigen zwei bis drei Jahren abwärts. Die in manchen Parteikreisen gehegte Hoffnung, daß die chronische Krise zur Verschärfung der Unzufriedenheit, zur Empörung der Massen und zu einer neuen Revolution führen werde, hat sich in keiner Weise erfüllt. Es konnte auch gar nicht anders sein. Die Revolution, durch den Gegensatz zwischen den kapitalistischen Produktivkräften einerseits, der agrarischen und der staatlichen Barbarei andererseits entstanden, nicht wegen angeblicher taktischer Fehler, sondern wegen der ungenügenden Kraft der revolutionären Klasse durch die Reaktion bezwungen, kann sich entfalten und zum Siege gelangen nur auf dem Wege der weiteren Entwicklung der neuen sozialen Klassen, durch Verschärfung der sozialen Kräfte zugunsten des Proletariats, durch fortschreitende Verschärfung des grundsätzlichen Gegensatzes zwischen den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung und dem Rahmen des scheinverfassungsmäßigen Zarenismus. Hätte die Revolution bei ihrem ersten Anlauf gesiegt, den Bauern befreit, den Feudaladel samt seiner monarchischen Spitze zur Strecke gebracht, dann hätte Rußlands ökonomische Entwicklung riesenhafte Dimensionen angenommen. Weil sie aber dies zu vollbringen nicht vermochte, muß die Geschichte ihre soziale Ministerarbeit weiter führen. Der wirtschaftliche Aufschwung wird dabei zu ihrem bewegenden Faktor.

Die russische Bourgeoisie hatte lange auf „Besserung“ gewartet. Bei den ersten Anzeichen der industriellen Belebung stürzte sie sich Hals über Kopf auf das Gebiet der zügellosen Börsenspekulation. Indem sie dabei die natürliche Erweiterung der Produktion vielfach überstürzte, erfährt sie bittere Rückschläge. Für ein paar Monate verfällt sie dann in pessimistische Stimmung, schimpft auf die Regierung oder tobt sich in einem platonischen Imperialismus aus, um gleich darauf, auf den weiteren Aufschwung der Industrie gestützt, einen neuen Börsenzug der Gabel zu beginnen.

Die Presseorgane der Regierung und insbesondere des Finanzministers Kolozoff haben sich in diesem Frühling große Mühe gegeben, das Börsenpublikum zur Räson zu bringen. Die Konjunktur sei freilich befriedigend und vielversprechend, aber bei weitem noch nicht so glänzend, um diese fieberhafte Gausse der Dividendenpapiere zu rechtfertigen. Macht Euer Spiel, Ihr Herren, aber mit etwas mehr Mäßigung, denn sonst reißt Ihr in den Krach hinein! — Daß der russische Finanzminister, der bewährte Meister des Börsenschwindels, in manchen Staatsrenten jetzt plötzlich als strenger Börsenmoralist auftritt und das „gesunde“ Verhältnis zwischen Produktion und der Börsengebarung durch Mäßigkeitspredigten aufrecht zu erhalten strebt, ist ein wirkliches Schauspiel für Götter. Die beutegierigen Götter der Börse finden aber wenig Spaß daran. Sie treiben ihr Geschäft weiter — in den Krach hinein.

Der unvermeidliche Börsenkrach, dessen Symptome schon jetzt zu spüren sind, wird aber bei weitem noch nicht den Anfang einer neuen Handelskrise bedeuten. Umgekehrt. Man kann mit Gewißheit annehmen, daß erst nachdem eine hübsche Börsenkatastrophe die Luft gereinigt und dem großen Publikum Räson eingepaukt haben wird, das Finanzkapital aus der Sphäre der Spekulation in die Sphäre der Produktion drängen und dadurch erst den wirklichen industriellen Aufschwung befördern und befestigen wird.

Für das Proletariat bedeutet dies eine Periode der Gesundung und Sammlung der Kräfte. Die soeben erschienene Nummer des legal erscheinenden Organs des Petersburger Metallarbeiter-Verbandes schreibt darüber folgendes:

... Nichts ist imstande, den siegreichen Aufgang der Sonne aufzuhalten. ... Die Zeichen der Belebung mehren sich im Lande von Tag zu Tag. Immer wahrnehmbarer wird der neue industrielle Aufschwung. Infolgedessen verringert sich die Armee der Arbeitslosen, die gleich einem Bleigewicht den Willen und die Aktivität der Arbeiterklasse niedergedrückt hatte. Der große Schrecken, durch die Niederlagen der Jahre 1905—1907 geschaffen, verschwindet in den Arbeiterkreisen. Es wächst die Lust am Kampf, neue Kräfte werden gesammelt, je länger, desto stärker wächst die Streikbewegung. ... Das Proletariat, der Hauptbeweger des öffentlichen Kampfes in Rußland, erwacht. Und das Proletariat, das die Basis der sozialen Pyramide bildet, kann nach einem bewährten Wort kein einziges Glied bewegen, ohne dabei den ganzen Bau bis zu seiner Spitze ins Wanken zu bringen.

Das Zitat zeigt zu gleicher Zeit, welche mutigen und würdevollen Töne unsere legale Arbeiterpresse führt. Die letzte Nachricht aus Rußland lautet aber, daß der Stadtnatthaltnik (Stadthauptmann) von Petersburg die Zeitschrift augenscheinlich eben wegen des zitierten Artikels mit 500 Rubel Strafe belegt hat — nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Male.

Die Wiedererstehung der Partei geht zugleich auf zwei Gebieten der Tätigkeit vor sich: in den offenen Berufs- und Bildungsvereinen wie in dem unterirdischen Versteck. Die illegalen Organisationen be-

kommen einen günstigeren Resonanzboden in der neuen lebendigeren Stimmung der Massen. Die Petersburger geheimen Bezirksorganisationen entfalten eine schon seit Jahren nie dagewesene rege Tätigkeit in kleinen Versammlungen, Flug-schriften und improvisierten Meetings nach dem Arbeitschluß auf den Werkstätten. Moskau ist auf diesem Gebiete wie auch auf dem der legalen Vereinigungen weit zurückgeblieben. Die Kiewer Organisation entfaltet im letzten Jahre eine sehr intensive Agitationsarbeit vermittelt einer geheimen Druckerei. In Riga zählt die lettische Sozialdemokratie 1500 Parteimitglieder. Die vor etwa drei Monaten stattgefundene kalasische Parteikonferenz hat 1080 zahlende Parteimitglieder vertreten. Von großer Wichtigkeit sind ihre Resolutionen, von denen eine hervorhebt, daß der die oberen Parteikreise zerreißen Streit zwischen den „Liquidatoren“ und „Antiliquidatoren“ künstlich aufgebauscht und verschärft worden ist, da wir in der Partei keine Strömung haben, die mit den Parteitraditionen brechen oder auf die Parteiorganisation verzichten möchte. Daher sei die unabwendbare Aufgabe des Moments — das Aufgeben der ganzen sich um das „Liquidatorentum“ drehenden Polemik und das Sammeln aller Kräfte der Partei vermittelt einer großen Parteikonferenz, die die illegalen Organisationen mit den zahlreichen sozialdemokratischen Elementen der „offenen“ Arbeitervereine vereinigen werde. Diese Auffassung beherrschte auch die letzten Konferenzen der lettischen Sozialdemokratie und des „Bundes“.

Auch die bis zur letzten Zeit ganz zerstreuten sozialdemokratischen Elemente der legalen Organisationen haben unlängst ihre Konferenz (selbstverständlich im geheimen) abgehalten. Die wichtigste Resolution der Konferenz beginnt mit folgenden Worten:

„Das bemerkenswerte Erwachen des Interesses an den Fragen des politischen Lebens unter den Arbeitern fordert gebieterisch die Wiederherstellung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Diese Wiederherstellung kann nur auf dem Wege des Hineingehens der weiten Arbeitermassen in die offenen politischen Kundgebungen, auf dem Wege der aktiven und selbstständigen Beteiligung der Arbeiterklasse an dem öffentlichen Leben vor sich gehen.“

Da gerade diese sozialdemokratischen Elemente das Objekt der Anklagen in bezug auf ihr „Liquidatorentum“ waren — und nicht immer ohne Grund — so sind ihre letzten Beschlüsse, denen sie auch praktische Bedeutung zu geben verstehen, von eminenter Wichtigkeit für die nächste Zukunft der gesamten Partei.

Die stolypinsche Meute antwortet auf die Belebung in den Arbeiterkreisen mit verzehnfachten Verfolgungen, massenhaften Verhaftungen, Ausweisungen, Gerichtsprozessen, Verbannungen, Geldstrafen und alle möglichen Sanktionierungen der Berufs- und Bildungsvereine sowie der legalen Arbeiterpresse. Die „Liquidatoren“ von gestern und ihre „illegalen“ Brüder und Gegner werden nicht nur auf dem Schlachtfelde der Politik, sondern auch in den zarischen Gefängniszellen vereint.

Die Masse — und dies ist das gefährlichste Symptom — will sich das aber nicht mehr ruhig gefallen lassen. Sie begegnet den Ausfällungen der legalen Organisationen nicht mehr mit Passivität und Niedergeschlagenheit, sondern mit entschiedenem Protest. Jetzt, wo der industrielle Aufschwung für sie die Möglichkeit eröffnet, die binnen der letzten 3—4 Jahre preisgegebenen Positionen wieder zu erobern und zu behaupten, wird für die Arbeiter die Frage der Organisation eine Frage auf Leben und Tod. Aus dieser Stimmung des vorgezeichneten Teiles des Proletariats ist der Plan einer im positiven Masse kundgebung entstanden in der Form einer Petition an die Duma. Die Petition weist darauf hin, daß die Vereins-„Regeln“ vom 4. März 1906, die ohnehin für die Arbeiterbewegung einen spanischen Stiefel bilden, von der Administration auf Schritt und Tritt ganz willkürlich eingeengt werden; daß zur selben Zeit wo die scharfmascherigen Arbeitgeberverbände durch die Regierung nicht nur geduldet, sondern direkt gefördert, die Arbeiterorganisationen umgekehrt zum Objekt der zügellosesten Verfolgungen werden. „So kann es nicht weiter gehen“, schließt die Petition. „Wir fordern Vereins-, Versammlungs- und Streikfreiheit, — und werden sie erobert, koste es, was es wolle. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Duma auf die Lage und wir beharren auf der unverzüglichen Erörterung dieser Frage, die für uns eine Lebensfrage ist. Das ganze Land soll wissen, wie die Arbeiterrechte von dem Besetze, von der Duma und der Regierung geschützt werden.“

Schon aus dem Text der Petition ist ganz deutlich zu ersehen, daß die Petenten sich von der Duma selbst nicht viel versprechen. Was sie aber anstreben ist eine politische Demonstration, die die Kräfte der bewußten Arbeiterschaft in einem öffentlichen Auftreten sammelt und die Aufmerksamkeit der ganzen Klasse auf ihre wichtigste politische Forderung und dadurch auch auf ihre parlamentarische Vertretung, das heißt auf die sozialdemokratische Dumafraktion lenkt. Es sind leider bei uns in manchen Parteikreisen noch ziemlich starke politische Vorurteile vorhanden, die sich entweder gegen „allzu viele“ parlamentarische Aktionen wenden oder gegen die Petitionsform im besonderen, die den Vertretern im schiefen Lichte einer „Bittschrift“ an die Duma erscheint. Daher sind auch bei dieser Aktion manche vollkommen entbehrliche Reibungen entstanden. Doch

werden diese ohne Zweifel überwunden werden. Die Unterschriften der Arbeiter werden eifrig gesammelt. Und unsere Dumafraktion, die im Herbst zwei Gesandtenwürde über Koalitionsfreiheit und Streikrecht einzubringen beabsichtigt, wird dann in ihrem Auftreten von einer Massenpetition der Arbeiter unterstützt werden. Dadurch wird diese Aktion sehr an Bedeutung gewinnen. Daß die Sache damit nicht ihren Abschluß findet, daß die Petition vielmehr nur den Ausgangspunkt einer neuen Epoche der politischen Massenbewegung bilden und diese Bewegung unvermeidlich in ihrem weiteren Laufe zu immer schärferen Mitteln greifen wird, ist ohne weiteres klar.

Alles in allem: es geht aufwärts!

## Die Marokkoverhandlungen.

Ein Pariser Telegramm meldet: Der Minister des Äußern de Selvas lehnt jede Mitteilung über die französisch-deutschen Vorverhandlungen ab. Es hat jedoch den Anschein, daß diese Verhandlungen unter günstigen Bedingungen erfolgen, und daß die Besprechungen wegen einer Spannung in den Beziehungen beider Mächte beseitigt sind.

In gleichem Sinne schreibt heute der „Matin“: Damit die Verhandlungen über die Marokkoangelegenheit nicht durch Erörterungen und Ansichten Dritter irgendwie beeinträchtigt werden, hat man in Berlin und Paris beschlossen, alles Geheimnis über die Besprechungen zu wahren. Aber wir können versichern, daß die französische Regierung bezüglich der Deutschland zu gewährenden Entschädigungen in weitestherzigster Weise verhandeln wird.

Aus deutschen offiziellen Auslassungen ist zu schließen, daß die Verhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen werden.

## Der Marokko-Konflikt und das internationale Bureau.

Die offiziellen Depeschembureaus haben am Freitag die Einberufung des internationalen sozialistischen Bureaus gemeldet. Die Nachricht ist ungenau, wie aus dem Bericht hervorgeht, den der Vertreter Frankreichs in diesem Bureau, Genosse Vaillant, am Sonntag im Nationalrat der französischen Partei erstattet hat. Der Wortlaut eines von ihm am 8. Juli an den internationalen Sekretär Nyssmans gerichteten Briefes zeigt den wirklichen Sachverhalt.

Der Brief lautet: „Während die Blätter gestern Abend eine von Ihnen beschlossene Einberufung des I. S. V. meldeten, hat Ihr heute eingetroffener Brief nur eine Anfrage in bezug auf diesen Gegenstand zum Inhalt. Mein letzter Brief hat sie im Voraus beantwortet, indem er Ihnen mitteilte, daß die Verwaltungskommission der geeinigten Partei und die Fraktion in ihrer gemeinsamen Sitzung den Wunsch ausgedrückt haben, daß jede Verschärfung der Lage in Marokko die Einberufung der Delegierten der betroffenen Länder, Frankreich und Spanien unter Teilnahme des I. S. V. zur Folge haben sollte, sobald die spanische Partei ihre Zustimmung gegeben hätte. Unsere Verwaltungskommission sollte sich schon jetzt mit der spanischen sozialistischen Partei in Verbindung setzen. In Ihrer Antwort vor acht Tagen sagten Sie mir, daß sich das I. S. V. an sie gewandt hätte.“

Die Entsendung des deutschen Kriegeschiffs nach Agadir und ihre Konsequenzen bewirken, daß diese Konferenz, wenn sie stattfindet, nur dann einen Sinn hat, wenn Delegierte der deutschen und der englischen Sektion daran teilnehmen.

Nur eine Einberufung des I. S. V. kann sie in wahrhaft nützlicher Weise verwirklichen.

Andererseits ist die Gefahr nicht dringend genug, als daß diese Einberufung auf unseren Antrag ohne Befragung der nationalen Sektionen erfolgen sollte. Wir müssen uns also bescheiden, Ihre Anfrage gutzuheißen, denn die Einberufung wäre ohne die gesicherte Anwesenheit der Delegierten Deutschlands, Englands und Spaniens zwecklos.

Aber wenn die Gefahr wachsen und drohend werden sollte, würde unser Wunsch sofort zur formellen Forderung werden und das I. S. V. müßte augenblicklich, ohne eine neue Korrespondenz und Anfrage weder bei uns noch bei irgend einer anderen Sektion einberufen werden.

Sollte die jetzige Anfrage zu einer Versammlung des I. S. V. führen, so wäre es gut, daß sie sofort stattfände, sei es auch nur, um abgesehen von den Ereignissen vor ihrem Auseinandergehen, die Delegiertenversammlung zu erleichtern.“

Dieser von Vaillant im Einvernehmen mit Jaurès und Guesde verfaßte Brief wurde vom Nationalrat gutgeheißen. In der kurzen Diskussion wies Vaillant auf die Notwendigkeit für die Verwaltungskommission hin, mit den deutschen, englischen und spanischen Genossen in Fühlung zu bleiben, und Jaurès schlug unter allgemeinem Beifall die Einladung der deutschen und englischen Genossen zu dem am Mittwoch von der Seine-Zöderation abgehaltenen Meeting vor.

## Niederträchtige Netze.

Wir haben gestern die Ausführungen der parteiamtlichen „Konserv. Korresp.“ wiedergegeben, in denen die konservative Parteileitung zynisch erklärt, ein Krieg um Marokkos willen wäre ihr recht. Sowohl die „Kreuz-Ztg.“ als auch die

„Deutsche Tagesztg.“ haben diese Bewissenlosigkeit totgeschwiegen und die Erklärung nicht gebracht. Selbst diese Organe wagten nicht abzubringen, was die Leitung ihrer Partei als ihre Meinung verkündet. Eine schärfere Kritik ist wohl kaum denkbar.

Deutlich aber muß es gesagt werden: Was die konervative Parteileitung da getan hat, ist eine Niedertracht. Bisher haben nur ein paar alldeutsche Presseorgane, deren Hinterwälder an Kriegsbeförderungen materiell interessiert sind, zum Kriege gehetzt. Daß aber die Leitung der einflussreichsten und regierenden Partei in Deutschland frivol genug ist, zu erklären, der Krieg wäre ihr recht, das zeugt von einer Bewissenlosigkeit, die man kaum für möglich gehalten hätte. Herr v. Seydebrand scheint nicht nur im Innern, sondern auch nach Außen nur mehr eine Desperatopolitik zu kennen. Und das nennt sich staatsberhaltend!

Gewiß, die Konservativen zittern vor den Wahlen. Sie möchten um jeden Preis eine Ablenkung. Marokko kommt ihnen als Wahlparole ganz gelegen. Die Verhandlungen werden sich ziemlich lange hinziehen und da findet sich leicht mal eine Gelegenheit, die nationalistischen Instinkte aufzustacheln, die Aufmerksamkeit der Wähler von ihrer Entrechtung in Preußen, von dem großen Steuerraubzug im Reich abzulenken. Und auf Herrn v. Kiderlen-Wächter glauben sich die Konservativen verlassen zu können. Ist er doch ihr politischer Gesinnungsgenosse, der intime Freund der Buß, Brandenstein und Kröcher. So mögen sie denn hoffen, daß er bei der Besorgung der auswärtigen Politik auch etwas innere Politik — Wahlpolitik — im konservativen Sinne treibe. Daß konservative Politiker nichts dringender brauchen könnten, als eine Neuaufgabe des Spotttottenwindels, läßt sich begreifen.

Unbegreiflich aber ist es, wie in der parteiamtlichen Korrespondenz dieser Schwindel vorbereitet wird. Für dieses verbrecherische Spiel mit dem Kriege gibt es keine Rechtfertigung.

Es soll den Konservativen auch nicht vergessen werden. Ja, die Marokkogeschichte wird bei den Wahlen eine Rolle spielen! Den Wählern wird erzählt werden, daß den Konservativen ein europäischer Krieg um ein paar Mineralzonen für eine kapitalistische Clique recht ist. Die Wähler werden befragt werden, ob es ihnen recht ist, daß ihre Geschichte noch länger in der Hand solcher gewissenloser Deutepolitiker bleiben soll. Die Entrechteten in Preußen werden gefragt werden, ob sie nunmehr begreifen, daß der Sturz der konservativen Herrschaft durch die Eröberung des gleichen Wahlrechts für sie im strengsten Sinne des Wortes eine Lebensfrage bedeutet. Und sie denken, die Antwort an die Konservativen wird klar und deutlich sein.

#### Die „Deutsche Tagesztg.“ hegt folgendermaßen:

Demgegenüber liegen die politischen Verhältnisse im ganzen gesehen so, daß Deutschland die Forderungen, die es sich mit allen aus ihnen erwachsenden Folgen durchsetzen hat, auch durchsetzen muß und kann. Und in diesem Sinne kann, wie in jeder derartigen Situation, jeden Augenblick die Frage der nationalen Ehre akut werden, so viel man auch in einigen Teilen der deutschen Presse hervorhebt, daß Marokko an sich die deutsche Ehre nicht berührt und ein Krieg um Marokko ein Unling ist. Das ist zuzugeben, aber doch daran zu erinnern, daß die deutsche Kandidatur für den spanischen Thron im Jahre 1870 an sich auch keine Frage deutscher Ehre war.

Da die deutsche Thronkandidatur der unmittelbare Anlaß zum deutsch-französischen Krieg war, so ist hier in vorzüglicher Form allerdings etwas Ähnliches gesagt, wie in der Auslassung der konservativen Korrespondenz.

Was sagt übrigens die deutsche Regierung zu der konservativen Kriegshege?

#### Die Marokkofrage vor der Kammer.

Paris, 11. Juli. Deputiertenkammer. In der heutigen Sitzung erklärte der Minister des Auswärtigen de Selves bezüglich der Agadir-Angelegenheit: Man hat von mir Auskünfte verlangt über die Vorgänge, die mit der Entscheidung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir im Zusammenhang stehen. Ich kenne die Weisheit und den Patriotismus, der die Kammer besetzt, und an diese Eigenschaften appelliere ich in dieser Stunde. Bourparlers haben begonnen, eine Besprechung ist im Gange und ich bitte darum, zu gestatten, daß diese Besprechung in Ruhe und in der hohen und würdigen Form vor sich gehe, die Großmächten die sich mit einander unterhalten, geziemen. (Lebhafte Beifall auf allen Bänken mit Ausnahme der äußersten Linken.) Wenn die Stunde gekommen sein wird, werden wir, seien Sie überzeugt, nicht zögern, vor Ihnen zu erscheinen und Ihnen zu sagen, was wir getan haben. (Eine Stimme auf der äußersten Linken: Für den Frieden!) Ausrufe auf verschiedenen Bänken) und wie wir gehandelt haben, und Sie zu bitten, meine Herren, abzuwägen, zu prüfen, zu erklären, ob wir auf der Höhe unserer Aufgaben gestanden haben. Für diesen Augenblick bitte ich Sie um die Erlaubnis, diese Tribüne verlassen zu dürfen und uns Vertrauen zu schenken. Die im Gange befindliche Besprechung wird mit der beharrlichen und unerschütterlichen Sorge für das geführt werden, was die Interessen und die Würde des Landes erfordern (anhaltender Beifall auf allen Bänken mit Ausnahme der äußersten Linken) und auch mit der Sorge dafür, mit der Macht, mit der wir unterhandeln, die Beziehungen guten Einverständnisses und vollkommener Loyalität aufrechtzuerhalten. (Langandauernder Beifall auf den gleichen Bänken.)

Jaurès verlangte, daß die Debatte morgen beginne. Die Würde Frankreichs sei in keiner Weise in Gefahr. De Selves verlangte Veragung auf unbestimmte Zeit, die mit 476 gegen 77 Stimmen angenommen wurde.

#### Rücktritt Moiniers?

Paris, 11. Juli. Wie auch Langer gemeldet wird, soll der Oberbefehlshaber der französischen Truppen seit einigen Tagen erkrankt sein und falls er nicht wiederhergestellt werde, durch General Ditte ersetzt werden.

#### Moinier in Rabat.

Paris, 11. Juli. Wie die „Agence Havas“ aus Rabat vom 10. Juli meldet, ist General Moinier am 8. Juli in Tiellet wieder zu General Ditte gestoßen und hat dann, da er an Fieber litt, die Kolonne verlassen und sich nach Rabat Begeben.

#### Spanisch-französische Konflikte.

Paris, 11. Juli. Aus Elkar wird vom 9. Juli gemeldet: Spanische Patrouillen hielten sich einander die Karavannen des französischen Kaufmanns Montagne und des Direktors der drahtlosen Telegraphie Biarney an, ließen sie jedoch nach Durchsuchung ihres Gepäcks wieder frei, beschlagnahmten aber ihre Waffen.

Wie die „Agence Havas“ meldet, rechtfertigen die Spanier die Entwaffnung Montagnes und Biarneys mit einem Erlaß des Oberst Sylvestre, der das Tragen von Waffen verbiete und Elkar in Verlagerungszustand versetze. Montagne habe Klage beim französischen Konsul eingereicht.

## Die Wahlen in Bulgarien und die Sozialdemokratie.

Man schreibt uns aus Sofia:

Am 18. Juni fanden in Bulgarien allgemeine Wahlen für die große Nationalversammlung statt, die die mit der Unabhängigkeitserklärung des bulgarischen Fürstentums und mit dessen Erhebung zum Königreich, eigentlich zum Zarat (Zarstwo) erforderlich gewordenen Änderungen des Verfassungsgesetzes durchzuführen soll.

Das unlängst verabschiedete Kabinett der demokratischen Partei, was es, das dem Wunsch des allmächtigen Ferdinand von Bulgarien willig Folge leistend vor drei Jahren in unmittelbarem Zusammenhang mit den nach der jungtürkischen Revolution am Balkan geschaffenen Verhältnissen Bulgarien „unabhängig“ erklärte, indem es dem herrschsüchtigen Fürst Ferdinand den propheetischen Titel eines „Zaren der Bulgaren“ verlieh. Damit tat die damalige Regierung einen dreifachen Hebergriff auf die Verfassung des Landes, die in Ruimgedanke wurde, ohne darum die Volksvertretung zu befragen, wie es ja die bulgarische Konstitution erforderte.

Dieser Gewaltstreik der Regierung Ferdinands von Koburg auf das Staatsgrundgesetz wurde jedoch, im Grunde genommen, von sämtlichen bürgerlichen Parteien gutgeheißen. Ein einziger Protest wurde mit aller Entschiedenheit und Energie gegen diese unverschämte Vergewaltigung des Volksrechtes seitens des Monarchismus und der kapitalistischen Bourgeoisie erhoben, und dies war der Protest der jungen bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die freilich gegen die Unabhängigkeit der bulgarischen Nation nicht einzuwenden hätte, dafür aber gegen die damit verbundene Steigerung der monarchischen Gewalt Stellung nehmen mußte.

Die Regierung benutzte die sich darbietende Gelegenheit, um in die Abänderungsvorlage, die verfassungsgemäß vorerst von der gewählten Nationalversammlung verhandelt und festgesetzt werden mußte, zugleich auch solche Artikel des Staatsgrundgesetzes hineinzuschleichen, die darauf hingingen, die Prerogative der Krone noch mehr zu steigern. So wird in der Vorlage eine Umänderung des Artikel 17 der Verfassung vorgeesehen, womit dem „Zaren der Bulgaren“ das Recht eingeräumt wird, politische Verträge und Abmachungen mit fremden Staaten abzuschließen, ohne die Einwilligung der Volksvertretung dazu holen zu müssen, wie es bis jetzt das Verfassungsrecht erforderte. Ferdinand, der tatsächlich die auswärtige Politik des Landes vollständig auf seine eigene Faust führt und seine jetzigen Minister bloß als Figuranten behandelt, soll nun auch formell die Berechtigung zugestanden werden, über das Schicksal des Landes ganz nach seinem eigenen Ermessen zu verfügen und gegenüber den imperialistischen Bestrebungen Oesterreichs oder Rußlands am Balkan folgenschwere Verpflichtungen zu übernehmen, ohne darum den Willen des bulgarischen Volkes beachten zu brauchen!

Weiter wurde in der Vorlage auch eine bedeutende Erhöhung der Subsidien und die definitive Anerkennung der Familie Ferdinands von Koburg als für alle Zeiten regierende Dynastie in Bulgarien vorgeesehen.

Bei alledem ist es klar, daß die Umänderungen der bulgarischen Konstitution im großen ganzen nur darauf gerichtet sind, die Position des Monarchismus in Bulgarien noch mehr zu festigen, dessen Vorrechte zu steigern und dessen Macht auszubreiten.

Die bulgarische Sozialdemokratie hatte die Aufgabe, die Arbeitermassen über die Bestrebungen des persönlichen Regiments aufzuklären und mit aller Energie und Entschlossenheit gegen die Regierungsvorlage aufzutreten. Diese Aufgabe erfüllte sie, ihren Kräften entsprechend, mit gutem Erfolg. In dem Wahlkampf richtete sie sich gegen die Monarchie und den Kapitalismus und erhob die Forderung nach einer demokratischen föderativen Balkanrepublik. Dagegen erklärten sich alle bürgerlichen Parteien ausdrücklich für die Monarchie und gegen die Republik. Die bulgarische Bourgeoisie sieht in dem Monarchismus die zuverlässigste Stütze ihrer Herrschaft über die Arbeitermasse und die bedrückten Volksschichten. Sie gewährt daher ganz willig ihre Unterstützung der monarchischen Gewalt und ist dabei überzeugt, daß die Steigerung dieser auch die Festigung ihrer eigenen Machtstellung bedeutet.

In den Wahlen stellte die sozialdemokratische Arbeiterpartei überall selbständige Kandidaturen auf und eroberte dabei annähernd 18 000 Stimmen. Ein ganz schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß sie in den allgemeinen Wahlen vor drei Jahren nur 2500 Stimmen erhalten konnte. Unsere Partei gewann dabei auch ein Mandat in der Stadt Trojan, woselbst Genosse Bl. Waskowich, ein Lederarbeiter, mit 1920 Stimmen gewählt wurde. In Sitow, einer der größten Industriestädte Bulgariens, siegte unsere Partei über die Regierungskoalition der nationalen und der progressiven Parteien und wenn diese trotzdem den Wahlkreis eroberte, so war dies nur den Bauernstimmen der umliegenden Dörfer zu danken. In der Stadt Samotow, woselbst die sozialdemokratische Arbeiterpartei den Gemeinderat seit einem Jahr im eigenen Besitz hält, siegte sie mit einer Mehrheit von 200 Stimmen über alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen, einschließlich der Regierungskoalition; die Letztere gewann jedoch auch diesen Wahlkreis dank den Bauernstimmen der Umgegend. In allen größeren Provinzialstädten, wie Philippopol, Warna, Ruschik, Wenona, eroberte sich unsere Partei den ersten Platz nach der Regierungskoalition und siegte über alle sonstigen bürgerlichen Parteien. In Sofia erzielten wir eine 400prozentige Vermehrung unserer Stimmen.

Die Partei der sogenannten „geeinigten wohlherzigen Sozialisten“ trat zuerst für die Republik auf und als sie später zur Einsicht gelangte, daß die Kleinbürgerlichen Parteien, die Radikaldemokraten und die Bauernbündler, mit denen sie in ein Wahlbündnis treten wollte, sich entschieden gegen die Republik und für die Monarchie erklärten, ließ sie ihre republikanische Fahne im Stich und suchte sich den Anforderungen der genannten Parteien des tief reaktionären Kleinbürgertums und Kleinbauernums anzupassen. Dank dieser Anpassungsfähigkeit der „Wohlherzigen“ gelang es ihnen, ein Abkommen mit den Bauernbündlern abzuschließen, so daß sie mit deren Hilfe in der kleinen rückständigen Stadt Jambol drei und in einem Dorf Sudaolow zwei Mandate gewinnen konnten. Auf diese Weise wurden nun drei der hervorragendsten Mitglieder des „wohlherzigen“ Zentralkomitees in die große Nationalversammlung gewählt. Im übrigen wirkten die „Wohlherzigen“ fast überall in den Wahlen, je nach den „lokalen Verhältnissen“, wie sie selbst erklärten, ausnahmslos mit allen bürgerlichen Parteien zusammen.

Was die Bauernbündler, die Kampfgenossen der „Wohlherzigen“ anbelangt, genügt es zu deren politischen Charakteristik hervorzuheben, daß ihre Führer sowohl vor den Wahlen wie auch in der großen Nationalversammlung selbst ausdrücklich erklärten, nichts gegen die Krone zu haben, im Gegenteil, sie wollten trachten, ein gutes Einverständnis zwischen Krone und Volk herzustellen.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die in der großen Nationalversammlung nur durch einen Abgeordneten vertreten werden konnte, hat mit ihrem Kampf gegen den Aufstieg des bulgarischen Monarchismus hauptsächlich außer dem Parlament in ihrer Presse und in öffentlichen Versammlungen weiterzuführen. In diesen Besuchen veranstaltete sie schon am 2. Juli massenhafte Arbeiterversammlungen im ganzen Lande, die in ihren Resolutionen an den Präsidenten der großen Nationalversammlung am energischsten gegen die Vergewaltigung der Volksrechte durch die prinzipielle Annahme der Abänderungsvorlage protestierten und die Unlöslichkeit des bulgarischen Proletariats manifestierten, gegen die Monarchie und den Kapitalismus und für die Verwirklichung der demokratischen föderativen Balkanrepublik unablässig weiter zu kämpfen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juli 1911.

### Die Begründung der Amtsenthebung Jathos.

Das kirchliche Spruchkollegium, das am 21. v. M. dem Kölner Pfarrer Jatho auf Grund des Kirchengesetzes vom 18. März 1910, des sogen. Irreligiosengesetzes, die weitere pastorale Wirksamkeit innerhalb der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens untersagt hat, hatte zunächst seinen Spruch ohne jede Begründung gefällt, aber versprochen, baldigst eine Begründung nachzuliefern. Jetzt ist endlich diese Nachlieferung erfolgt, und zwar in Nr. 3 des „Kirchl. Geset. u. Verordnungsblattes“. Wer aber erwartet hat, in dieser Begründung interessante Ausführungen darüber zu finden, was nach der Auffassung des Spruchkollegiums als grundlegender Glaubensinhalt der evangelischen preussischen Landeskirche, als ihr schlechthin verbindlicher Bekenntnisstand zu gelten hat, und inwiefern zu diesem Glaubensinhalt Jathos Auffassungen in unlöslichem Widerspruch stehen, der wird sich sehr enttäuscht fühlen. Im Gefühl der eigenen Unsicherheit darüber, wo die Grenzen der als allgemein verbindlich anzusehenden Glaubensdogmen anfangen und aufhören, hat das Spruchkollegium jede solche Definition vermieden und, indem es die Grundlehren einfach als bekannt voraussetzte, sich auf allgemeine Bemerkungen über die Unvereinbarkeit der Jathoschen Lehre mit der evangelischen Lehre von einem persönlichen Gott und von Christi Erlösungswerk, sowie mit dem Offenbarungs- und Unsterblichkeitsglauben beschränkt.

In Bezug auf Jathos Lehre über das Grundverhältnis von Gott und Welt heißt es in der Begründung: „Solche Lehrverkündung steht mit der christlichen Gotteslehre in Widerspruch. Das Vertrauen zu Gott, dem Vater im Himmel, der ursprüngliche Ausdruck christlicher Frömmigkeit, verliert im Zusammenhange dieser religiösen Weltanschauung den festen Grund und unentbehrlichen Halt.“

Jathos Lehre von der Offenbarung wird wie folgt zurückgewiesen: Im Unterschiede vom christlichen Glauben, der seines festen Grundes sich bewußt ist, schiebt hier ein uneingeschränkter Subjektivismus die geschichtliche Offenbarung beiseite; „auch das Christentum muß nach Pfarrer Jatho durch Offenbarungen der Gegenwart weitergeführt werden, und zwar vertieft und erweitert sich dabei nicht nur die Kenntnis von Gott und Welt“, „Gott und Welt selbst wachsen mit dem Menschengeschlecht.“

Jathos Lehrverkündung von der Erlösung vermag denn auch die Heiligkeit Gottes und den Abstand der sündigen Menschen von dem heiligen Gott niemand dem Bewußtsein zu bringen. Sie lasse daher für ein Verständnis des Christentums als Erlösungsreligion nicht nur keinen Raum, vielmehr würden hier dem Evangelium von der Erlösung unüberwindbare Hindernisse in den Weg gelegt. Ebenso irre Jatho in seiner Darstellung des geschichtlichen Jesus, der nach ihm nichts weiter als „ein frommer Mensch gewesen“ sei, „eine Größe der Vergangenheit, die ihr Augenblicksdasein verlor“. Das Lebensbild dieser geschichtlichen Person, sagt er, könne keine andere Bedeutung für uns haben, als eine pädagogische; wir könnten dadurch zur Heldenverehrung anreizen und starke ethische Triebe wecken; die Verehrung des Gekreuzigten sei lediglich eine Heldenverehrung. Aus diesen und anderen Äußerungen folge, daß der „lebendige Christus“ der Pfarrer Jatho nicht der Christus der heiligen Schrift sei, nicht der auferstandene Herr und Heiland der christlichen Kirche.

Was endlich die persönliche Fortdauer des Einzelnen nach dem Tode anbetreffe, über die Pfarrer Jatho „nie zu einer Beweihrung gekommen“ sein will, so lehrt er: die Menschen seien aus Gott erzeugt, würden von ihm auch wieder verschlungen und kehren im realsten Sinne des Wortes zu Gott zurück, um seine Zeugungskraft zu vermehren und zu vertiefen. Zwar will Jatho in Predigt und Erabrede vom Jenseits nicht gesprochen, also auch nicht gegen das Jenseits polemisiert haben, dem gegenüber müsse aber betont werden, daß er in immer stärkerem Maße als den Weg zum Freiwerden von allen Zweifeln über die Frage des ewigen Lebens „die Beschränkung auf dasjenige, was jeder selbst erlesen und erfahren kann“ empfiehlt und dieses auf Erfabrungen deutet, die mit dem jenseitigen ewigen Leben nichts zu tun haben.

Nach in der Verhandlung vor dem Spruchkollegium habe Jatho mit aller Bestimmtheit erklärt, daß er bei seiner Lehrverkündung überall nur an sein „inneres Erleben“ und allenfalls an das Urteil seiner Gemeinde, nicht aber an die heilige Schrift und an die Ordnungen der Landeskirche sich gebunden erhalte.

Zum Schluß heißt es in dem Urteil: „Von der Mehrheit des Presbyteriums der Kirchengemeinde Köln ist dem Pfarrer Jatho die warmste Anerkennung seines vorbildlichen Wandels und seiner warmherzigen, opferwilligen Persönlichkeit bezeugt, auch seine hervorragende geistliche Wirksamkeit in der Gemeinde, auf der Kanzel, im Konfirmandenunterricht, in der Seelsorge und in seinen religiösen Vorträgen, ebenso sein bedeutender religiöser Einfluß auf viele der Kirche und dem religiösen Leben Entfremdete hervorgehoben worden. Im gleichen Sinne lagen überaus zahlreiche Zeugnissen von Versammlungen und Vereinen sowie von Einzelpersonen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, auch weit über Köln hinaus, vor. Alle diese Bekundungen sind voll gewürdigt worden — sie vermochten aber weder im einzelnen noch in ihrer Gesamtheit zu dem Ergebnis zu führen, daß um ihrerwillen die in der Lehrverkündung festgestellte Verneinung der grundlegenden christlichen Glaubenswahrheiten die bewußte Aufsidung des geschichtlichen Christentums, noch fernerhin getragen werden durfte. Auch konnte nicht zugunsten des Pfarrers Jatho in Betracht kommen, daß ein von ihm selbst verfaßtes Konfirmations-Bekenntnis, welches er der Unterweisung im Konfirmandenunterricht zugrunde legt, durchaus in biblischen Ausdrücken sich hält. Denn wenn die Anziehungskraft seiner Lehrverkündung auch auf solche, die am alten Glauben festhalten, zum Teil mit darauf beruht, daß er seine nicht biblischen Anschauungen

noch immer bleibend mit den Ausdrücken der Bibel und der kirchlichen Uebersetzung — in der Sprache der religiösen Symbolik — vorträgt, so daß seine Ablehnung von den christlichen Grundanschauungen in ihrem vollen Umfange noch immer nicht zum Bewußtsein kommt: so gilt dies insbesondere, wie von seiner Verkündigung des lebendigen Christus, so auch von diesem Konfirmationsbekenntnis. Seine Auslegung und Bewertung dieses Bekenntnisses stellt eine Umdeutung der biblischen Ausdrücke und Begriffe bis zu ihrer völligen Verflüchtigung dar. Nach alledem mußte die Entscheidung des Spruchkollegiums, wie gesehen, getroffen werden.

### Der Austritt des Dr. Kirch aus der Redaktion der „Rölnischen Volkszeitung“.

Wir berichteten bereits, daß der bisherige geistliche Redakteur der „Rölnischen Volkszeitung“, Dr. theol. Kirch, weil er der politischen Treiberei der römischen Kurie überdrüssig geworden ist, seinen Austritt aus der römisch-katholischen Kirche vollzogen hat und zum Alt Katholizismus übergetreten ist. Daß diese Abgabe eines Redakteurs, der fünf Jahre lang in der Redaktion des genannten „Rölnischen Blattes“ die Rolle eines theologischen Sachverständigen gespielt hat, den Verlegern der „Röln. Volksztg.“ um so unangenehmer ist, als ohnehin schon ihre Stellung in den Reihen der strengen Katholiken als stark modernistisch infiziert gilt, ist durchaus begreiflich; doch entschuldigt die Verflüchtigung darüber, daß Dr. Kirch aus seinen politischen Erfahrungen in der Redaktion des „Rölnischen Blattes“ unerheblich die Konsequenzen gezogen hat, keineswegs, daß nun das „Rölnische Blatt“ in gehässiger Weise über seinen früheren theologischen Sachverständigen berichtet und in kleinlicher Weise zu verächtlichen sucht. Aber das von katholischer Seite treffende Blatt hat sich der nachdrücklichsten Verunglimpfung seines früheren Redakteurs nicht zu enthalten vermocht. In seiner Nr. 582 leistet es sich folgende Anempfehlung:

In gegnerischen Blättern finden wir Mitteilungen, daß der am 28. Juni d. J. aus der Redaktion der „Röln. Volksztg.“ plötzlich ausgeschiedene Dr. theol. K. Kirch zur altkatholischen Gemeinschaft übergetreten sei, und bereits begonnen habe, in der altkatholischen Kirche in Köln zu fungieren. Diese Tatsache wird uns leider als richtig bezeichnet. Wir brauchen kaum ausdrücklich hinzuzufügen, daß wir von dieser Tatsache ebenso vollständig wie peinlich überrascht worden sind. Als Dr. Kirch am 30. Mai seine vertragmäßige Feriezeit antrat, hatte niemand vom Verlog oder der Redaktion die entfernteste Ahnung, daß ein solcher Schritt seinerseits bevorstehe. Während seiner ganzen fast fünfjährigen Tätigkeit in der Redaktion der „Rölnischen Volkszeitung“ hat sich aus der Haltung und den Äußerungen desselben nach dieser Richtung hin niemals auch nur die geringste Andeutung ergeben. Wie wir jetzt hören, wollen andere Leute mehr gewußt haben. Wir können nur auf das lebhafteste bedauern, daß uns von diesen nicht rechtzeitig zuverlässige Mitteilungen gemacht worden sind. Wir fügen hinzu, daß die kirchliche Behörde in Köln, wie die zahlreichen Mitglieder des katholischen Klerus, zu denen er Beziehungen unterhielt, von dem Schritte des Herrn Dr. Kirch ebenso vollständig überrascht worden sind, wie Verlag und Redaktion der „Rölnischen Volkszeitung“. Es ist selbstredend, daß der Verlag ebenso wie die gesamte Redaktion den Schritt des Herrn Kirch aufs äußerste beklagen. Sie haben ihm ihr volles Vertrauen geschenkt, wie auch seinen Vorgängern, den früheren theologischen Beratern der „Rölnischen Volkszeitung“ seit vierzig Jahren. In diesem Vertrauen sind sie durch seine jüngsten Schritte getäuscht worden. Es gereicht uns aber zur Verzeihung, daß während der Zugehörigkeit des Herrn Dr. Kirch zur Redaktion nichts in die Spalten der Zeitung hineingekommen ist, was unter dem religiös-kirchlichen und besonders dem dogmatischen Gesichtspunkte anschaubar wäre.

Dann wird weiterhin erzählt, daß Dr. Kirch Beziehungen zu einer jungen Dame unterhalten habe und diese nun allem Anschein nach heiraten wolle.

Diese Darstellung erscheint wieder Dr. Kirch stark verknüpft zu haben; denn er erklärt durch ein Kölner Korrespondenzbureau eine lange Gegenerklärung, in der es heißt:

„Wir ist begreiflich, daß es dem Verlag der „Rölnischen Volkszeitung“ peinlich ist, wenn nun nach dem im Jahre 1888 im Alter von 57 Jahren verstorbenen und im Jahre 1870 altkatholisch gewordenen Fridolin Hoffmann abermals einer ihrer Redakteure in verantwortlicher Stellung den gleichen Schritt getan hat. Der Verlag hätte das vielleicht weniger peinlich empfunden, wenn ich mich zu jeder anderen Kirche gewandt hätte als gerade zum Alt Katholizismus, der ja als ein ständiger, berechtigter Ankläger gegen die Mißbildung, welche die alte katholische Kirche durch den politischen gerichteten römischen Klerikalismus erfahren hat, besteht und dem römischen Katholizismus daher ein besonders scharfer Dorn im Auge ist. Darum stellt der ganze Artikel der „Rölnischen Volkszeitung“ auch nichts anderes als eine Versuchungsformel an die römische Kurie dar, sie möchte die „Rölnische Volkszeitung“ meinen Schritt nicht entgelten lassen.

Die persönliche Kampfmethode, die der Verlag der „Rölnischen Volkszeitung“ hierbei mit gegenüber bezieht, trotzdem ich, was hiermit öffentlich festgestellt sei, ihm durch mein bisheriges Verhalten in keiner Weise dazu Anlaß gegeben habe, überraschte mich nicht. Enttäuscht hat mich nur, daß er dabei von bisher aus Rücksicht für mich zurückgehaltener Aufklärung zu reden wagt. Wie wenn dieser Verlag jemals Rücksichten auf die Verlorne gekannt hätte, wo seine Geschäftsinteressen in Frage kommen, und sachliche Gründe zu deren Stütze nicht ausreichen! Ich betone ausdrücklich: der Verlag, denn dorten, nicht in der Redaktion ist nach meiner Sachkenntnis der Artikel zustande gekommen.

Für den Augenblick möchte ich dem Verlag gegenüber nur das eine betonen, daß mir, der ich den Modernisteneid nicht geleistet habe und auch niemals geleistet hätte, falls man an mich in diesem Sinne herankommen wäre, meine Ablehnung von dem römischen Katholizismus bereits von dem Augenblick feststand, wo ich zu meinem Bedauern erkennen mußte, welche Ziele die römische Kurie unter dem Deckmantel des „Alles in Christo Erneuern“ bezog.

Besonders interessant an der Erklärung des Herrn Kirch ist das Eingeständnis, daß die Zentrumspresse den „Zielen der römischen Kurie“ dient und selbst die sich mit spezieller Vorliebe als „interkonfessionell“ bezeichnende „Röln. Volksztg.“ demselben von dieser Kurie abhängig ist, daß sie eine Versuchungsformel zur Verflüchtigung des römischen Jornes über den Hebertritt des Dr. Kirch zum Alt Katholizismus für nötig hält.

### Landtagsschluß und Landtagswahl in Hessen.

Am Freitag mittag schloß in Darmstadt der 34. hessische Landtag seine Sessoren. Am 3. November wird voraussichtlich der neue Landtag gewählt, zum ersten Male unter dem neuen Wahlgeseß, das an Stelle der indirekten die direkte Wahl der Abgeordneten durch die Wähler setzt. Diese Neuerung kommt in den Wahlkreisen mit ländlicher Bevölkerung oder kleinen Städten der Sozialdemokratie vielfach zugute, denn die Beschaffung der Wahlmänner war schwer, oft ganz unmöglich. Aber Zentrum, Bauernbündler und Nationalliberale haben im hessischen Landtage dafür gesorgt, daß diesem Vorteil durch das Pluralwahlrecht (Älterstimme), erschwerte Erwerbung des Wahlrechts und Steuerbefreiung d. h. durch die römische Kurie eine erhebliche Nachtheil für die Arbeiterwähler gegenübersteht. Auch die kostspielige Rekrutierung des Wahl-

kreise ist darauf berechnet, der Verwirklichung sozialdemokratischer Landtagsmandate entgegenzuwirken. Ferner ist die alte reaktionäre Bestimmung erhalten geblieben, daß nur alle drei Jahre die Erneuerung einer Hälfte der Landtagsmandate stattfindet.

Trotzdem sich die herrschenden Parteien im „liberalen“ Hessen also sehr gut geschützt haben, können sie doch die Furcht vor dem Ausbruch der kommenden Landtagswahlen nicht loswerden.

Im Gegenzug zu den anderen süddeutschen Landtagen ist der hessische vollständig „verpreußt“, seine gesetzgeberischen Leistungen sind demnach reaktionär, daß sie sich den Leistungen des preussischen Abgeordnetenhauses würdig an die Seite stellen können.

Zu der schmachvollen Wahlreform kommt die vollständige Preisgabe der Rechte der Zweiten Kammer zugunsten der Kammer der Standesherren. Nachdem man die Zustimmung dieser zur Wahlreform durch Bewilligung der entscheidenden Mitwirkung der Ersten Kammer an der Budgetgestaltung wie an allen sonstigen Gesetzen erkaufte hatte, durfte man sich nicht wundern, wenn die Erste Kammer unter der Führung des Freiherrn von Heyl die neuen Wahlmittel rückwärts ausnahmte. Das zeigte sich bei der vom Landtag verabschiedeten Reform der Städteordnung und Landgemeindeordnung ebenso wie bei der Reform der Gemeindesteuern.

Auf der anderen Seite hat der nun verlassene Landtag in der unbedingt notwendigen Regelung der finanziellen Verhältnisse des Landes völlig versagt. Hessen steht, dank der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, vor der Pleite. Kein anderer deutscher Bundesstaat seufzt unter einer ähnlich drückenden Schuldenlast. Nur eine Aenderung jenes unheilvollen Vertrages mit Preußen, eine wesentliche Erhöhung des hessischen Anteiles am Reingehalt, kann Hessen vor dem finanziellen Ruin bewahren. Die herrschende Mehrheit wagt aber nichts gegen Preußen, dem schützenden Hort vor der andrängenden roten Flut, zu unternehmen. Und doch ist der hessische Staat so von Mitteln entblößt, daß es nicht möglich ist, den unteren staatlichen Beamten, die noch nach dem aus dem Jahre 1898 stammenden Befoldungsregeln bezahlt werden, eine dringend nötige Aufbesserung zu gewähren, ohne das alljährliche Defizit von mehreren Millionen Mark um eine weitere Million zu erhöhen.

Finanziell wie politisch sind die Herrschenden im hessischen Ruferlande also bankrott. Die starke Richtigstellung weitesten Kreise im Lande wird bei den kommenden Landtagswahlen ihren Ausdruck finden in der Vermehrung der sozialdemokratischen, zum Teil auch der freisinnigen Stimmen. Der hessische Linksliberalismus hat sich in der Kritik der politischen Zustände in den letzten Jahren immer an der Seite der Sozialdemokraten gehalten, auch bei den letzten Landtagswahlen 1908 mit der Sozialdemokratie gemeinsam operiert, ohne jedoch bei seiner geringen Anhängerzahl nennenswerte Erfolge zu erzielen. Wirklich demokratisch gesinnte Bürgerliche gibt es auch in Hessen nur wenige.

Die Kritik der hessischen Sozialdemokratie geht diesmal dahin, im ersten Wahlgange überall selbständig eigene Kandidaten aufzustellen. Eine vom Landesvorstand dieser Tage einberufene Vertrauensmännerkonferenz beschloß, von einem gemeinsamen Vorgehen mit dem Freisinn abzusehen und überall sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen. Diese erste Wahl unter dem neuen Wahlrecht soll uns im ganzen Lande, soweit es an der Wahl beteiligt ist, unsere Stärkeverhältnisse zeigen. Ein zwingender Grund zum gemeinsamen Vorgehen mit dem Freisinn liegt diesmal nicht vor, ungleich 1908, wo es galt, die Bildung einer reaktionären Zweidrittelmehrheit zum Zustandekommen der Wahlreform zu verhüten. Für die Stichwahlen ist dagegen auch diesmal dem Landesvorstand das Recht gegeben, Parolen auszugeben, wo es gilt, einen Reaktionär zu werfen. Doch wird der am 26. und 27. August in Worms tagende hessische Landespartei tag sich mit diesen Fragen noch beschäftigen.

Mit frischem Kampfesmut geht die hessische Sozialdemokratie in den kommenden Landtagswahlkampf hinein, der jedenfalls eine treffliche Vorübung für die kommenden Reichstagswahlen sein wird.

### Folgen der Hitze.

Die „Post“ hat sich aus parlamentarischen Kreisen schreiben lassen, daß die Sozialdemokraten für die nächsten Reichstagswahlen als „Wahlheifer“ 10 000 Grammophonplatten bestellt haben. Sie spintieren darüber, was unsere Partei damit alles beabsichtigen könnte. Wir können der „Post“ verraten, daß mit den 10 000 Sprechmaschinen die ebenso vielen Schwindeldelen des Reichsverbandes gegen unsere Partei widerlegt werden sollen, da es unsere Redner anstellt, sie immer wieder mündlich zurückzuweisen.

Sollte die „Post“ außer in Kropp jetzt auch noch einen Mitarbeiter in Dalldorf haben?

### Ein Unterschluß für Wassermann.

Herr Wassermann ist mit Mühe und Not im Wahlkreise Saarbrücken für die kommende Reichstagswahl aufgestellt worden. Die Situation für ihn hat sich aber ganz merklich verschlechtert durch die Differenzen, die zwischen dem Zentralverband Deutscher Industrieller und dem Hanjandub ausgebrochen sind. Die Nationalliberalen fürchten, daß ihr Führer unter diesen Umständen einen glänzenden Durchfall erleiden könnte. Der „Hannoversche Kurier“ empfiehlt deshalb, Herrn Wassermann im Wahlkreise Guben aufzustellen, der durch den Rücktritt des Prinzen Schönaich-Carolath frei wird und der für die Nationalliberalen immerhin noch einige sichere Aussichten bietet.

### Wahlrechtskundgebungen.

haben nach den Berichten der Parteipresse außer den bereits gemeldeten noch an folgenden Orten stattgefunden:

In Darmen wurden am Freitag und in Eberfeld am Sonnabendabend je eine starkbesuchte Versammlung abgehalten, in denen Genosse Dittmann-Sölingen sprach. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Bochum nahm eine Versammlung am Sonnabendabend nach einem Referate des Genossen König-Dortmund eine Resolution gegen die Dreiklassenwahl und eine gegen die Marokkogefahr an.

In Kumburg bei Bremen fand am Sonntag zum erstenmal eine Volksversammlung statt und zwar unter freiem Himmel. 800 Personen lauschten den Ausführungen des Genossen Krause-Dorlmund über die preussische Wahlrechtskomödie.

Weitere Versammlungen fanden statt in Osterholz-Scharmbeck, Hemelingen, in Gaarden, Neumünster, Kiel, Wellingdorf, Breech und Rendsburg, die alle einen guten Verlauf nahmen.

### Verlegung katholischer Feiertage.

Die „Rölnische Volkszeitung“ meldet aus Rom: Der Papst hat ein Motu proprio erlassen, in dem angeordnet wird, auf Sonntage fallende Feste wie den Rosenfesttag, Fronleichnam, Johannisfest und noch einige andere künftig am darauffolgenden Sonntag zu feiern.

Verichtigung. Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation, Karlsruhe-Oranienwinkel, ersucht um nachfolgende Verichtigung:

1. Wir haben niemals eine Dividende von 20 oder mehr Prozent verteilt. Die höchste Dividende unseres Unternehmens betrug 16 Prozent. Seit zwei Jahren beträgt sie 12 Prozent, was bei unseren 100 Prozent Reserve einer Verzinsung von 6 Prozent des arbeitenden Kapitals entspricht.

2. Unser Brauwein-Kontingent beträgt nicht 23 000 Hektoliter sondern 10 000 Hektoliter, welches Quantum wir statt mit 125 M. nur mit 105 M. pro Hektoliter versteuern. Statt 1 302 500 M. Brauweinsteuer zahlen wir sonach für unseren Brauwein-Kontingent-Brauwein nur 1 144 500 M. Brauweinsteuer, was einer sogenannten „Lebedgabe“ von jährlich 158 000 M. entspricht, also etwa die Hälfte der behaupteten Summe von 400 000 M.

Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation vorm. G. Sinner. U. Sinner jun. Heinrich.

### Frankreich.

#### Arbeiterfragen in der Kammer.

Paris, 10. Juli. (Deputiertenkammer.) Zum Schluß der Sitzung brachten die Sozialdemokraten abermals einen Antrag auf Wiederanstellung der Eisenbahner ein. Ministerpräsident Caillaux sprach sich entschieden gegen denselben aus und warf Jaurès, der ihn unterbrochen hatte, Demagogie vor. Jaurès erwiderte, es sei Demagogie, sich durch Verpflichtungen, die man nicht hätte, Emporkämpfen. Hierauf hielt der Sozialist Volky, welcher der Kammer eine unerhörtliche Obstruktion seiner Partei androhte, solange nicht die Eisenbahner wieder eingestellt würden, eine überaus heftige Rede gegen die Regierung und die radikale Mehrheit. Zwischen den Sozialisten und Radikalen kam es dabei zu einem leidenschaftlichen Wortwechsel und gegenseitigen Beschimpfungen. Einzelne Deputierte bedrohten einander mit Tätlichkeiten. Schließlich wurde Präsident Brisson genötigt, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde die von der Regierung als Vertrauensvotum bezeichnete und als solche genehmigte einfache Tagesordnung mit 433 gegen 88 Stimmen angenommen. Die Sozialisten sind entschlossen, ihre Obstruktion in der morgigen Sitzung fortzusetzen.

Zum Schluß trat die Kammer noch in eine Debatte über eine Interpellation des Sozialisten Bauch betreffend den Zustand der Arbeiter und seine Ursachen ein. Bauch warf der Regierung vor, sie interveniere zugunsten der Arbeitgeber, und erhob Einspruch gegen die Verschuldigungen des Antimilitarismus, die man gegen das Syndikat der Raurer erhebe. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung mit 384 gegen 78 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wurde, und die Sitzung sodann geschlossen.

#### Die Eisenbahnerfrage.

Paris, 11. Juli. In einer Versammlung, die das Syndikat der Bahnangestellten über die Frage der Wiederanstellung der Eisenbahner gestern Abend abhielt, wurden die Regierung und die Kammer in heftiger Weise angegriffen. Jaurès, der nach Schluß der Kammer Sitzung erschien, erklärte unter stürmischem Beifall, daß die geeinigten Sozialisten ein Gesetz über die Errichtung eines Disziplinarrates für die Abiegung von Bahnangestellten beantragen würden. So lange dieses Gesetz nicht angenommen sei, würden die Sozialisten täglich einen Antrag auf Wiederanstellung der entlassenen Eisenbahner einbringen.

#### Unzug oder Lockspindel.

Glermont, 11. Juli. Von unbekanntem Uebelartem wurde ein fünfzehn Meter langer Balken auf ein Eisenbahngleis gelegt. Der Lokomotivführer des Expresszuges bemerkte zwar das Hindernis und bremste, doch fuhr die Lokomotive auf den Balken auf, den sie entzwei schnitt. Bei Tourlouse wurde eine ähnliche Sobotage kurz vor Abgang eines Militärzuges verübt, doch wurde das Hindernis rechtzeitig aus dem Wege geräumt.

### Türkei.

#### Ein politisches Attentat.

Konstantinopel, 11. Juli. Der Reichsbeirat der Dette publique Seki Bey ist gestern nacht in der Vorstadt Makrit ermordet worden. Der Mord soll aus politischen Motiven erfolgt sein.

#### Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 11. Juli. Die albanesische Bevölkerung von Agropoliastro hat sich, durch Agitatoren aufgehetzt, unabhängig erklärt. Sie nahm den Mutesari gefangen und sperrte ihn in dem Fort ein, eroberte die Regierungskasse und raubte vierhundert Pfund. Schließlich zogen sich die Aufständischen in das Fort zurück, eine Abteilung Soldaten wurde von den Albanesen aus der Gegend verjagt. Von Janina ist Militär nach Agropoliastro abgegangen und auch von Oberalbanien werden Truppen dorthin geschickt. Man hofft, der Erregung bald Herr zu werden.

### Japan.

#### Abänderung des englischen Bündnisvertrages.

New York, 11. Juli. Ein Telegramm der Associated Press meldet aus Tokio, die Revision des englisch-japanischen Bündnisses sei eine unausbleibliche Folge des geplanten englisch-amerikanischen Schiedsvertrages. England hat vorgeschlagen, daß die Allianzklause, welche eine gegenseitige Unterstützung im Kriege vorsieht, dahin abgeändert werden soll, daß diese Klausel keine Anwendung finden soll, wenn einer der beiden Verbündeten sich im Kampf mit einer Nation befindet, mit der der andere einen Schiedsvertrag abgeschlossen hat. Japan soll dem Vorschlag zugestimmt haben.

### Aus der Partei.

#### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Kreisverein Marthausen i. Gf. zählt nach dem Berichte, der in der Generalversammlung vom letzten Sonntag erstattet wurde, jetzt 1822 Mitglieder, darunter 108 weibliche. Er hat damit auch in diesem Jahre seinen Platz an der Spitze der sozialdemokratischen Kreisvereine des Landes behauptet. Da die Partei in Marthausen außer vor dem Wandertags- und Reichstagswahlen noch vor Gemeinderats- und Kreisparlamentwahlen steht, die schon auf den 1. Oktober anberaumt sind und wie die beiden anderen Wahlen schwere Aufgaben erfordern werden, beschloß die Versammlung, für dieses Jahr von der Besichtigung des Parteitag abzusehen. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierte der Bericht einer Aufforderung des Abgeordneten Genossen Emmel folgend, entgegen gegen die kolonialpolitische Abenteuerpolitik im Dienste kapitalistischer Ausbeuterinteressen, wie sie im Eingreifen unserer Imperialisten in die Marokko-Affäre durch die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir gutgeheißt.

Zum Reichstagslandboten für den eiffringlichen Wahlkreis Saargemünd-Borsach stellte die sozialdemokratische Wahlrechtskonferenz letzten Sonntag den Parteisekretär Charles Hueber in Strohhagen auf, nachdem der bisherige Kandidat, Gemeinderatsmitglied Bischoff in Saargemünd, der als Kandidat zum Landtag aufgestellt wurde, zurückgetreten war.

# Gewerkschaftliches.

## Der Gewerkschaftsverband Großbritanniens.

London, 8. Juli. (Fig. Ver.)

Am 6. und 7. Juli hielt der Gewerkschaftsverband (General Federation of Trade Unions) in Dundee seine zwölfte Jahreskonferenz ab. Außerordentlich war die Konferenz bemerkenswert wegen der Tatsache, daß zum ersten Male Vertreter kontinentaler Bruderorganisationen als Gäste erschienen waren. Die deutschen Gewerkschaften hatten drei, die Genossen Kube, Sassenbach und Umbreit, die französischen einen Vertreter entsandt. Sassenbach, als Vertreter der deutschen Arbeiter, wies in seiner Begrüßungsrede besonders nachdrücklich auf die Rolle hin, die die internationale Arbeiterbewegung bei der Erhaltung des Friedens spielt.

„Wir wollen der Öffentlichkeit während unseres Besuches zeigen,“ so führte er aus, „daß die britischen und deutschen Arbeiter bereit sind, Schulter an Schulter zu stehen, und daß es unmöglich ist, sie zu entzweien. Der Friede unter den Nationen ruht auf dem guten Einverständnis zwischen der Arbeiterklasse aller Länder. Wenn die Arbeiter Großbritanniens und Deutschlands eng zueinander halten, so werden keine Streitigkeiten zwischen unseren Ländern je ihre Wohlfahrt wieder gefährden.“

Der deutsche Delegierte sprach englisch, was den Appell um so wirkungsvoller gestaltete. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und bewies den englischen Arbeitervertretern, daß die Stimme der kriegslustigen Geschäftspatrioten Deutschlands, die fast nur in der englischen Presse vernommen wird, nicht die Stimme der großen Masse des deutschen Volkes ist.

Ueber die jüngste Entwicklung des Verbandes gibt der Jahresbericht des geschäftsführenden Ausschusses einige interessante Aufschlüsse: Die Zahl der dem Verbands angehörenden Gewerkschaften (135) hat während des letzten Jahres nicht zugenommen, dagegen ist die Mitgliedschaft dieser Gewerkschaften von 703 091 im Jahre 1910 auf 711 994 gestiegen. Das scheint ein recht langsamer Fortschritt, wenn man bedenkt, daß es augenblicklich in Großbritannien 2 379 723 Gewerkschaftler gibt. Der Grundgedanke der Gründer des Verbandes war, eine starke Zentralorganisation zu schaffen, die zersprengten Haufen des britischen Gewerkschaftsheeres zu sammeln, sie zu vereinigen und zu einem schlagfertigen Heere zu machen, sowie einen riesigen Zentralfonds zu schaffen, aus dem alle Gewerkschaften, die für ihre Erziehung oder für die Hebung der Lebenslage ihrer Mitglieder zu kämpfen hätten, unterstützt werden sollten. Trotz großer Schwierigkeiten, die nicht zum geringsten dem Charakter des englischen Volkes, das sich an Disziplin und Zentralisation schwer gewöhnen kann, entspringen, sind die Leiter des Verbandes ihren ursprünglichen Absichten treu geblieben. Auch im vergangenen Jahre ist es dem Verbands gelungen, eine Reihe Gewerkschaften derselben Industrie zum Zusammenschluß zu bewegen. Der Bericht sagt zu diesem Punkt:

„Verschmelzung und Zusammenschluß muß deshalb weiter gehen, bis eine auf wissenschaftlicher Grundlage organisierte Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, die imstande ist, alle ihre Streitkräfte nach der Seite, wo sie notwendig sind, zu werfen und alle ihre Mittel zur Verteidigung oder Förderung der wirtschaftlichen Rechte ihrer Mitglieder zu benutzen. Die Notwendigkeit höherer Löhne war nie größer als heute; die Geschäfte blühen, die Profite nehmen zu und der Reichtum häuft sich an, aber die Löhne bleiben fast stationär. Zwischen 1900 und 1908 ist der nominelle Lohn nur um 1 Proz. gestiegen; in London stiegen in demselben Zeitraum die Lebensmittelpreise um 9 Proz., während die Profite um 12½ Proz. stiegen. Die Wissenschaft und die Erfindung haben den Produktionsprozeß vervollständigt und beschleunigt; die Wissenschaft und die Erfindung haben auch die physische und geistige Anstrengung aller Arbeiter vermehrt, aber sie haben keine rechtmäßige Verteilung der Vorteile, die sie der Menschheit gebracht, erzielt, auch ist es ihnen nicht gelungen, die Ueber- und Unterbeschäftigung zu mildern oder auszugleichen.“

Die Finanzen des Gewerkschaftsverbandes bieten leider kein erfreuliches Bild. Im verfloßenen Jahre stiegen die Ausgaben von 11 808 Pfd. Sterling im Jahre 1910 auf 74 952 Pfd. Sterling und übertrafen die Einnahmen um 39 648 Pfd. Sterling. Dieses ungünstige Resultat ist auf das Konto der Aussperrung der Kesselschmiede zu setzen, die Mitglieder des Verbandes sind und es nur diesem Umstand verdanken, daß ihre früher so stark und stolz bestehende Gewerkschaft im Jahre 1910 nicht von der Wildflut verschwand. Zum Schluß wendet sich der Bericht gegen die Vorlage der Regierung, die vorgibt, den Gewerkschaften das durch das Osborneurteil verlorengegangene Recht auf politische Aktion zurückzugeben. Bekanntlich macht diese Vorlage dieses Recht dadurch illusorisch, daß sie die Beiträge für politische Zwecke nicht obligatorisch macht und das Prinzip der Herrschaft der Mehrheit abschafft. Der Bericht sagt zu diesem Punkt:

„Das Zustandekommen dieses Rechtes der Befreiung von den (politischen) Beiträgen wird in sechs Wochen mehr Erbitterung hervorrufen, als der alte politische Beitrag in sechs Jahren erzeugte.“

Bei weitem das wichtigste und schwierigste Problem, das die zwölfte Verbandskonferenz beschäftigte, war die Frage des Verhältnisses der gelernten zu den ungelerten Arbeitern. Die ungelerten Arbeiter, von denen 78 000 dem Verbands angehören, beklagen sich darüber, daß sie Beiträge für Unterstüzungen entrichten, die ihnen nur in einem sehr beschränkten Maße gewährt werden. Nach den Verbandsstatuten haben Mitglieder, die nicht direkt an einem Streik oder einer Aussperrung beteiligt sind, kein Recht auf Unterstüzung. Ungelernte Arbeiter werden aber fast immer bei einem Streik gelernter Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen, sie können daher nur auf Unterstüzung vom Verbands rechnen, wenn sie selbst einen Streik anfangen, was nicht häufig vorkommt. Sie fühlen sich daher benachteiligt. Um auch die indirekt an einem Streik oder Aussperrung beteiligten Mitglieder unterstützen zu können, mußte der Verband die Beiträge erhöhen. Die Beiträge wurden jedoch schon im Jahre 1906 herabgesetzt, und es ist daher sehr zweifelhaft, ob sie ohne Schaden für die Organisation wieder erhöht werden können. Während der Beratungen drohte ein Vertreter der ungelerten Arbeiter, daß seine Gewerkschaft nicht allein aus dem Verbands austreten, sondern ihn auch bekämpfen werde, wenn sich die Dinge nicht änderten. Ohne Zweifel ist das ganze Problem nur eine Frage der Organisationsform. Es würde bald verschwinden, wenn die englischen Gewerkschaften ihren altertümlichen Kastengeist aufgaben und sich nach Industrien organisierten. Die Frage wurde schließlich dem geschäftsführenden Ausschuß zur Beratung überwiesen und soll im nächsten Jahre in London ihre Erledigung finden. Die glückliche oder unglückliche Lösung des Problems kann die Zukunft des Gewerkschaftsverbandes entscheiden.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung! Töpler!** Die Sperre über die Firma Otto Saring, Pantow, Damerowstraße 48/49, ist hiermit aufgehoben, da die Differenzen beigelegt sind. Die Verbandsleitung.

Der Streik der Leitergerüstbauer bei der Firma Stoding u. Müller, Lichtenberg, ist zugunsten der organisierten Arbeiter aufgehoben, indem die Inhaber des Geschäfts die geforderten Löhne gleich 67 Pf. pro Stunde zu zahlen sich verpflichteten.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Ullrich, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Die Arbeit ist heute wieder aufgenommen und die Differenzen sind beigelegt.

Die Verbandsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. J. B.: Adolf Benzner.

Der Streik in den Vereinigten Berliner Mörstelwerken und in der Kalksandsteinfabrik in Niederlehme, welcher schon 10 Wochen dauert, hat sich bei den Unternehmern immer mehr zu einer Wackelprobe gegen die Organisation ausgewachsen. Durch schwarze Listen will man die Streikenden zwingen, bedingungslos in das alte Loch zurückzukehren und für 30 Pf. die Stunde weiter zu fronden. Ein Teil der Streikenden, welcher anderweitig Arbeit gefunden hatte, wurde bald darauf wieder entlassen. Als die Leute nach dem Grunde fragten, wurde ihnen offen erklärt: „Es tut uns leid, aber wir können nicht anders. Die Direktion von Niederlehme verlangt es von uns.“ Arbeiter, welche einmal ein unbedachtes Wort sagten, kamen vor den Staatsanwalt. Ob auch den Unternehmern dasselbe passiert? Es hieß ja einmal: Schwerste Strafe dem, der jemanden an freiwilliger Arbeit hindert.

Da man mit den Arbeitswilligen wenig Erfolg hat, versucht man unter Auswendung aller möglichen Mittel, Material von anderen Betrieben zu bekommen. So haben die Vereinigten Mörstelwerke eine Anzahl kleiner Schiffe beauftragt, auf eigene Rechnung Sand zu kaufen und an die Mörstelwerke abzuliefern. Ebenso bezieht die Kalksandsteinfabrik ihre Steine jetzt von anderen Betrieben durch die Fingeltransportgenossenschaft, wodurch der Streikenden der Kampf erschwert wird. Trotzdem sind sie nicht gewillt, bedingungslos zurückzukehren, und werden lieber auf die Arbeit verzichten. Die letzten Dinstagmänner haben am Sonnabend Niederlehme verlassen, nachdem sie noch in der Nacht vorher in einem Lokal einen Einfall mit anschließender Schlägerei veranstaltet hatten, wobei auch der Revolver eine Rolle gespielt haben soll.

Die Agenten der Unternehmer verbreiten bei dem Anwerben von Arbeitswilligen immer wieder das Gerücht, daß der Streik aufgehoben ist. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jeder Zugang nach Niederlehme fernzujahalten ist.

Die Porzellandreher in Zeltow stehen seit einigen Wochen im Streik. Trotz aller Anstrengungen gelang es der Fabrikleitung bisher nur, 4 ungelernete Erntekräfte zu bekommen. In der vorigen Woche haben diese Leute trotz aller Anstrengung nur 18 M. verdienen können, von denen 15 M. für Kost und Logis in der Fabrik abgehen. Am Sonntag fand sich noch ein Streikbrecher, der stark alkoholisiert war. Die Streikenden hoffen, daß die Sache in kurzer Zeit beigelegt sein wird. Sollte das nicht der Fall sein, so haben die Arbeiter der beiden Schwesternfabriken beschlossen, die Arbeit ebenfalls niederzulegen. In Betracht kommen 120 Porzellandreher.

### Deutsches Reich.

Die Huf- und Wagenschmiede von Hannover und Linden haben nach einem uns zugehenden Privattelegramm am Dienstag früh die Arbeit niedergelegt.

### Aussperrung in der Lausiger Glasindustrie.

Bürgerliche Blätter in der Lausitz verbreiten folgende Notiz: „Der Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken tagte in Görlitz in einer von circa 70 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des sächsisch-schlesisch-Lausiger Bezirks, um zu dem Streik in Kauscha Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß nach dem „Niederschlesischen Wanderer“ einstimmig, falls bis zum 15. Juli eine Einigung in Kauscha nicht erzielt ist, an diesem Tage sämtlichen organisierten Glasarbeitern des genannten Bezirks zu kündigen, und falls bis zum 29. Juli die Angelegenheit noch nicht ihre Erledigung gefunden hat, nach 14 Tagen die sämtlichen Betriebe vollständig stillzulegen. Dem genannten Verbands gehören fast sämtliche Firmen Sachsens, Schlesiens und der Lausitz an und würden von der Aussperrung circa 10 000 Personen betroffen werden.“

Es ist nicht das erste Mal, daß genannten Verband eine Aussperrung androht; das vorige Mal handelte es sich gleichfalls um einen Streik in Kauscha. Bei den eingeleiteten Verhandlungen wurde damals ein zufriedenstellender Vertrag abgeschlossen, und gerade diese Firma hat jetzt den Vertrag in größtmöglicher Weise gebrochen.

Um der Deffentlichkeit zu zeigen, in welcher rigorosen Weise die Unternehmer 10 000 Arbeiter brotlos machen wollen, sei kurz der Grund des Kampfes in Kauscha, der jetzt drei Häften umfaßt, geschildert. — Die Glasarbeiter hatten bei zwei Firmen den am 1. April d. J. abgelaufenen Tarifvertrag gekündigt. Die Tarifkündigung erfolgte, um am Orte einheitliche Akkordpreise anzustreben. In dem einen Tarif war ausgesprochen, daß bei Kündigung des Tarifes auch das Arbeitsverhältnis gekündigt ist. Die Arbeiter erklärten sich zu Verhandlungen bereit; diese wurden aber von der Firma abgelehnt. Bei der anderen Firma wurden die Arbeiter gekündigt und die dritte Firma am Orte spernte die Arbeiter unter Bruch des Tarifvertrages aus.

Es steht fest, daß die Arbeiter zu Verhandlungen bereit waren, daß sie ferner bereit waren, ohne Vertragsverhältnis weiter zu arbeiten, auch wenn keine Zugeständnisse gemacht worden wären. Die Unternehmer sehen aber die Zeit für gekommen, gegen den verhassten Glasarbeiterverband vorzugehen, weil die Konjunktur nicht günstig ist. Jetzt, nachdem Aufträge genug vorhanden sind, möchten sie die Arbeiter zwingen, bedingungslos die Arbeit anzunehmen. Die Herren werden sich jedoch täuschen. Ihre geplante große Aussperrung wird ein Schlag ins Wasser sein.

Die Arbeiter der Gummifabrik Th. Kadium Kautschuk (Präferbatio-Abteilung) in Dellbrück bei Mühlheim a. Rh. sind in den Streik getreten. Sie wehren sich gegen Akkordabzüge. Zugang von Gummiarbeitern ist streng fernzujahalten. Fabrikarbeiter-Verband.

### Ausland.

#### Die norwegische Massenaussperrung

hat am Sonnabend begonnen. Es sind die Arbeiter der Sägewerke und Hobelereien, der Zellulose-, Papierfabriken und Holzschleifereien, die von der Aussperrung betroffen sind. Es sind 96 Betriebe mit ungefähr 18 000 Arbeitern. Am 15. Juli wird die Aussperrung der fast ebenso zahlreichen Arbeiter der Eisenindustrie, der Elektroindustrie sowie derjenigen Papierfabriken folgen, wo bis jetzt noch mit Rücksicht auf die Kündigungsfrist weitergearbeitet wird. Der norwegische Staatsminister hat am Sonnabend nochmals zwischen den Parteien zu vermitteln gesucht, aber offenbar erfolglos. In den obengenannten Industrien herrschen im allgemeinen friedliche Zustände, gegründet auf Tarifverträge, die weiterhin in Geltung bleiben, aber für die Unternehmer kein Hindernis der Massenaussperrung bilden. Die Aussperrung soll nach dem Wunsche der Arbeitgeber dazu dienen, die Vergarbeiter auf Jahre hinaus an ganz elende Löhne zu binden. Die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften veröffentlicht ein Manifest an die Arbeiterklasse, worin die Ursachen des Kampfes geschildert werden. Die Vergarbeiter verlangen im Durchschnitt einen Stundenlohn von 35 Cere, für einige Gruppen noch weniger, für andere einen etwas höheren Stundenlohn. Die Unternehmer wollen darauf nicht eingehen und bieten weit weniger, z. B. bei einem bisherigen Tariflohn von 32½ Cere ganze 28 Cere, und in einzelnen Fällen wollen sie die Stundenlöhne sogar herabsetzen. Die organisierte Arbeiterklasse hat sich, soweit sie noch von der Aussperrung verschont ist, bereits einen wöchentlichen Extrabetrag von 1 Krone auferlegt, und außerdem werden allgemeine Sammlungen veranstaltet, um die nötigen Unterstüzungsmittel herbeizuschaffen. Im übrigen fordert die Landesorganisation, wie das schon in der vorigen Woche in „Socialdemokraten“ geschah, zum allgemeinen Alkoholstreik auf. Kein Arbeiter, ob ausgesperrt oder nicht, soll während der Dauer des Kampfes irgendwelche alkoholische Getränke zu sich nehmen, damit

das Geld, das sonst dafür ausgegeben wird, in hohem Maße den Aussperrten und ihren Familiengliedern kommen kann.

## Versammlungen.

### Das von den Bäderinnungen geplante Sonntagsbadverbot und die Bädereigenen in Berlin.

Wie schon während und bei Beendigung des Bäderstreiks mitgeteilt wurde, beabsichtigen die Bäderinnungen Groß-Berlins ein Sonntagsbadverbot durchzuführen, und offenbar zu dem Zweck, dadurch die von den Bädereigenen erhobene 30stündige Ruhepause wieder aus der Welt zu schaffen. Die Bädermeister haben sich bei dieser Sache von den Gelben ins Schlepptau nehmen lassen, die schon früher mit der „Forderung“ eines solchen Baderbotes an die Innung herangeraten waren; damals allerdings ohne irgendwelche Zustimmung bei den Innungsmitgliedern zu finden. Erst in der Aufregung über die Erfolge des letzten Streiks entdeckten die Meister ihre Vorliebe für das Badverbot, das wenn es wirklich durchgeführt werden sollte, ihnen vielleicht unangenehmer werden würde, als die 30stündige Ruhepause. Das Polizeipräsidium hat nun, nachdem die Innungen mit jenem Verlangen gekommen waren, schließlich auch die Firmeninhaber der Großbädereien, die Gegner des Baderbotes sind, über die Gründe ihrer Stellungnahme befragt, und beabsichtigt jetzt, die Akten über die Angelegenheit zu schließen. Um nun auch den Bädereigenen noch einmal Gelegenheit zu geben, ihre Meinung über die Angelegenheit zu sagen, hatte der Baderverband am gestrigen Nachmittag eine öffentliche Bäderversammlung veranstaltet, die im großen Konfordiaal stattfand. Die Vorstände der Bäderinnungen von Groß-Berlin sowie der Freien Vereinigung der Bädermeister waren eingeladen, aber nicht erschienen. S e n e i d e r schilderte die Lage der Dinge, und der lebhafteste Beifall, den seine Ausführungen fanden, sowie die darauf folgende Diskussion ließen keinen Zweifel darüber, daß die Bädereigenen sich von dem in der nachstehenden Resolution dargelegten Standpunkt nicht abbringen lassen werden. Die Resolution, die sofort dem Polizeipräsidium überhandt wird, wurde einstimmig angenommen.

Dieses Badverbot würde, vorausgesetzt daß es in allen Bädereien des Stadtkreises Berlin zur strikten Durchführung gelangt, abgesehen von seinen Wirkungen in volkswirtschaftlicher und gemeinlicher Hinsicht, den Arbeitern nur eine 22stündige Ruhepause gewähren, während der größte Teil der in Bädereien Beschäftigten heute bereits eine solche Ruhezeit von 36 Stunden besitzt. Das Badverbot würde demnach für diese Arbeiter eine Kürzung ihrer Ruhepause von 14 Stunden mit sich bringen, die die betreffenden Arbeiter unter keinen Umständen in Kauf nehmen werden.

Die Bäder und Konditionen können um so weniger eine Verkürzung ihrer 30stündigen Ruhezeit hinnehmen, als das geplante Badverbot für diejenigen Arbeiter, für welche die 7-schichtige Arbeitswoche bereits durch die 6-schichtige ersetzt ist, die alte 7-schichtige Arbeitswoche wieder einführen, und es den übrigen außerordentlich erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen müßte, ebenfalls die 7-schichtige Arbeitswoche durch die 6-schichtige zu ersetzen. Es würde das geplante Badverbot also die 7-schichtige Arbeitswoche in 6 Arbeitstagen herbeiführen, ein Zustand, der in gesundheitlicher Beziehung viel gefährlicher sein müßte, als der frühere Zustand, wo an 7 Tagen 7 Arbeitsschichten geleistet wurden.

Dann aber besteht die Gefahr, daß die Konkurrenz der nicht im Stadtkreis Berlin gelegenen Bädereien, sowie die der von Angehörigen des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes in eigener Regie errichteten Bädereien die Durchführung des Badverbots ungeheuer erschweren, wenn nicht für die meisten Kleinbäder unmöglich machen müßte. Dann aber wäre den Arbeitern, die bereits den 30stündigen Ruhetag besitzen, derselbe genommen, ohne daß sie auch nur den geringsten Erfolg dafür hätten.

Die Versammlung erklärt deshalb, daß die Bäder Berlin und Umgegend, unbedenklich darum, ob ein Badverbot erlassen wird oder nicht, unter allen Umständen an ihrem wöchentlichen 30stündigen Ruhetag festhalten müssen.

Danach haben die Bädermeister zu erwarten, daß die Taktik ihrer Führer, die sich schon während des Streiks als nicht gerade übersehbar erwies, ihnen zu einer 22stündigen Ruhezeit in der Woche besichert. Der Herr Polizeiprääsident kann zwar den Bädereigenen das Baden am Sonntag v e r bieten, er kann aber ihnen nicht g e bieten, daß sie nun auf den 30stündigen Ruhetag verzichten!

## Letzte Nachrichten.

### Eine Kindesmordaffäre

beschäftigt seit gestern Abend die Berliner Kriminalpolizei. Nach der angeblichen Vergiftung ihres einjährigen Sohnes ist die Frau des Schuhmanns F ü g n e r vom Weinbergsweg sühliglich geworden. Das Kind wurde abends von dem heimkehrenden Vater tot aufgefunden. Anscheinend liegt Opiumvergiftung vor. Die Leiche wurde polizeilich b e s i d n a m t und nach dem Schauhaufe gebracht. Ob die Mutter das Kind mit Vorbedacht vergiftet hat oder eine Verwechslung der Medikamente vorliegt, muß erst die eingeleitete Untersuchung ergeben.

### Furchtbare Eisenbahnkatastrophe in Amerika.

Aus den Vereinigten Staaten von Amerika bringt der Telegraph wieder einmal die Nachricht von einem schweren Eisenbahnunglück. Auf dem Wege von Bridgeport nach Boston stürzte der Gyrpexzug von einer Ueberführung her ab. Zahlreiche Passagiere wurden schwer verletzt und dreißig waren sofort tot. — Ein Telegramm meldet über die Katastrophe:

Bridgeport (Connecticut), 11. Juli. Der Gyrpexzug nach Boston stürzte unterwegs einen Viadukt hinunter. Dabei wurden etwa 30 Personen getötet und viele verletzt. Die Lokomotive und 5 Wagen fielen 30 Fuß tief auf das Straßenpflaster und wurden zerkümmert.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch Straßenpassanten von den herabstürzenden Wagen getötet worden sind. Die Straße bildet ein entsetzliches Bild der V e r w ü s t u n g.

Ein weiteres Telegramm über die Katastrophe meldet: Ein Schnellzug der New-Havenbahn entgleiste, als er auf der Fahrt von Boston nach Washington die Stadt Bridgeport (Connecticut) durchfuhr und stürzte von einer 30 Fuß hohen Böschung auf die Straße hinab. Die Pullmanwagen gerieten in Brand. Bisher wurden 20 Tote und den Trümmern gezogen und über 80 Verletzte, von denen eine Anzahl tödlich verletzt ist. Die Ursache der Katastrophe war eine offene Weiche. Sechs von den neun Wagen sind derzeit demoliert, daß noch 200 Fuß von dem Gleise Trümmer gefunden wurden. 150 Personen waren im Zuge, von denen nach einer späteren Meldung nur wenige unverletzt geblieben sind.

### Bergmannslos.

Fraunbach (Oeffen), 11. Juli. (B. L. B.) Durch einen heute früh 6 Uhr auf der vierten Zeche der Erzgrube Rönberg ausgebrochenen Brand wurden 60 Bergleute abgetötet. Heute mittag 1 Uhr gelang es, 58 von ihnen zu retten; man hofft, auch die beiden anderen noch lebend retten zu können.

18. Deutscher Ortskrankenkassentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Der 18. Deutsche Ortskrankenkassentag fuhr in seiner gestrigen Sitzung in der Entgegennahme der Referate über die Reichsversicherungsordnung fort.

Träger der Krankenversicherung und die Rassenverbände:

Als ein kleiner Fortschritt ist es zu betrachten, daß sich die Rassen Mittel auch zum Besuch von Versammlungen verwenden dürfen, die den Zweck der Krankenversicherung dienen.

Neuregelung der Verfassung der Rassen.

Die Bestimmungen über die freiwillige Mitgliedschaft bedeuten für die Rassenmitglieder eine kleine Verschlechterung, während sie vom fiskalischen Standpunkt für die Rassen selbst ein Vorteil sind.

Die Vorstandswahl war bisher sehr einfach. Da kam plötzlich die Regierung und sagte, sie müsse etwas zum Schutze der Arbeitgeber tun.

Kleines feuilleton.

Städtische Kunstpflege. Die Leistungen der bayerischen Städte für Theater- und Orchesterunternehmungen — nach einer Zusammenstellung in der „Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamts“ — bieten einen Beweis dafür, wie wenig eigentlich von den Gemeinden für diese Kulturaufgaben geleistet wird.

Auch die Unterstützung der Orchester, die sich stolz und irreführend „Stadtkapellen“ nennen dürfen, trotzdem sie ebenfalls Privatunternehmen sind, ist äußerst geringfügig.

eben der Feldwebel mit dem Schnurrbart, den er sich dreimal ums Ohr wickeln kann, und diese Herren mit ihrer Bildung aus der Kaserne führen die Geschäfte, bis beide Gruppen einig geworden sind.

In der Diskussion verbreitete sich ein Redner darüber, wie die Mitglieder, die ein Einkommen von mehr als 4000 M. haben, dies verdienen können durch Uebertragung an die Frau usw.

Das geltende Recht zwischen den Angestellten und den Krankenkassen beruhte auf den Grundfüßen des Privatvertrages.

(Die berühmte Stadt Berlin steht in diesem Fall an der Spitze jeder Kritik, weil sie eben gar nichts für solche Zwecke leistet.)

Das wandernde Nationaltheater, das der Direktor des Pariser Antoine-Theaters Gémier errichtet hat, gab auf der Invaliden-esplanade, wo noch vor kurzem die Juden der alljährlichen Rimes aufgeschlagen waren, eine Probevorstellung.

Die ganze Truppe besteht aus etwa 100 Personen. Ihre männlichen Mitglieder haben von der Unternehmung ein Zweirad erhalten, um den Zug zu geleiten.

Edison über den Kinematographen. Der amerikanische Erfinder Thomas A. Edison, dem die Welt so viele und bedeutende Neuerungen zu verdanken hat, ist vor einiger Zeit von einem englischen Matre über die Zukunft und über die Bedeutung der Kunst der Lebenden Bilder befragt worden.

hat. Der Redner bespricht dann eingehend die vom Gesetz neu geforderte Dienstordnung. Die Krankenkassen müssen möglichst klare und erschöpfende Bestimmungen in die Dienstordnung hineintragen, um Streitigkeiten und Mißbilligungen zwischen den Beamten und den Rassen zu vermeiden.

Starke Dresden spricht über das Verhältnis zu den Ärzten: Der Kampf um die freie Arztwahl wird wohl bald überall entbrennen. Auf dem Stuttgarter Kongress haben die Ärzte ja schon erklärt, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes alle Verträge gelündigt werden müssen.

In der Diskussion nahm als Gast das Wort Dr. Gumpert, Berlin, ein nicht dem Leipziger Verbande angehörender Arzt: Für die Ärzte bedeutet die Erhöhung der Einkommensgrenze auf 2500 Mark und die damit verbundene Vermehrung der Rassenmitglieder eine wesentliche Schwächung der Privatpraxis.

Vorsitzender Frähdorf: Wenn man uns die Selbstverwaltung nimmt, werden wir es ablehnen, unsere Kräfte weiter den Kranken-

Humor und Satire.

Der Tierpark.

Der Kaiser hat zu wiederholtem Male und sozusagen fast ostentativ die Keigung aufgeweckt für's Soziale.

Von Macdonald will ich hier gar nicht sprechen, (Denn es geschah ja mehr zu England's Heil.)

Er hat, entgegen allen Liebedienern, und von der Sorge um das Volk gequält, mit scharfem Blick erkannt, daß den Deutschen ein zweiter Tierpark fehlt.

Sie soll'n ihn haben; in der Jungfernhöhe vollzieht es sich, und stammenden Geschlechts bemerkt der kleine Mann im schlüftigen Kleide: Nun fehlt uns weiter nichts!

Nun ist mir heiterer und hoffnungsvoller, denn überm Chaos flammt ein neues Licht. — Das Wahre? Erst der Par! Ein Hoheuzoller hält stets, was er verspricht.

(Peter Scher im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Debasseur, ein bekannter französischer Nationalökonom und Statistiker ist in Paris gestorben.

— Im botanischen Garten (Dahlem) blüht die Victoria regia. Der Garten ist gegen geringes Entree täglich von 7—7 Uhr geöffnet. Mittwoch, Freitag, Sonntag, Dienstag von 2—7 Uhr unentgeltlich.

— Das Geheimnis der Vriestaupe. Es ist eine alte und oft behandelte Frage, welche Mittel es wohl der Vriestaupe ermöglichen, ihren Heimweg über Hunderte von Meilen zu finden.

Vaffen zu führen. Wir lassen uns die Selbstverwaltung weder von der Regierung noch von der Gesetzgebung, noch von den Ärzten nehmen. (Lebhafter Beifall.) Es rührt sich zwar manche Klasse, wie gut sie mit der freien Arztwahl auskommt. Das ist kein Kunststück, denn wenn wir nicht da wären, würden sie es nicht können. Die Ärzte würden den Krankenlassen dann das Fell über die Ohren ziehen. Wenn jene Klassen heute ertägliche Verträge mit den Ärzten haben, so ist das unser Verdienst. (Stürmischer Beifall.) Die Ärzte verhindern die Einführung eines Arztsystems, das uns an sich durchaus sympathisch ist, weil sie mit der freien Arztwahl uns nicht nur auf die Knie zwingen, sondern weil sie uns dann auch den Fuß in den Nacken setzen wollen. Aber dazu sind wir noch zu nahestehend. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen mit den Ärzten gern verhandeln. Aber auf diesem Gebiet gibt es keine Verständigung. Es gibt im übrigen noch genug Ärzte in Deutschland, die bereit sind, auch auf der Grundlage eines anderen Arztsystems mit uns zu verhandeln und sich mit uns zu verständigen. In den nächsten Tagen werden nach dieser Richtung Verhandlungen beginnen. Man wird berichten, wenn ich hierüber vorläufig weiter nichts sage. Nun gibt es große Klassen, die die freie Arztwahl eingeführt haben. Ja, es gibt Klassen, die genötigt sind, das Honorar nicht an den behandelnden Arzt, sondern an die Organisation, mit anderen Worten: an den Leipziger Verband zu zahlen. Was den Ärzten recht ist, ist den Beamten und Arbeitern billig. Wenn wir die Forderung aufstellen wollten, daß die Unternehmer die Löhne für die Arbeiter an die Arbeiterorganisationen und die Gehälter der Privatbeamten an die Angestelltenorganisationen abführen sollten, dann würden wir auf helles Gelächter stoßen. (Lebhafter Zustimmung.) Derartige Forderungen sind nur geeignet, jeden Weg zur Verständigung zu verfrachten. Ich möchte die Klassen dringend davor warnen, diesen Weg zu beschreiten. Wenn eine Klasse glaubt, daß sie mit der freien Arztwahl auskommt, und für die Zukunft keine Befürchtungen zu hegen braucht, dann mag sie es tun. Nur müssen wir von dieser Klasse verlangen, daß sie uns keine Schwierigkeiten macht. (Stürmischer Beifall.) Diese Mahnung richte ich besonders an die Leipziger und ganz besonders an Herrn Pollender. (Stürmischer Beifall. — Pollender: Umgekehrt auch!) Wir ersuchen Ihnen nicht Ihren Standpunkt. Wir bitten Sie aber auch, zum Gaudium unserer Gegner den Leipziger Verband nicht fortwährend Material zuzutragen. Ich erinnere nur an das Verhalten des Herrn Pollender auf dem internationalen Kongress für Sozialversicherung in Scherzungen, wo selbst fremde Delegierte es unangenehm empfanden, daß man uns in die Parade fuhr und unsere Einseitigkeit fürte. (Stürmischer Beifall.) Gewiß geht es auch so, das bestreiten wir Ihnen gar nicht. Bei den Ärzten reden viele mit, die uns niemals behandeln wollen. Es darf aber nur mitreden, wer auch bereit ist, die armen Kranken im Keller und auf den Boden aufzusuchen. Die Herren Geheimen Medizinalräte und Univeritätsprofessoren aber denken niemals daran, eine Klassenpraxis auszuüben und sollten daher auch nicht mitreden. Nun hat der Redner ausgeführt, er sei mit uns nicht zufrieden, weil wir nicht gewillt waren, ein höheres Honorar für die neu in die Versicherung eintretenden Mitglieder mit einem Einkommen von 2000 bis 2500 M. zu zahlen. Es hat für die Klassen aber große technische Schwierigkeiten, ein besonderes Honorar für diese Mitglieder festzusetzen. (Lebhafter Zustimmung.) Materieell würde für die Ärzte auch gar nicht soviel herauskommen, da es sich immer nur um einen kleinen Kreis von Personen handelt. Wir werden aber unter der neuen Reichsversicherungsordnung wohl dazu kommen, eine allgemeine Erhöhung der Honorare einzutreten zu lassen. Das wird für die Ärzte vielmehr bedeuten als eine Erhöhung für die paar technischen Beamten und Handlungsgehilfen. Wir erheben ja auch von diesen Versicherten keine besonderen Beiträge. Hierauf sollen sich die Klassen also nicht einlassen, aber andererseits bemüht sein, für die Ärzte zu tun was sich machen läßt. Wir werden ja sehen, wie der Hase läuft und brauchen den Mut nicht zu verlieren, denn ich glaube, daß auch die Herren in Leipzig ihre Käufe im Pelz haben. (Heiterkeit.) Weiter möchte ich sagen, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann angesichts einer zu unermesslichen Verschwendung wie die, daß die freiwillig Versicherten mit über 4000 M. Einkommen auscheiden müssen, den Mittel zu machen und nachzusupplieren, noch dazu wo es gegen die Interessen der Klassen geht. Erfahren wir es, dann gut, dann wird das nötige veranlaßt werden, sonst aber geht uns die Sache nichts an.

**Abler-Halle:** Auch in unserem Kreis sind die Ausführungen des Herrn Pollender vom Leipziger Verband in Tausenden von Exemplaren verbreitet worden. Ja, man hat von uns verlangt, daß wir das Personal zur Berechnung der Honorarverteilung auf die einzelnen Ärzte bezahlen sollen. (Lachen und Heul!) Schließlich sprach Geschäftsführer Albert Kohn-Berlin über die besonderen Verhältnisse. Er behandelte das Kapitel der untern Arbeiter und beschränkte die Bestimmungen für den Bau von Krankenkassen als zu schwerfällig. — Ein Leipziger Delegierter gab die Erklärung ab, daß der Vorsitzende Pollender, der heute nicht bis zum Schluß hätte anwesend sein können, am Mittwoch auf die Ausführungen Präsdors erwidern werde. Die Verhandlungen gehen heute zu Ende.

## Aus Industrie und Handel.

### Industrielle Konzentration.

Die letzte Berufs- und Betriebszählung hat zwar wieder eine gewaltige industrielle Zusammenballung, ein schnelles Wachsen der Großbetriebe dargeboten, aber die gewonnenen Zahlen lassen die tatsächliche Entwicklung nicht erkennen. In der Statistik erscheinen viele Betriebe als selbständige, die in Wirklichkeit nur Teile eines größeren Unternehmens sind. Das gilt auch für die Montanindustrie. Hier haben Fusionen und Angliederungen einer großen Anzahl Unternehmen die Selbstständigkeit genommen, aber sie behalten teilweise ihre alte Firma bei und gelten betriebsstatistisch als selbständiger Betrieb. Welch einen weitverzweigten Komplex von Produktionsstätten und Handelsbetrieben so ein moderner Montanring darstellt, das illustriert eine Zusammenstellung der „Rheinisch-Westf.“ über die zum Stinneskongern gehörenden Betriebe, der wir folgendes entnehmen:

Mit dem Interessengemeinschaftsvertrag zwischen Deutsch-Luxemburg und der Société anonyme des Hauts-Fourneaux et Acieries de Rumelange-St. Ingbert, wie der offizielle Titel der Gesellschaft lautet, hat der Stinneskongern seinen internationalen Charakter befestigt und erweitert. Seine Produktionsstätten erstrecken sich nicht nur über das ganze Deutsche Reich einschließlich Luxemburg, von der französischen Grenze, der bayerischen Pfalz bis zur Ruhr und der Nordsee, sondern sie greifen auch nach Frankreich und Belgien über und sein Aufsichtsrat, der nebenbei aus 40 Mitgliedern besteht, umfaßt Deutsche, Luxemburger, Wallonen (Belgier), Franzosen. Der Kongern Deutsch-Luxemburg unterscheidet sich von den anderen Kongernen wesentlich durch seine außerordentlich zahlreichen räumlich von einander entfernt liegenden, verstreuten Betriebsstätten und durch seine Verquickung mit allen möglichen Unternehmungen, die von der Person und der Firma Hugo Stinnes abhängen und beinahe alle Gebiete des gewerblichen Lebens umfassen. Im dieses etwas näher zu illustrieren, seien hier einmal alle Unternehmungen, die sich um die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft und Herrn Hugo Stinnes gruppieren, aufgeführt. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt, da die zahlreichen Unternehmungen, Zweig-Niederlassungen und angegliederten Firmen, soweit sie formell von der Hauptfirma Hugo Stinnes ressortieren, in der Öffentlichkeit kaum alle bekannt sind.

Der Deutsch-Luxemburgische Kongern stellt sich zusammen aus: A. Eisenbetriebe: 1. Hüttenwerk Differdingen (Hochöfen, Stahl- und Walzwerk), 2. Hüttenwerk Union, Dortmund (Hochöfen, Stahl- und Walzwerk), 3. Hüttenwerk Dort (Hochöfen,

Walzwerk, Nebenbetriebe), 4. Hüttenwerk Mühlheim (Hochöfen, Gießerei), 5. Hüttenwerk St. Ingbert (Stahl- und Walzwerk), 6. Hüttenwerk Rümelingen (Hochöfen), 7. Hüttenwerk Oettingen (Hochöfen); B. Kohlenbetriebe: 1. Dannenbaum, Bochum, 2. Friederix, Bochum, 3. Prinz Regent, Bochum, 4. Friedländer Nachbar, Linden, 5. Baaker Kolbe, Linden, 6. Hasenwinkel, Dahlhausen, 7. Bruchstraße, Langendreer, 8. Wiendahlbank, Krudel bei Annen, 9. Luise und Erböllten, Krudel bei Annen, 10. Adolf von Hanemann, 11. Ludowig Tiefbau, 12. Carl Friedrich Erböllten, 13. Gewerkschaft Kaiser Friedrich, 14. Gewerkschaft Tremonia, 15. Sano-Rosel-Bergwerksgesellschaft; C. Zahlreiche Eisenerzgruben in Lothringen, Luxemburg, Frankreich, Nassau, Siegenland, Ruhr, Weser, Harz, die namentlich aufzuführen der Raum verbietet; D. Kohlenhandelsbetriebe, die Deutsch-Luxemburg mit Stinnes gemeinsam erworben hat, bezw. auf die beide Einfluß gewonnen haben: 1. Vereinigte Berliner Kohlenhändler A. G., 2. Kupfer u. Co., Berlin, 3. R. Raft u. Sohn, G. m. b. H., München, 4. Friedrich Seiger, Augsburg, 5. Koch u. Hüb., Barmen, 6. Hugo Oppenhorst, Elberfeld; E. Hugo Stinnes Handels- und Kredit-Gesellschaften: a) in Deutschland: 1. Mühlheim-Ruhr, 2. Duisburg, 3. Köln (Eisenrohhandlung), 4. Wiesbaden, 5. Mannheim, 6. Rheinau, 7. Ströburg, 8. Saarbrücken, 9. Stuttgart, 10. Hamburg, 11. Harburg, 12. Berlin; b) England: 13. Newcastle on Tyne, 14. Glasgow, 15. Hull, 16. Cardiff, 17. Swansea; c) Italien: 18. Mailand, 19. Genoa, 20. Triest; d) Frankreich: 21. Paris, 22. Rouen; e) Belgien, Schweiz: 23. Brüssel, 24. Zürich; f) Rußland: 25. St. Petersburg, 26. Wigo; F. Von Stinnes käuflich erworben wurden: 1. B. Westphal u. Co., Hamburg-Harburg; 2. Julius Schuch u. Co., Zürich; 3. Jakob Treß u. Söhne, Stuttgart; 4. Jos. Dupfeld, Wiesbaden; 5. Ströburger Kohlen- und Aufbereitungsanstalt, G. m. b. H.

Es ist ferner bekannt, daß Stinnes große eigene Feedampfer, 5 bis 6 der Zahl nach, unterhält, die englische Kohlen nach der deutschen Küste und nach Oberitalien ausführen und von Spanien Erze als Rückfracht führen. Außerdem unterhält er zahlreiche Schleppdampfer und Schiffe auf dem Rhein und der Elbe. Mit Deutsch-Luxemburg zusammen hat er bekanntlich vor einigen Tagen die „Widgard“ deutsche Seeverkehrs-A. G. in Nordenham erworben. Er unterhält außerdem Beziehungen mit holländischen und norwegischen Handelsbetriebe. In Norddeutschland, in Königsberg, Danzig, Stettin, sucht Stinnes festen Fuß zu fassen. Dabei ist bemerkenswert, daß er neuerdings beabsichtigt, wie wir hören, in Mühlheim ein Zentral-Betriebsbüro für Koksbeisen einzurichten.

Nicht erwähnt wurden nun bis jetzt alle diejenigen Unternehmungen, die mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk zusammenhängen und diejenigen, die sich auf die Gasfernversorgung beziehen, ferner die Stinnes'schen Familienzeden, deren technische Oberleitung in den Händen des Herrn Stinnes liegt. Es würde zu weit führen, den Kongern des Rhein-Westf. Elektrizitätswerkes hier noch zu analysieren; sie bilden ein Kapitel für sich, auf das wir eventuell noch zurückkommen. Aus den aufgezählten Unternehmungen läßt sich schon der Schluß ziehen, daß der Stinneskongern das ausgeblendetste und vollkommenste Trustgebilde ist, das die deutsche Industrie aufweist. Es ist mehr, als eines Mannes Kraft leisten kann. Und noch scheint kein Abbruch in Aussicht zu sein.

Selbstverständlich kann Stinnes, obwohl er die großzügigen Pläne schmiedet und der eigentliche Dirigent der Organisation ist, alle die Werke und Betriebe nicht übersehen und leiten, ebenso wenig aus eignen Mitteln finanzieren. Hinter ihm steht die Kapitalmacht der Banken. Diese sind die eigentlichen Träger und Beherrscher der industriellen Riesenunternehmungen. In diesen sind naturgemäß alle persönlichen Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter ausgeglichen, das unpersonliche internationale Kapital kennt nur Waren, es macht den Arbeitsvertrag zu einer reinen Sache.

### Der Schiffsahrts-Pool.

Am Montag, den 10. Juli, haben in London die Verhandlungen zur Neuerrichtung des Internationalen Schiffsahrts-Pools, des sogenannten General-Pools begonnen. Der General-Pool, der nur auf kurze Zeit gegründet war, hatte am 28. Februar dieses Jahres sein Ende erreicht. Er umfaßte sämtliche großen Schiffsahrts-Gesellschaften, die den internationalen Verkehr besorgen. Es war seinerzeit noch mannigfachen Schwierigkeiten auch der Eintritt der Cunardlinie erreicht und die Mitglieder waren von dem Wirken des Pools im allgemeinen befriedigt. Bei der Neuerrichtung der Konvention handelt es sich um die Lösung wichtiger Schiffsahrtsfragen, unter denen das Canadaproblem wohl das wesentlichste ist. Die Canada Pacific-Eisenbahn, deren Linien ja den Festlandverkehr mit Canada vermitteln, hat naturgemäß ein hohes Interesse daran, sich die Einnahmen aus diesem Verkehr nach Möglichkeit nicht schmälern zu lassen. Sie unterhält mit eigenen Schiffen einen regelmäßigen Dienst von Liverpool und Antwerpen nach Canada. Da sowohl die großen deutschen Schiffsahrts-Gesellschaften wie auch die Holland-Amerika-Linie den Verkehrsdienst nach Canada neuerdings mit besonderem Eifer betreiben, so kann man sich denken, daß die jetzt in London stattfindenden Poolverhandlungen gerade deswegen sehr schwierig sind.

## Aus der Frauenbewegung.

### Gesetzverletzung als Begründung eines Rücktritts.

Die Konfektions- und Putzgeschäfte verlangen eine Verordnung, durch welche für sie die Bestimmungen über den früheren Arbeitszeitschutz der Arbeiterinnen aufgehoben werden. In einer von der Handelskammer zu Elberfeld an den Bundesrat gerichteten Eingabe heißt es:

„Wir bitten den hohen Bundesrat ganz ergebenst um baldigen Erlass einer Verordnung des Inhalts, daß in Werkstätten, in welchen Männer, Frauen- und Kinderkleidung für den persönlichen Bedarf der Besteller angefertigt oder verändert wird, ferner in Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderhüte garniert werden, Arbeiterinnen über 16 Jahre über die in § 137 Abs. 1, 2, 4, festgesetzte Zeit hinaus an 40 Tagen im Jahre zur freien Wahl der Betriebsleiter auch an Vorabenden von Sonn- und Festtagen bis zum Abendsechszehn der Konfektions- und Putzgeschäfte beschäftigt werden dürfen.“

In der Begründung dieser sozialpolitisch reaktionären Forderung wird u. a. gesagt:

„Daß Rückstände in unserem Bezirk bestehen, erkennt auch der zuständige Regierungs- und Gewerberat in Düsseldorf im Jahresbericht der Königlich Preussischen Regierungs- und Gewerberäte für 1910 an. Dort heißt es Seite 124: „Hierdurch hat sich in der Tat für eine große Zahl von Geschäften eine außerordentlich schwierige Lage ergeben. Besonders trifft dies auf die Buppertaler Großstädte zu, in denen der soeben Sonnabendmittag von der Arbeiterschaft mit Vorliebe zu Einläufen benutzt wird. Angesichts des für die Betriebe mit weniger als 10 Arbeitern noch bestehenden wesentlichen günstigeren Sonderrechts erklärt sich daher ohne weiteres das Bestreben, die Zahl der Werkstattarbeiterinnen unter 10 zu halten, von dem die Gewerbeinspektoren mehrfach berichten. Dieser Weg hat sich aber keineswegs überall als gangbar erwiesen, da eben 9, wenn auch außerordentlich tüchtige Arbeiterkräfte nur beschränkte Arbeitsmengen leisten können. Wie der Gewerbeinspektor von Elberfeld berichtet, ist dort auch versucht worden, Betriebe derart zu zergliedern, daß die produktive Arbeit auf mehrere Unternehmungen verteilt wurde, die jede für sich das Vorrecht der Konfektionsverordnung beanspruchten. Wenn schon diese Lösung gänzlich nichts anderes als eine Umgehung des Gesetzes darstellt, so trifft das in vielen Fällen nicht minder auf den ebenfalls beliebten Ausweg zu, daß die Geschäfte Gewerbegehilfen formell als Handlungsgehilfen anstellen und die von diesen ausgeführten Handarbeiten als sogenannte Kleiderungs- oder Wartearbeiten

zur Kaufmannschaft, den Beschränkungen des § 137 der Gewerbeordnung nicht unterliegenden Tätigkeit rechnen. Die strafrechtlichen Verfolgungen solcher Praktiken stellen aber an den Scharfsinn, die Geduld und Arbeitskraft der Aufsichtsbeamten recht große Anforderungen, so daß einer besseren Anpassung der Gesetzgebung an die realen Forderungen des Lebens das Wort zu reden sein dürfte.“

Ähnliche Berichte liegen aus allen Teilen der preussischen Monarchie vor. (Vergl. denselben Bericht Seite 49, 87, 110, 140, 180, 223, 246, 79, 818 usw.)

Die systematische Ueberreizung der Schutzgesetze als Begründung für die Forderung der Aufhebung anzuführen, das ist jedenfalls eine kapitalistische Originalität.

## Soziales.

### Das Anwachsen der Großstädte.

Ohne in die agrarischen Uebertreibungen zu verfallen, die unsere großen Städte wenig geschmackvoll als „Wasserlöcher“ bezeichnen und ihr Wachstum, ja schon ihre bloße Existenz schlechthin als etwas Ungeordnetes erklären, muß man doch gerade als Sozialist die rapide Anwesenballung der Volksmassen in den großen Städten bedenklich finden, zumal wenn ihr ein Zurückbleiben der Volkervermehrung in den Mittel- und Kleinstädten, ja sogar eine Selbstabnahme auf dem platten Lande gegenübersteht, wie das in Deutschland tatsächlich der Fall ist. Einer kürzlich erschienenen Studie des Direktors Neubaus vom Statistischen Amt zu Königsberg entnehmen wir darüber die folgenden Angaben.

Die 42 deutschen Städte mit je über 100 000 Einwohner, die wir Großstädte nennen, hatten insgesamt eine Bevölkerung von (in abgerundeten Zahlen):

1883	1895	1907
3 827 000	7 090 000	11 790 000

Ihre Bevölkerung hat sich also in diesen 25 Jahren verdreifacht. Ihnen gegenüber wachsen alle übrigen Städte nur wie folgt:

1883	1895	1907
15 675 000	18 770 000	24 045 000

Die Zunahme ist hier, wie man sieht, viel geringer gewesen. Noch lange nicht einmal verdoppelt hat sich der Bestand von 1882. Auf dem Lande aber ist gar eine direkte Abnahme zu konstatieren. Dort betrug die Bevölkerung:

1882	1895	1907
26 318 000	25 972 000	25 883 000

Nimmt man die großen und kleinen Städte zusammen, so wohnt heute bereits die Mehrheit der deutschen Bevölkerung in den Städten. Wir hatten:

	1882	1895	1907
in den Städten	19 000 000	25 800 000	35 885 000
auf dem Lande	26 318 000	25 972 000	25 883 000

Bemerkenswert ist dabei, daß diese Umkehrung des früheren Verhältnisses in der Hauptsache auf diejenigen Personen zurückzuführen ist, welche die Statistik als Dienende und als Angehörige bezeichnet, also nicht auf die Erwerbstätigen. Im Gegenteil, die haben auch in den kleinen Städten wie auf dem Lande zugenommen, wenngleich nicht so stark wie in den Großstädten. Es betrug die Zahl der Erwerbstätigen:

	in den Großstädten	in den anderen Städten	auf dem Lande
1882	1 340 000	5 850 000	10 440 000
1895	2 900 000	7 260 000	10 600 000
1907	4 980 000	9 540 000	12 300 000

Gewiß ist ja auch hier das Wachstum in den Großstädten bedeutend geschwinder gewesen; auch die Erwerbstätigen haben sich dort fast verdreifacht, in den anderen Städten haben sie sich noch lange nicht verdoppelt, auf dem Lande sind sie fast unbeeinträchtigt geblieben; aber es ist doch immer noch eine Vermehrung da. Dagegen betrug die Zahl der Angehörigen:

	in den Großstädten	in den anderen Städten	auf dem Lande
1882	1 638 000	8 517 000	14 786 000
1895	3 488 000	10 010 000	14 010 000
1907	5 705 000	12 404 000	12 114 000

Hier zeigt also die direkte Abnahme auf dem Lande bereits ein, die freilich bei den Dienenden noch viel rapider gewesen ist. Deren Zahl betrug:

1882	187 700	564 400	572 900
1895	289 500	551 300	498 600
1907	403 400	578 200	288 200

Dabei fällt auf, daß es speziell die weiblichen Dienenden waren, die das Land offenbar in großen Scharen verlassen haben, um in die Großstädte zu wandern. Männliche Dienende gibt es in den Großstädten nur wenige Tausende, und deren Zahl hat sich noch dazu verringert von 5300 auf 4800 und zuletzt auf 3800. Das hindert freilich nicht, daß auch in den anderen Städten sowie auf dem Lande ihre Zahl schnell abgenommen hat, nämlich in den Klein- und Mittelstädten von 16 000 (1882) auf 5000 (1907), auf dem Lande von 30 500 auf 6400. Dagegen wurden weibliche Dienende gezählt in

	den Großstädten	den anderen Städten	auf dem Lande
1882	182 300	548 000	552 000
1895	285 100	543 000	485 700
1907	398 500	571 000	279 700

Die Gründe dieser allmählichen Entvölkerung des platten Landes sind oft genug erörtert worden. Es liegt indessen auf der Hand, daß die Flucht vom Lande in die Städte ein eigentliches Mittel gegen die Not des jetzigen Landlebens nicht ist. Denn es entstehen daraus andere schwere Schäden, z. B. die Ausbeutung der zugezogenen durch den städtischen Wohnungsmangel. Wirkliche Abhilfe kann nur geschaffen werden durch einen Ausgleich zwischen Stadt und Land, der die Vorteile beider vereint und allen Menschen zugänglich macht, aber freilich nur durch eine sozialistisch gezielte Wirtschaft erreichbar ist.

## Verfammlungen.

Zentralverband der Töpfer. Am Freitag fand eine Vertrauensmänner-Verammlung statt. Segawe gab einen Situationsbericht von den Bauten. Der Tarif geht weiter, doch wird vom Verbandsvorstand eine Revision vorgeschlagen. Von seiten der unorganisierten Töpfer wurde der Vorstand angegangen, er möge bei der Firma Berndt für eine Regelung und Einhaltung der Preise sorgen. Der Vorstand traf daraufhin Maßnahmen, die zur Folge hatten, daß der Tarif bei der genannten Firma eingehalten wurde. Ein weiterer Versuch, die Unorganisierten Berlins der Organisation zuzuführen, hatte wenig Erfolg. — Das Gesetz zur Sicherung der Kauforderungen steht eigentlich nur auf dem Papier. Der Schwindel blüht eher noch mehr als früher. Vor allem warnte Redner die Kollegen davor, sich vom Unternehmer als Strohmännchen benutzen zu lassen und für ihn ihren ehelichen Namen zu opfern. In der Diskussion wurde gesagt, man müsse doch immer wieder unter den Wilden mit der Agitation einsehen und nicht ruhen, es sei vielleicht doch noch ein Teil für die Organisation zu gewinnen. Wenn aber solche gewonnen werden, so solle ihnen das Vergangene vergessen sein und man solle mit ihnen kollektialisch umgehen. Ferner ist noch mitgeteilt, daß die Organisierten zurzeit dort, wo die Unorganisierten die Arbeit niederlegen, nicht arbeiten, auch dann nicht, wenn der Tarif eingehalten wird. — In der nächsten Woche findet eine Urabstimmung über die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises statt, weil die im Frühjahr abgehaltene Bezirksversammlung kein klares Bild ergeben hat. Die Mitglieder mögen die Karte umgehend zurücksenden. — Namensunterschrift ist nicht nötig.



# W. WERTHEIM G.m.b.H.



Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz  
Potsdamer Straße 10, 11 und 13 Ⓜ Friedrichstraße 110/112 Passage-Kaufhaus

Mittwoch  
bis  
Sonnabend

Mittwoch  
bis  
Sonnabend

## Extra-Preise

### Glas

Wasserbecher groß . . . . . 5 Pf.  
Milchsatten . . . . . 7 Pf.  
Zitronenpressen . . . . . 8 Pf.  
Kompottschalen gepreßt . . . . . 10 Pf.  
Butterdosen gepreßt (ca. 1/2 Pfund) . . . . . 12 Pf.  
Weißbierpokale . . . . . klein 18 Pf., groß 32 Pf.  
Weingläser glatt . . . . . 12 Pf., grün 13 Pf.

### Porzellan

Speiseteller . . . . . flach 12 Pf., tief 15 Pf.  
Dessertteller ca. 19 cm . . . . . 8 Pf.  
Kaffeetassen mit Goldrand . . . . . 16 Pf.  
Dessertteller dekoriert . . . . . 15, 18 Pf.  
Teekannen große Form . . . . . 35 Pf.  
Milchtöpfe dekoriert . . . . . 15, 20 Pf.  
Butterdosen (ca. 1/2 Pfund) dekoriert . . . . . 45 Pf.

### Steingut

Kaffeetassen mit Untertassen . . . blau 18 Pf., rot 20 Pf.  
Satz-Milchtöpfe mit Schrift, 1/2-1 Liter . . . Satz 1.20  
Wasserkrüge verschiedene Formen . . . . . 65 Pf.  
Waschbecken verschiedene Formen . . . . . 65 Pf.  
Salatieren eckig, modern dekoriert . . . Satz 7 Stück 1.45  
Küchenservisen 22-teilig . . . 8.00, 9.00, 13.50  
Waschservisen 4-teilig 1.65, 5-teilig 2.90, 4.75, 6.00

Salatieren gepreßt, Satz 5 Stück . . .  
Kompottschalen mit 6 Dessertteller  
Butterdose, Käseglöckchen u. Zuckerschale  
12 Stück Bierbecher gemustert . . .  
**je 95 Pf.**

6 Tassen mit Untertassen . . . . .  
1 Kaffeekanne, 1 Zuckerdose, 1 Milchtopf  
zusammen . . . . .  
1 Kuchenteller u. 6 Dessertteller  
1 Kaffeeservice mit Tablett, 5-teilig . . .  
**je 95 Pf.**

Satz-Salatieren, gerippt, 7-teilig . . .  
Satz-Milchtöpfe dekoriert, 6-teilig . . .  
1 Salz- und 1 Mehlreste dekoriert  
1 Waschbecken u. 1 Wasserkrug  
**je 95 Pf.**

## 3 Waggon äußerst billige Emaille-Geschirre

Bratenpfannen lang 30, 40 Pf. bis 1.75  
Milchtöpfe mit Ausguß 20, 30 bis 75 Pf.  
Wasserkrüge gebauht . . . 55, 75 Pf.  
Kasserollen mit Ring und Stiel . . . 45, 60, 75 Pf.  
Ringtöpfe . . . . . 65, 85 Pf., 1.05  
Maschinentöpfe . . . 15, 20, 25 Pf.  
Wassermaße gestanzelt, 1/2 Liter 20, 1/1 Liter 30 Pf.  
Konsole mit gestanzelt. Maß . . . . . 40 Pf.

ca. 5000 Schmortöpfe ohne Ring . . . . . 30, 40, 55 Pf. bis 1.05  
mit Ring . . . . . 50, 60, 80 Pf. bis 1.35  
ca. 2000 Wasserkessel für Gas . . . . . 75 Pf., 1.10, 1.35  
zum Einhängen . . . . . 1.10, 1.55  
ca. 2000 Eierkuchentöpfe pfannen mit Stiel od. Griffen 15, 25, 30, 75 Pf.  
ca. 2000 Kasserollen mit Stiel . . . . . 20, 25 bis 65 Pf.  
ca. 3000 Wassereimer neublau . . . . . 75 Pf.

Wassereimer mit Deckel, fein dekoriert 1.55  
Wannen oval . . . 95 Pf., 1.25, 1.40  
Kaffeekannen . . . . . 35, 45, 55 Pf.  
Schöpf- od. Schaumlöffel 15, 25, 30 Pf.  
Milchkannen mit Bügel . . . 65, 75 Pf.  
Essenmenagen . . . . . 55, 85 Pf.  
Konsole Sand, Seife, Soda . . . 95 Pf., 1.15  
Wassertrichter . . . . . 10, 15, 25 Pf.

## Wirtschafts- und Haushalt-Artikel

Spiritus-Plätten für die Reise 3.95, 4.65  
Spiritus-Plätten schwere . . . 5.85, 6.75  
Plättbretter bezogen 1.65, 1.95, 2.35  
Ärmelplättbretter . . . . . 38, 55 Pf.  
Waschwannen } aus starkem Zink, mit Holzboden | 6.50, 8.00  
Waschzuber } | 6.75, 8.25

**Ein Posten**  
Gaskocher mit Sparbrenner, 1 Flamme, 1 Wärmteller . . . . . 4.50  
Gaskocher mit Sparbrenner, 2 Flammen, 2 Wärmteller . . . . . 10.50  
Fleischhackmaschinen . . . 1.45, 2.35  
Fruchtpressen verzinnt . . . 5.10, 5.85  
Wäschemangeln für den Tisch 16.25, 19.75

Eismaschinen . . . 4.85, 5.90, 7.50  
Messingkessel . . . 2.85, 3.35, 3.85  
Spirituskocher . . . . . 20, 30, 35 Pf.  
Einkochapparate komplett mit Ein- satz u. Thermometer 8.95  
Gasplätten vernickelte Garnitur . . . 4.25  
Gießkannen verzinnte 85, 95 Pf., 1.05

Beste Haushaltseife „Wash-karline“ Stück 15 Pf.  
Salonkerzen . Pack 6 oder 8 Stück 45 Pf.  
Flüssiger Putzextrakt . . . 26, 45, 85 Pf.  
Scheuerpulver „Blitzblank“ Pack ca. 1 Pfund 10 Pf.  
Bohnermasse weiß u. gelb Dose 45, 60 Pf.  
Stahlspäne . . . . . Pack à 1/2 Pfund 14 Pf.

**Eisschränke** Höhe 70 cm Breite 60 cm Tiefe 45 cm **19<sup>50</sup>**

Höhe 80 cm Breite 77 cm Tiefe 58 cm **28<sup>25</sup>**

Höhe 94 cm Breite 80 cm Tiefe 62 cm **33<sup>00</sup>**

Höhe 102 cm Breite 80 cm Tiefe 66 cm **38<sup>00</sup>**

Butterbrotpapier fettlichte . . . . . 5 Pakete à 100 Blatt 85 Pf.  
Toilettepapier . . . . . ca. 350 Gramm, 5 Rollen 85 Pf.  
Papier-Mützen . . . . . Dutzend von 20 Pf. an

### Spezial-Angebot für Gartenfeste:

**Ein Posten Papier-Guirlanden**  
zur Hälfte des regul. Verkaufspreises  
ca. 7 m mit Fahne . . . . . 8 Pf.  
ca. 7 m ohne Fahne . . . . . 5 Pf.  
ca. 4 m Eichenlaub mit Fahne . . . 15 Pf.  
ca. 4 m Blumenguirlande . . . . . 25 Pf.

Lampions und Zuglaternen . . . . . von 4 Pf. an  
Stocklaternen mit Stock . . . . . von 4 Pf. an  
Fackeln . . . . . von 7 Pf. an  
Lampionlichte . . . . . Dtz. 55 Pf.

**Spar-Kernseife** für alle Zwecke, Riegel 4-teilig **25 Pf.**  
**Prima-Seifenpulver „Amazone“**  
Beutel mit ca. 1 Pfund **18 Pf.**, Beutel mit ca. 5 Pfund **80 Pf.**

**Große Posten**  
**Wirtschaftstücher** halbleinen, rot u. blau kariert, ca. 60/60 cm . . . Dutzend **3.45**  
**Küchenhandtücher** grau halbleinen, gesäumt, 46/110 cm . . . Dutzend **5.60**  
**Scheuertücher** haltbare Gewebe . . . **10, 18, 26 Pf.**

Mittwoch und Donnerstag besonders billige

## LEBENSMITTEL

Soweit der Vorrat reicht  
Frisches Fleisch, Fische, Obst und Gemüse sind von der Zusendung ausgeschlossen

Eßbirnen . . . . . Pfund **22 Pf.**  
Kirschen . . . . . Pfund **10 Pf.**  
Blaue Pflaumen . . . . . Pfund **22 Pf.**  
Zitronen . . . . . Dutzend **28, 38 Pf.**  
Neue Kartoffeln . . . . . 5 Pfund **30 Pf.**

Radieschen . . . . . 5 Bund **10 Pf.**  
Rettiche . . . . . 5 Bund **10 Pf.**  
Weißkohl . . . . . Kopf **10 Pf.**  
Salat . . . . . 5 Kopf **10 Pf.**  
Puffbohnen . . . . . Pfund **10 Pf.**

Holl. Schmorgurken St. **13, 16 Pf.**  
Bratschollen . . . . . Pfund **10 Pf.**  
Frischer Lachs . . . . . Pfund **63 Pf.**  
Ahlbecker Flundern 8 Stück **25 Pf.**  
Prima-Räucher-Aal . . . Pfund **1.20**

In allen Fortsetzung unsers großen Saison-Räumungs-Verkaufs Reste und Restbestände zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Im Passage-Kaufhaus nachmittags von 4 bis 7 Uhr:

## Promenaden-Konzert

ausgeführt von dem  
Österreichischen Radetzky-Orchester,  
unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektor und  
Komponisten Wilh. V. Leeb aus Wien

# INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG

Dresden 1911.

## Weltausstellung für Gesundheitspflege

MAI-OKTOBER.

**Dresden,** Sachsens herrliche Residenz, das Wallfahrtsziel vieler Tausende von Besuchern, birgt in diesem Jahre die Weltausstellung für Gesundheitspflege in seinen Mauern. Im Herzen der Stadt, in einem prachtvollen Park, dem königlichen Großen Garten, erhebt sich ein Komplex von zirka 100 Gebäuden in großartiger architektonischer Einheitlichkeit, weißschimmernd mit grünen Dächern, eine Stadt für sich, Belehrung, Anregung, Zerstreung und Erholung in gleichem Maße bietend.

Der Ausstellung ist die Lösung der Aufgabe gelungen, den Menschen in leicht faßlicher Art über alle Fragen der Gesundheit zu belehren. In einem Palast „Der Mensch“, etwa 6000 qm bedeckend, wird der Besucher mit ganz neuartigen Methoden und Anschauungsmitteln spielend unterrichtet über die Beschaffenheit des menschlichen Körpers in allen seinen Teilen, über seine Lebensvorgänge, über die Krankheiten und Schädigungen des Körpers und die Möglichkeit ihrer Verhütung; über alles, was mit dem menschlichen Leben zusammenhängt: Arbeit und Erholung, Wohnung und Kleidung; über die Grundsätze einer richtigen Ernährung wird in besonderen großen Abteilungen das Wissenswerteste dargestellt.

So werden jedem Besucher gewissermaßen in Unterhaltungsform Schätze an Kenntnissen geboten, die ihm für sein ganzes späteres Leben von ungeahntem Nutzen sein können.

In einer Historischen Abteilung bekommt der Beschauer in Tausenden von Gegenständen Kunde von den Anschauungen, die unsere Vorfahren und die alten Völker über den Körper des Menschen und die Gesundheitspflege gehabt haben. In hochinteressanten Vorführungen werden die verschiedenen Sitten und Gewohnheiten, die sich für die Lebenspflege herausgebildet hatten, die Ernährungsweise, die Art des Wohnens usw. gezeigt.

In einer großartigen wissenschaftlichen Abteilung mit 44 Untergruppen findet der Fachmann wie in einem großen plastischen Lehrbuch und seinen einzelnen Kapiteln, von den hervorragendsten Gelehrten in jahrelanger Arbeit geschaffen, alle wissenschaftlichen Errungenschaften auf dem Gebiete der modernen Gesundheitspflege streng systematisch und übersichtlich vorgeführt. Eine Sammlung, etwa 12 000 qm bedeckend, wie sie in dieser Vollendung nach dem Ausspruch von Fachleuten kaum in Jahrzehnten wieder zusammenzubringen ist, eine Fundstätte für jeden Hygieniker, für jeden Arzt und Techniker, Verwaltungsbeamten und Lehrer.

Eine Sportabteilung zeigt in wissenschaftlicher Darlegung, wie in zahlreichen praktischen Vorführungen auf allen Sportgebieten, welche segensreiche Wirkung eine richtige von Uebertreibungen freie körperliche Betätigung auf den Menschen und jedes Lebensalter ausübt.

Umrahmt und ergänzt wird jede dieser Abteilungen von zahlreichen Darbietungen der gewaltig entwickelten Industrie (zirka 56 000 qm umfassend), die die praktischen Beispiele zu den wissenschaftlichen Ausstellungen vorführt, die zeigt, wie weit die moderne Industrie heute schon die hygienischen Erkenntnisse nutzbar gemacht hat und Anregungen für das gibt, was von ihr noch gefördert werden muß.

In der Herkulesallee (der Völkerstraße), an deren beiden Seiten die Paläste der fremden Staaten, großartige hygienische Museen bergend, sich erheben und die das ganze Gebiet als Hauptverkehrsader durchzieht, flutet ständig ein gewaltiger Menschenstrom, hört man alle Kultursprachen der Erde. Die Ausstellung bietet ein Leben und Treiben, wie man es sonst nur in einem großen Weltkurort finden kann.

Neben dem internationalen Besucherpublikum finden sich auch zahlreiche Vertreter fremder Völker, die in nationaler Eigenart ihre Sitten und Gebräuche vorführen. So sieht man in der Abteilung Ostasien japanische Kunsthandwerker; japanische Geishas, die Tänze und Weisen aus ihrer Heimat vortragen, indische Tanzmädchen (Nautchgirls) und Zauberer; ein äthiopisches Dorf gewährt Einblick in die Lebensweise der Bewohner des nordafrikanischen Hochlandes und ihrer Nachbarvölker. Im arabischen Café finden sich echte Derwische, Allmehs' Bauchtänzerinnen und arabische Musik, und chinesische Rikshas vermitteln den Verkehr auf dem weitläufigen Ausstellungsterrain.

Die Beurteilung ist eine selten einmütige, wie sie eine Ausstellung seit Menschengedenken nicht gefunden hat!

... Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Internationale Hygiene-Ausstellung nach Inhalt und äußerer Ausgestaltung die bedeutendste aller bisherigen deutschen Ausstellungen sein wird.  
(Frankfurter Zeitung.)

Die Dresdener Hygiene-Ausstellung ... ist wohl die großartigste Unternehmung auf dem Gebiete der Hygiene, die je die Welt gesehen hat.  
(Neues Wiener Journal.)

... Diese überwältigende Anteilnahme ist schon ein Beweis, daß die Internationale Hygiene-Ausstellung weit über Dresden und Sachsen hinaus eine Bedeutung gewonnen hat, wie sie Veranlassungen auf diesem Gebiete bisher kaum zulassen.  
(Der Tag.)

... Die große Schau ist weit mehr und bedeutet etwas viel Wichtigeres, als der bescheidene Name „Hygiene-Ausstellung“ vermuten läßt ... Die berühmtesten Mediziner aus allen Ländern der Erde haben sich zu einem erlauchtem Synopag zusammengesetzt, um in einem imponierenden und geschlossenen Ganzen die Größe und ungeheure Mannigfaltigkeit der Aufwendungen darzustellen, die heute für das höchste Gut der Menschheit, die Gesundheit, überall gemacht werden.  
(Berliner Tageblatt.)

... Eine Stadt, eine Stätte der Gesundheit ist diese Ausstellung ... Ein Werk, wie es großartiger bisher nicht dem Gedankens der Hygiene diente, einer Kulturart, auf die wir stolz sein können. Und nicht nur wir, die gesamte zivilisierte Welt mit uns ...  
(Neue Freie Presse, Wien.)

... Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden bedeutet eine Kulturart ersten Ranges.  
(Leipziger Neueste Nachrichten.)

... In dieser Wirkung und in der Durchbringung der breiten Masse mit hygienischer Erkenntnis liegt die Bedeutung der Ausstellung. Sie wird namentlich der Aufklärung dienen.  
(Rölnische Zeitung.)

So wie diese Ausstellung aufgebaut ist, wo alles darauf abzielt, Laien und Fachleuten Wissen und Belehrung in der leichtesten, anschaulichen Form darzubieten, darf man sicher sein, daß sie nutzbringend sein werde für Millionen von Menschen. Jeder wird belehrt und bereichert in seinem Wissen um die menschliche Gesundheit und die Gefahren, die ihr gerade in unserer Zeit drohen ...  
(Königsberger Hartungische Zeitung.)

... Ihre legendäre, nutzbringende Ausstrahlung wird unser Volk und Vaterland noch spüren, wenn sich schon längst die Pforten zum Ausstellungsplatze in Dresden wieder geschlossen haben werden.  
(Leipziger Tageblatt.)

... Eines steht heute schon fest: Die Internationale Hygiene-Ausstellung zu Dresden wird die deutsche Ausstellung des Jahres 1911 sein.  
(Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen.)

... ein epochemachendes Unternehmen ist, wohl geeignet, die Gewohnheiten vieler Menschen in neue Bahnen zu lenken.  
(Dresdner Anzeiger.)

Mit der in Dresden eröffneten Hygiene-Ausstellung ist ein großartiges, in der Geschichte einzig dastehendes Werk vollendet worden.  
(La Plata-Zeitung, Buenos Aires.)

... Die Ausstellung stellt eine plastische Geschichte der menschlichen Kultur dar.  
(Bohemia.)

... Die Internationale Hygiene-Ausstellung bedeutet eine gewaltige Tat, zu deren Ausführung sich Wissenschaft, Technik, Industrie und Kunst aus aller Herren Länder die Hand gereicht haben.  
(Hamburger Nachrichten.)

... Die Ausstellung stellt einen Triumph deutscher Organisationskunst, deutscher gründlicher Arbeit und Wissenschaft dar. Sie ist so lehrreich und so reichhaltig, wie man dies von einer solchen Ausstellung auch bei hochgestellten Ansprüchen kaum hätte erwarten können.  
(Tägliche Rundschau.)

... Es ist wohl das erstmal, daß ein Problem von solchem Ernst einem internationalen Massenpublikum vorgelegt wird, und man kann nur hoffen, daß der Respekt, der damit den Besuchern gezeigt wird, gerechtfertigt wird. Das stille Dresden ist eine Weltstadt geworden.  
(Schlesische Zeitung.)

... Die Ausstellung darf als eine der großartigsten Leistungen auf diesem Gebiete betrachtet werden.  
(Medizinische Klinik.)









Heute Mittwoch, Zablabend. Freitag: Flugblattverbreitung in den Bezirken Berlins.

Der deutsche Rundflug.

Das Endergebnis im deutschen Rundflug um den 100 000 Mark-Preis ist folgendes:

Table with 3 columns: Name, Kilometer, Preis. Lists participants like König, Vollmoeller, Wächter, Lindpaintner, etc.

Laitzsch hat bisher den Flugplatz Johannisthal noch nicht erreicht; da er bis Dienstag nacht schwerlich eintreffen dürfte, wird der achte Preis wohl an Thelen fallen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute Mittwoch, 12. Juli, nachts 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103: Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw.

Zweiter Wahlkreis. Das Kinderfest der 1. und 2. Abteilung findet nicht am Sonntag, den 23. d. Mts., wie irrtümlich im „Mittelungsblatt“ steht, sondern am Sonnabend, den 22. Juli, bei Nihle, Dennewitzstr. 13, statt.

Karlshorst. Heute Zablabend bei August Sabrowski, Treskow-Allee 66. Die Gewerkschaftsbücher sind mitzubringen.

Eichwalde und Umgegend. Zwecks Kontrolle der Namarken werden die Genossen ersucht, am heutigen Zablabend ihre Partei- und Gewerkschafts-Mitgliedsbücher mitzubringen.

Berliner Nachrichten.

Sozialdemokratische Taubstummenvereine.

Das Bestreben taubstummer Arbeiter, sich der Organisation der Arbeiterklasse anzuschließen, hat, wie das vorauszu- sehen war, in bürgerlichen Kreisen Verwunderung, ja zum Teil Hohn und Spott hervorgerufen.

Auch die „Neue Zeitschrift für Taubstumme“, ein Organ, das zur Förderung und Unterhaltung der Gehörlosen deut- scher Sprache in Hamburg erscheint, druckt den Artikel der „Täglichen Rundschau“ ab, um sich alsdann gleichfalls in aller Schärfe gegen die Gründung sozialdemokratischer Taub- stummenvereine zu wenden.

Dieses Blatt sowohl wie die „Tägliche Rundschau“ betrachten die Taubstummen als Menschen, die von der Gnade und dem Wohlwollen des hörenden Publikums abhängig seien und die sich durch die Beteiligung am Kampf für bessere Zustände die Sympathie edel denkender Menschen freventlich verdienen.

Es wird den unter den heutigen elenden wirtschaftlichen und politischen Zuständen in gleicher Weise Leidenden nicht aber nur die Berechtigung zur Teilnahme am politischen Leben abgesprochen, sondern in der Zeitschrift für Taub- stumme kommt sogar zum Ausdruck, daß ihnen jedes Ver- ständnis für Politik fehle.

Der erste Einwand, daß durch das Eintreten der Taub- stummen für die Erringung besserer Zustände die philan- thropischen Kreise des Bürgertums abgestoßen würden, stempelt unsere ganze Taubstummenfürsorge zum ent- würdigenden Almosentum. Geber, die nur unter bestimmter Voraussetzung ihre Sympathie solchen von der Natur stiefmütterlich Behandelten bekunden, treiben eine falsche und verächtliche Wohlthätigkeit.

Nicht besser steht es mit dem Einwand, daß die Taub- stummen, weil sie zu einem hohen Prozentsatz das Wesen und Treiben der politischen Parteien noch nicht begriffen haben, unfähig seien, sich am politischen Leben zu beteiligen.

Daß aber auch sie die Ursachen ihres wirtschaftlichen und politischen Elends erkennen und mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie vertraut gemacht werden, ist gerade der Zweck der Gründung des sozialdemokratischen Taubstummen- vereins gewesen. Wird dieses Ziel erreicht, so hat sich die Sozialdemokratie auch um die taubstummen Arbeiter und Arbeiterinnen ein Verdienst erworben.

Durch das so oft gerügte Auf- und Abpringen bei fahrenden Straßenbahnwagen haben sich, wie das Nachrichtenamt mitteilt, auch im Betriebe der Städtischen Straßenbahn neuerdings wieder-

holt Unfälle zugetragen. Dem Fahrpersonal kann in solchen Fällen ein Verschulden nicht beigemessen werden, auch erheinen Haftpflicht- ansprüche aussichtslos. Die Unfälle verurlichen aber auch durch die zu ershöttenden Meldungen, Außerbetriebsetzung der Wagen und Ver- sichtigung derselben durch die Aufsichtsbehörden, Vernehmung des Personals usw. zahlreiche Betriebsschwernisse und Kosten.

Von einer gewissen politischen Richtung angekränkt!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß Herrschaften und Fabrikherren am liebsten nur mit solchem Dienstpersonal arbeiten, das sich ent- schließt, beim Eintritt in ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis den Geist aufzugeben.

Eine solche Sklaventrolle mittel ein vornehmtes Großkaufmanns- haus in Charlottenburg den Arbeitern zu, wie aus folgendem Inserat aus der Nr. 320 der „Vossischen Zeitung“ vom 2. Juli d. J. hervorgeht:

Für einen gesunden, kräftigen, jungen Mann aus achtbarem Elternhause, geschickt und fleißig, der nicht schon von einer ge- wissen politischen Richtung angekränkt ist, bietet sich per sofort oder später Gelegenheit, in einem vornehmen Großkaufmannshaus Charlottenburgs Beschäftigung als Hilfs- arbeiter auf dem Hofe, im Garten, in den Pferdeställen, bei den Pferden selbst, im Kontor und Lager des Fabrikgebäudes, sowie in der Villa des Chefs zu finden.

Station - Wohnung und Kost - im Hause. Bewerbungen mit Lebenslauf sind an Prinz u. Küster, Char- lottenburg 2, zu richten.

Nach der Vielseitigkeit der in Aussicht stehenden Beschäftigung zu urteilen wird es jedenfalls der vornehme Chef als Störung empfinden, wenn der „gesunde, kräftige junge Mann“ nicht ganz Arbeitsklaffe ist.

Die Vorschriften über Nachnahmeforderungen sind vom Reichs- postamt soeben in bemerkenswerter Weise erweitert worden. Für Nachnahmeforderungen, die nicht bei der ersten Befestigung eingelöst oder zurückgewiesen werden, besteht bekanntlich eine Lagerfrist von sieben Tagen, nach welcher sie dem Empfänger zum zweiten Male vorgezeigt werden.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobilomnibus der Linie Martin-Luther-Strasse-Börther Platz und einer Auto- mobildrosele fand gestern nacht gegen 12 1/2 Uhr an der Ecke der Weihenburger und Tresdowstraße statt. Dort stieß eine Autodroscle an der Kreuzung so heftig gegen den Motoromnibus, daß der Motor der Droscle vollständig zertrümmert und der Benzinkanister des Omnibusses ebenfalls schwer beschädigt wurde.

Freie Volksbühne. Das Jahr 1910/11 war für die Freie Volks- bühne eine Zeit schweren Kampfes und erfreulichen Aufstieges. Mit Benutzung konnte in dem Bericht an die Generalversammlung, die am 29. Juni im Gewerkschaftshause stattfand, festgestellt werden, daß mit der Abwehrbewegung gegen die Luftbarkeitssteuer und die Zensurverfägung des Polizeipräsidenten auch die Vereins- tätigkeit erfolgreich fortgeführt wurde.

Das Bureau des Vereins wird vom 1. August ab nach dem Michaelkirchplatz 2 verlegt. Die er- weiterten Aufgaben des Vereins und die stetige Zunahme der Mitgliedszahl haben die Anstellung eines weiteren Beamten er- forderlich gemacht; die Generalversammlung wählte zum zweiten Kassierer das Mitglied Hwangzig. Ein Antrag Vaders ver- langte, daß mit der Anstellung des neuen Beamten auf die Tätig- keit der bisher beschäftigten Hilfskraft verzichtet werde.

Das Ende einer „Weltreise“. Einen eigenartigen Abschluß fand hier in Berlin eine „Weltreise“, die die Schlosserlehrlinge Franz Schudmann und Emil König von Dortmund aus angetreten hatten. Ric Carter und andere Detektivgeschichten hatten ihre Abenteuer- lust geweckt. Mit 50 Mark, die einer von ihnen seinem Vater aus der Kasse nahm, glaubten sie für die „Weltreise“ genügende Mittel zu haben.

Die beiden mittellosen jungen Abenteuerer wurden in Schughast gehalten, um ihren Angehörigen wieder zugeführt zu werden.

In der Verändlichen Irrenhausaffäre wird uns als Erwiderung auf die vor einigen Tagen erfolgte Verächtigung des Medizin- alprofessors a. D. Berndt und des Sanitätsrats Dr. Frankel in Lan- tivik von dem Vertreter der Frau Berndt folgende Erklärung über- mittelt:

1. Die im Jahre 1909 durch rechtskräftige Wieder- aufhebung der Entmündigung erfolgt gerichtliche Feststellung der Geschäftsfähigkeit der Frau Berndt bedurfte in dem Bericht seiner besonderen Erwähnung, zumal die auf diesen Beschluß gestützte Ver- fägung des Amtsgerichts Schöneberg, welche ausdrücklich be- tont, daß Frau Berndt einer Fürsorge nicht mehr bedürfe, hervorgehoben war. 2. Der Ehemann der Frau Berndt hat sich nicht, wie es in der „Verächtigung“ heißt aus Stummer über seine Frau das Leben genommen, vielmehr hat er vor seinem Tode noch selbst mit der Behauptung, daß seine Frau geschäftsfähig und gesund sei, die Wiederaufhebung der von ihm zwei Jahre vorher aus anderen Gründen beantragten Entmündigung begehrt und erreicht. Der Selbstmord ist lediglich auf große Ver- mögensverluste des früher sehr wohlhabenden Apothekenbesizers Berndt zurückzuführen. Ferner hat er noch kurze Zeit vor dem Selbstmorde sein Testament, durch welches er seinen Bruder, den Medizinalassessor a. D. Emil Berndt, zum Testamentvollstrecker er- nennt, dahin abgeändert, daß das Vermögen der freien Verfügung seiner Ehefrau unterliegt. 3. Nach Auskunft der Polizei in Friedenau hat der Medizinalassessor a. D. Berndt das Attest des Arztes, an welchem sich Frau Berndt selbst wegen eines Herzleidens gewandt hatte, der Polizei überreicht und zwar mit der Erklärung, daß er „mit der Sache weiter nichts zu tun haben wolle.“ 4. Die nach den Verordnungen - Befehle gibt es auf diesem Gebiete nicht - vorgesehene kreisärztliche Erklärung ist lediglich eine Formalität, welche fast stets im Sinne des vorangegangenen Gutachtens der Privatärzte und der Anstaltsleitung erledigt wird. 5. Unzutreffend ist die Angabe, daß die Anstalt „Perolinum“ am 16. Juni Frau Berndt aus freien Stücken entlassen habe. Am Nachmittage des 15. Juni wurde von dem Bureauvorsteher des Rechtsanwalts Dr. E. und dem Vermögenspfleger, dem Verwaltungs- beamten G. im Bureau der Anstalt die Erklärung der zuständigen Polizei vorgelegt, inhalts deren die Zustimmung zu der Entlassung gegeben wird. Ein Angestellter erklärte jedoch, daß auf Grund dieser polizei- lichen Erklärung die Entlassung nicht erfolgen könne.“ Am darauf- folgenden Tage fragte der Arzt, dessen Attest die erste Grundlage der Internierung gebildet hatte, bei der Polizei in Friedenau telefonisch an, ob die Entlassung verfügt sei. Die Polizei bestätigte, daß dies schon am 14. Juni geschehen sei. Der Bürgermeister von Lantivik, der auf die Bitte des Rechts- anwalts E. von dem Bürgermeister von Friedenau von dem Sach- verhalt in Kenntnis gesetzt war, fragte telephonisch bei dem „Perolinum“ an und erhielt die Antwort „Frau Berndt wolle jetzt freiwillig bleiben.“ Hierauf begab sich der Vermögenspfleger in die Anstalt und kam in dem Moment hinzu, als eine Angestellte der Frau Berndt ein Schriftstück vorlegte, inhalts dessen sie sich ver- pflichtet sollte, nach acht Tage freiwillig in der Anstalt zu bleiben. Er machte die Frau Berndt mit der ihr bisher unbekanntem polizeilichen Verfügung bekannt; sie erklärte hierauf, daß sie selbst- verständlich nicht einen Augenblick länger in der Anstalt bleiben wolle und forderte von der Anstaltsleitung ihre sofortige Entlassung. Diesen Sachverhalt können mehrere Zeugen bestätigen. Von einer „freiwilligen“ Entlassung kann deshalb keine Rede sein.

Die alte Berliner Stadtmauer vor dem Landgerichtsgebäude in der Brunerstraße ist nun völlig beseitigt worden und nur ein Haufen von Kalksteinmauerwerk und morschen Wäfen erinnert an das historische Festungsbauwerk Alt-Berlins. Interessant ist, wie kunst- gerecht unsere Altväteren schon damals die Spundpfähle zu be- arbeiten und in einander zu fügen verstanden; freilich erscheint der Pfahlrost nach unseren Begriffen etwas oberflächlich gegründet, denn die Pfähle haben trotz des Gewichtes der über 3 1/2 Meter hohen Mauer nur eine Länge von wenig über 2 Meter. Dr. Klefs- bach vom Märkischen Museum hat die alten Leberreste durch photo- graphische und zeichnerische Aufnahmen festgehalten.

Ein größerer Brand kam gestern früh um 3 1/2 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in der Waren-Einlaufs-Gesellschaft für Wäder und Konditionen auf dem ersten Hof des Fabrikgebäudes Barischauer Straße 78 zum Ausbruch. Als der siedende Wasserdampf dort anfam, brannten dort Wäderfabrikarikel, Regale, Laben- tische, der Fußboden u. a. in gerauer Ausdehnung. Die Feuer- wehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit kräftig Wasser geben, um den Brand zu löschen.

Die Aufschwüfung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin, beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Beteiligung der Vereine zur Kaiserfeier. Aus dem vorliegenden gedruckten Bericht ist zu ersehen, daß im allgemeinen die gefangliche Beteiligung befriedigt hat; nur der Verein „Emerald“ hat seiner Pflicht nicht genügt; es wurde beschlossen, diese Angelegenheit zur weiteren Prüfung dem Vorstand zu überweisen. Zum bevorstehenden Sängerefest wurde darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre eine Neuerung eingeführt ist und zwar insofern, als auf den Sängerkarten die Nummer des Vereins aufgedruckt ist, um dadurch feststellen zu können, welchen Vereinen diejenigen Sänger angehören, die sich am Gesang nicht be- teiligen. Außerdem ist jeder Sänger verpflichtet, außer seiner Sängerkarte noch seine Bundeskarte an dem nur für Sänger bestimmten Eingang abzugeben, um dadurch feststellen zu können, wieviel Mitglieder des Bundes an dem Sängerefest teilgenommen haben. Die Wahl der Veißiger zum Arbeiter-Sängerbund, welche eine längere Diskussion hervorrief, ergab folgendes Resultat: Tiefstrahl, Vortel, Müller, Jansen und Domich. Als Regensenten für Berlin zum Bund sind die Herren Bothe und Thilo in Vorschlag gebracht. Es wurde ein Schreiben verlesen, welches von den aus dem Bunde aus- geschlossenen Vereinen „Frisch auf“, „Nicht verzagt“, „Gleichheit“ unterzeichnet war und in dem die übrigen aus dem Bunde aus- geschlossenen Vereine zu einer Besprechung zwecks Begründung einer Vereinigung aufgefordert wurden. Die Anwesenden nahmen das Schreiben mit Hochgefühl auf. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß der Inhaber der „Neuen Welt“ auf Wunsch des Bundes von den Vereinbarungen zum Stiftungsfest zurückgetreten ist.

Der Arbeiter-Schwimmerbund, Kreis I (Brandenburg) hielt am Sonntag sein diesjähriges Sommerfest im Etablissement „Neu- Seeland“, Stralau-Kummelsburg, ab. Der Besuch war nicht so zahlreich wie in den Vorjahren, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß an demselben Tage drei Wahlvereine, die Stadtfahrer und die Sängerkörner ähnliche Feste abhielten. Das Programm der schwimmerischen Darbietungen wickelte sich glatt ab. Das Damenschwimmen, das über die Strecke von 500 Meter ging, zeigte, daß auch die Frauen und Mädchen die gesunde Lebensübung eifrig pflegen, denn alle durch- schwammen diese Strecke. Auch die lange Strecke über 1350 Meter war von 46 Teilnehmern besetzt. Am Abend bildete ein gutgeschwommener Lampionreigen, verbunden mit einem stimmungsvollen Gruppenbild den Schluß der Veranstaltung. Die erzielten Resultate waren folgende: Damenschwimmen, 500 Meter, unter 16 Jahre: 1. G. Herzog 12.18. 2. G. Sagitt 12.29. Ueber 16 Jahre: 1. G. Jaber 14.2. 2. W. Kunzschau 14.20. fämlich „Freie Schwimmer“, Charlottenburg. - Vereins-Staffette 3x100 Meter. 1. Nord, Berlin. 5.43. 2. Neptun 1894 5.45. - Große Strecke (zirka 1350 Meter). a) Jugend: 1. M. Wulst,

Freie Schöpfer 31. 37. 2. Klein, "Vorwärts", Niddorf, 3. A. Rager, Keptum, Weihensee, 31. 57. h) Männer: 1. A. Götsch, "Vorwärts", Niddorf, 29. 77. 2. Paris, "Nord", Berlin, 30. 11. 3. A. Grabi, "Welle", Berlin 30. 35.

Ueber den Unglücksfall in der Radenhofer Brauerei in der Landberger Allee, wo der Brauer Michael Hinterberger am Montag früh in den Fahrstuhl stürzte und infolge Genickbruchs starb, wird uns von Arbeitern des Betriebes folgendes mitgeteilt: D. war gerade im Begriff, eine Tonne Bier hochzuziehen. Da die an dem Aufzug befindliche Stala den Fahrstuhl auf der Etage ansteigte, auf der sich D. befand, so öffnete D. die Tür. In Wirklichkeit befand sich jedoch der Fahrstuhl eine Etage höher; doch da das auf dem Aufzug befindliche Licht den Fahrstuhl nicht beleuchtete, konnte Hinterberger nicht sehen, daß der Aufzug sich eine Etage höher befand. Er hat daher in der Meinung, der Fahrstuhl befände sich vor ihm, die Tonne abwerfen wollen und ist beim Vortreten in den dunklen Schacht gefallen. D. ist also das Opfer der unzureichenden Stala geworden. Der Aufzug ist denn auch nach dem bedauerlichen Unfall außer Betrieb gesetzt worden.

Der Lunapark vor dem Kammergericht. Die Anwohner des Lunaparks haben den Prozeß gegen diesen wegen ruhestörender Lärms beim Kammergericht verloren. Nach eingehender Beweisaufnahme hat das Kammergericht in Uebereinstimmung mit dem Landgericht entschieden, daß die aus dem Lunapark herrührenden Geräusche das Maß des Erträglichen nicht überschreiten.

Leichenfund. Im Garten des Restaurants Schröder in Schildhorn wurde gestern morgen ein junger Mann im Alter von etwa 35 Jahren tot aufgefunden. Nach den vorliegenden Tatsachen muß auf Selbstmord geschlossen werden. Der Tote führte keine Ausweis-papiere bei sich, dagegen ein Portemonnaie mit Geld und eine Uhr.

"Gelbesand im Wechsel der Zeit", der neue Vortrag der Urania, in welchem ausgezeichnete farbige Bilder alle Stadien in stiller Schönheit, das fröhliche Strandleben der Badegäste, Helgoland im Schnee und Helgoland in Sturm und Sonnenschein zeigen, wird am Donnerstag und Sonnabend zur Wiederholung gelangen. Am Mittwoch und Freitag wird noch einmal der Vortrag "Liebesbilder von Nah und Fern" mit 300-Immatriographischen und grammophonischen Vorführungen wiederholt.

Zur Regelung des Wagenverkehrs zum Besuche der Konzerte und sonstigen Veranstaltungen in der Wilhelmshöhe Bernburgerstraße 22a/23 erläßt der Polizeipräsident folgende Anordnung: I. Die Anfahrt der Wagen erfolgt lediglich von der Köthenerstraße aus. Sie ist verboten von der Deffauerstraße oder vom Köthener Hof her. Die Freigabe der Einfahrt auf das Grundstück selbst wird von dem jeweiligen Wagenverkehr abhängig gemacht werden; bei großen Konzerten ist auf die Freigabe derselben nicht zu rechnen. Die entleerten Wagen fahren nur nach der Deffauerstraße ab und zwar ohne Aufenthalt. Der Nebenhalteplatz für Droschken I. Klasse vor dem Hause Bernburgerstraße Nr. 18 (Spitze nach der Köthenerstraße) wird nach Bedarf aufgehoben. — II. Aufstellung der Wagen. Die zur Abholung der Konzertbesucher anfahren den Wagen stellen sich auf: Privatwagen und Privatkraftwagen, sowie besetzte Droschken und Kraftdroschken in zwei Reihen nebeneinander auf der Nordostseite der Bernburgerstraße (Spitze vor dem Hause Nr. 12) nach der Köthenerstraße zu gerichtet, nach Bedarf Verlängerung auf der Nordwestseite der Deffauerstraße nach dem Hofenplatz zu gerichtet. Unbesetzte Kraftdroschken in einer Reihe nebeneinander auf der Südwestseite der Bernburgerstraße, Spitze vor dem Hause Nr. 14, nach der Köthenerstraße zu gerichtet, in der Verlängerung auf der Nordwestseite der Deffauerstraße bis zum Hofenplatz. Unbesetzte Droschken in einer Reihe nebeneinander auf der Südwestseite der Bernburgerstraße (Spitze vor dem Hause Nr. 22) nach der Deffauerstraße zu gerichtet, in der Verlängerung auf der Südwestseite der Köthenerstraße bis zum Hofenplatz. — III. Die Abfahrt erfolgt nur nach der Köthenerstraße; sie ist verboten nach der Deffauerstraße. Die Freigabe der Einfahrt auf das Grundstück von Wagen zur Abholung der Konzertbesucher wird von dem jeweiligen Wagenverkehr abhängig gemacht. — IV. Den Anordnungen der Aufsichtsbeamten befolgsam Ausführung der vorstehenden Bestimmungen ist zur Vermeidung der Bestrafung nach den §§ 132 und 133 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1890 Folge zu leisten.

## Vorort-Nachrichten.

### Niddorf.

In der letzten Magistratsitzung wurde der Einbau von zwei weiteren Schlammabziehröhrchen in die Wehre des Hauptentwässerungsgrabens von Voddinsfelde beschlossen. Auch wurde der Erbauung eines Gebäudes auf dem Gutshofe in Voddinsfelde zur Unterbringung des Motors, der Feuerlöcher, der flüssigen Brennstoffe und des Federblechs für die beiden Räumten wird nach dem Beschluß der Wirtschaftsdeputation zugestimmt. Desgleichen der Einführung des von der Regierung empfohlenen einleitenden Lehrplans für die Klassen der ungelerten Arbeiter an der Fortbildungsschule. Der Magistrat beschloß hierauf, das Hochbauamt zu ersuchen, einen Entwurf nebst Kostenanschlag für ein Krematorium auf dem Friedhofsgrundstück an der Gottlieb-Dunkel-Straße anzufertigen. Dem Beschluß der Wirtschaftsdeputation, die städtischen Friedhöfe für das Publikum um 1/2 Uhr zu öffnen und den Schluß auf einer Tafel mit auswechselbaren Zeitangaben am Eingang des Friedhofes bekannt zu geben, wurde zugestimmt. Die Vermittlungszeit in der weiblichen Abteilung des Arbeitsnachweises wurde an den Sonnabendenmittagen auf die Zeit von 9—6 Uhr festgesetzt.

### Stadtverordnetenwahlen am Sonntag.

Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung, grundsätzlich die nächsten Stadtverordnetenwahlen für die III. Wählerabteilung an einem Sonntag abzuhalten. Die Feststellung der Tagesstunden soll einer späteren Beschlußfassung vorbehalten bleiben.

### Charlottenburg.

Ein Straßenbahnunfall trat sich am Montag an der Ecke der Vestner und Sophienstraße zu. Dort wollte der Radfahrer Robert Orwald, Kaiserdamm 102 wohnhaft, einen auf dem rechten Schienenstrang fahrenden Koffenwagen überholen. Dabei fuhr er jedoch in den heranrückenden Motortwagen 260 der Linie U hinein, wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperren. Orwald, der eine schwere Verletzung am Hinterkopf und eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus Befund gebracht.

### Friedrichsfelde.

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken der im verflossenen Jahre verstorbenen Genossen Schubert und Albert Schröder. Ueber die Tätigkeit des Vorstandes berichtete Genosse Schwenzel. Die Mitgliederzahl ist von 190 (darunter 89 Frauen) auf 250 (67 Frauen) gestiegen. Die Zahl der Mitglieder ist — so bemerkt Redner — im Verhältnis zur Einwohnerzahl, die doch vorwiegend aus Arbeitern besteht, noch äußerst gering. Es gibt noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten und die Indifferenten auf unsere Seite zu bringen. Die Bildungsbestrebungen sowie die Unterstützung der Jugendbewegung finden noch lange nicht die nötige Unterstützung. Die Eltern sollten auch ihre Kinder mehr als bisher an den Spielen und Ausflügen, die von der "Freien Turnerschaft" veranstaltet werden, teilnehmen lassen. In der Landagitation ist ein kleiner Erfolg zu verzeichnen; in Marzahn sind drei und in Wehrow fünf Genossen für die Partei, sowie 10 Mitglieder für den Landarbeiterverband gewonnen worden. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht forderten die Genossen Lehmann, Pfeiffer, Gronwald und Schacht zur kräftigen, unablässigen Agitation für die Partei und die Arbeiterpresse auf. — Dem Bericht über die Kassenverhältnisse, den Genosse Maunich gab, ist zu entnehmen, daß

einer Einnahme von 616,28 M. eine Ausgabe von 707,05 M. gegenübersteht.

Bei der Neuwahl der Bezirksleitung wurden folgende Genossen gewählt: Schwenzel 1. und Liebcher 2. Bezirksleiter, C. Münnich, Koffierer; Schacht 1. und Gutter 2. Schriftführer; Weisiger: Kambach und Genossin Schmidt; Revisoren: Krüger, Waldmann und Hellmich; Bezirksführer: Lange (1. Bezirk), Budach (2. Bezirk) und Bernau (3. Bezirk); für die Frauen: Genossin Brunt. Der Landagitation und Lokalkommission gehören die Genossen Brunt und A. Krauer an. Bibliothekskommission: Geppert, Gutter, D. Münnich. Beschwerdekommision: Godes, Jugendausschuh: Kambach, R. Krauer. Bei den Wahlen zum Kreisvorstand soll Genosse Lehmann zur Agitationskommission und Genosse Baumgarten als Revisor vorgeschlagen werden. Als Delegierten zum Parteitag schlug die Versammlung Genossen Schwenzel und zur Provinzialkonferenz Genossen Liebcher vor. Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß am Sonntag (9. Juli) früh 6 Uhr eine Agitationstour in die Landbezirke unternommen wird und forderte zu reger Beteiligung auf.

### Zossen.

"Der Aufmarsch der Parteien zu den Reichstagswahlen" war das Thema, über das Genosse Böcke in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins referierte. Nach dem Jahresbericht, den Genosse Saube gab, war die Vereinstätigkeit eine sehr rege. Es fanden in der Berichtszeit 18 Vereinsversammlungen und 7 Volksversammlungen statt. Mitglieder hatte der Verein am Schluß 107, davon 28 weibliche. Trotzdem in der Berichtszeit 184 Mitglieder neu aufgenommen wurden, hat sich der Stand nur um 25 vermehrt, ein Zeichen der ungemein großen Fluktuation am Ort. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender Saube; 2. Vorsitzender Herzing; Kassierer Trebbin; als Beisitzerin Frau Nihler. Zu Bezirksführern Seifert, Franz Müller, Stein, Trebbin und Wolluschel. Zur Stadtverordnetenkommission Radow und Tscherschich, zur Lokalkommission Mag Beder. Als Revisoren Hecher und Spring. Die Wahl eines Schriftführers wurde zurückgestellt.

Die bei der letzten Stadtverordnetenwahl errungenen Mandate sind durch den Verzug der beiden Genossen wieder erlöhigt. Die Genossen müssen daher alle Kräfte einsetzen, die Mandate bei den diesen Herbst stattfindenden Ersatz- und Ergänzungswahlen wieder zu erringen. Bei der Aufstellung der Kandidaten entwickelte sich eine sehr lebhaft Diskussion. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die Aufstellung für eine außerordentliche Generalversammlung zurückgestellt. Vor Eintritt in die Tagesordnung meldeten sich 8 Genossen und 9 Genossinnen zur Aufnahme.

### Mariensfelde.

Aus der Organisation. In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Frey Gröulich den Jahresbericht; demnach haben 3 Generalversammlungen, 9 Mitgliederversammlungen, 4 Volksversammlungen, 3 Agitationstouren und 11 Flugblattverbreitungen stattgefunden. Der Kassenbericht des Genossen Schuster weist eine Einnahme von 884,98 M. und eine Ausgabe von 294,38 M. auf, an den Zentralvorstand wurden 256 M. abgeführt. Die Mitgliederzahl ist von 59 auf 70 Mitglieder, darunter 15 weibliche, gestiegen. "Vorwärts" Leser sind 92 am Ort. Nach dem Bibliotheksbericht des Genossen Kreuzberg sind 143 Werke vorhanden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Frey Gröulich, 2. Vorsitzender Karl Seiler, Kassierer Robert Dreyß, Schriftführer Richard Kreuzberg, Lokalkommissionsmitglied Mag Fischer. Als Revisoren wurden Paul Höde, Frey Schmidt und Rudolf Schmidt, als Bibliothekar Richard Kreuzberg, als Landagitationsleiter Mag Fischer, als Bezirksleiter August Petermann, Wilhelm Hönike, Frey Höcker, Rudolf Schmidt, Alfred Podjurski, Otto Wlume und als Beisitzer Wilhelm Hönike gewählt. Die Genosse Gröulich teilte, hatte der Vorstand an den Gastwirt Hans in einem Schreiben um Freigabe seines Lokales ersucht, der Herr hat es jedoch nicht für nötig gehalten, darauf zu antworten. Es sei daher jedes Genossen Pflicht, die Lokaltät streng zu beachten, dann wird auch für Mariensfelde die Zeit nicht mehr fern sein, in der der Arbeiterchaft ein freies Lokal zur Verfügung steht.

### Petershagen bei Fredersdorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zunächst der von unseren Genossen erneut gestellte Antrag auf Einführung einer Grundsteuererhöhung verhandelt. Begründend wurde ausgeführt, daß die jetzigen Einnahmen bei weitem nicht ausreichen, um das notwendige innerhalb der Gemeinde zu schaffen. Insbesondere soll bei Annahme des Antrages mit den mehr einfließenden Mitteln an den Ausbau des Straßennetzes gegangen werden, da die Gefahr des Verbotes, das Wohnen in Häusern an ungespülter Straße betreffend, noch lange nicht beseitigt ist. Des weiteren ist auf sanitärem Gebiet noch vieles zu erledigen. Ratsrätlich waren ein Teil der Altkommunisten dagegen, da es ja schließlich auch an ihren Geldbeutel geht. Als Gründe dagegen wurden angeführt: "Wir brauchen keine Luxusstraßen", "wenn es von den Grundbesitzern gewünscht würde", "wir haben es noch nicht nötig" usw. Schließlich haben aber auch ein Teil der bürgerlichen Vertreter eingesehen, daß etwas geschehen muß, um vorwärts zu kommen, und so wurde der Antrag unserer Genossen mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen. Ein ebenfalls von unseren Genossen gestellter Antrag auf Einführung einer Geschäftsordnung, wurde, nachdem Genosse Stimming das Ergebnis der Kommissionsverhandlung mitteilte, mit wenigen Änderungen angenommen. Wegen der Schulbaulosen wurde noch einmal Beschluß gefaßt. Wegen Übernahme der der Separationsgemeinde gehörigen Ländereien in den Besitz der politischen Gemeinde wurde dem Gemeindevorstand Körper Vollmacht erteilt. Wegen des Beseitigen Grundstückes soll das Enteignungsverfahren eingeleitet werden.

### Borghagen-Rummelsburg.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich Montag gegen 1 Uhr mittags an der Ecke der Neuen Bahnhofsstraße. Dort fuhr der Bäderlehrer Paul Schmidt, Lichtenberg, Schornwedderstr. 34 wohnhaft, kurz vor dem Motortwagen 2400 der Linie 70 auf das Gleis, wurde umgestoßen und blieb zwischen diesem und dem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Motortwagen 2297 der Linie 70 liegen. Sch. der einige Fleischwunden und Hautabschürfungen an der rechten Schulter und am linken Bein bei seinem Sturz davongetragen hatte, wurde nach Anlegung eines Rotverbandes in seine Wohnung geschafft.

### Weihensee.

Durch elektrischen Strom lebensgefährlich verletzt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Montag in der Sebansfr. 47/48 belegenden Fabrikationsabteilung der Berliner Herkuleswerke W. m. B. S. ereignet. Während des Betriebes, kam der 33jährige Arbeiter Gustav Müller aus der Greifswalder Straße den Drähten einer Starkstromleitung zu nahe, wodurch Kurzschluß entstand. Durch die sich hierbei bildende Stromschlange geriet die Kleidung des Arbeiters in Brand, der im Augenblick einer lebenden Feuerkugel gleich. Obwohl das Feuer durch Arbeitskollegen des Betruglückten alsbald erstickt werden konnte, hatte der Bedauernswerte bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß er in sehr bedenklichem Zustand in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

### Pantow.

Feuer brach vorgestern im Keller des hiesigen Rathauses aus. Aufgepöpelte Preshohlen waren durch Selbstentzündung in Brand geraten, so daß die Feuerwehr alarmiert wurde. Wenn das Feuer auch nur langsam um sich griff, so sah sich der Bürgermeister doch veranlaßt, die Akten aus dem in nächster Nähe belegenen Steuerbureau in Sicherheit bringen zu lassen. Sämtliche zur Verfügung stehenden Beamten mußten bis Akten nach dem Stungsjahr des Rathauses schaffen. Nach einhalbstündiger Tätigkeit konnte die Feuer-

wehre wieder abgerufen. Wäre der Brand noch ausgebrochen, so hätte er bedeutliche Formen annehmen können, da in den Kellerräumen 42 000 Preshohlen lagerten.

In der aufbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Spiermann den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 1080 gegen 852 im Vorjahre; es können also jezt 8 gegen früher 5 Delegierte in den Kreis entsandt werden. Der Vorsitzende erklärte an, daß in bezug auf Agitation gut gearbeitet worden ist, er führte aber Klage darüber, daß noch so viel gewerkschaftlich organisierte der Partei fernstehen. Die Ausfüllung der Hauslisten sei leider zu oberflächlich gehandhabt worden und es bedürfe einer gründlichen Nacharbeit, um brauchbares Material zu erhalten. Selbst die Statistik über die Genossen habe wegen Saumlässigkeit derselben noch nicht fertiggestellt werden können. Ueber diese beiden Punkte entspann sich eine längere Diskussion. Es fanden statt: 8 öffentliche, 2 Generals, 3 Kreisgeneralversammlungen und 8 Flugblattverbreitungen. Bedauerlicherweise ist die Beteiligung an den Flugblattverbreitungen nicht genügend. Dem Kassenbericht des Genossen Karren war zu entnehmen, daß einer Einnahme von 4301,44 M. eine Ausgabe von 4153,76 M. gegenübersteht. Eingehenden Bericht gab die Genossin Frede als Beisitzerin und Leiterin der Frauenlesende. Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission berichtete Genosse Böcker; es fanden statt: in Schönwalde (88 Mitglieder) 6 öffentliche Versammlungen, 1 Nichtbilderverein, 1 Versammlung unter freiem Himmel, 4 Flugblatt- und 1 Kalenderverbreitung; in Wandlitz-Badorf (35 Mitglieder) 2 öffentliche, 2 Mitgliederversammlungen; in Schönerlinde (23 Mitglieder) 4 öffentliche Versammlungen, 4 Flugblatt- und 1 Kalenderverbreitung. Genosse Schlichte von der Lokalkommission bemängelte, daß uns nicht genügend freie Lokale in den ländlichen Ortshäusern zur Verfügung stehen. Vom Jugendausschuh übte Genosse Ruppert Kritik an den Schikanen der Behörden und forderte schließlich zum Abonnement der "Arbeiter-Jugend" auf. Die Berichterstattung über die Bibliothek ergab einen Bestand von 381 Büchern. Ein Antrag, eine Jugendbibliothek zur Bekämpfung der Schulbibliothek einzuführen, wurde der neuen Bezirksleitung zur näheren Beiprächung überwiesen. Die Neuwahl der Vorstandsmitglieder hatte folgendes Ergebnis: 1. Bezirksleiter Gütig, 2. Bezirksleiter Gerhardt, Schriftführer Jenzler, Kassierer Karren, Abteilungsleiter für Süd Nishmann, für Nord Eichhorn. Die Wahl der Beisitzerin soll im nächsten Frauenleserabend vorgenommen werden. — Lokal- und Agitationskommission: Neumann, Junge, Böcker, Schindler und Lehmann. — Revisoren: Genossen Braß, Frede, Blank. — Bibliothekskommission: Weisner, Esfel, Wilsinger. — Beschwerdekommision: Weisner und Schewe. — In den Jugendausschuh: Ruppert, Rosoff, Brüppernau und Franz. — Kinderkassenleiterin: Genossin Gütig. — Bibliothekar: Genosse Nishmann. — Delegierte: Genossen Eichhorn, Kubig, Kruppe, Blank, Thomas, Schindler, Wulff, Gütig, Erharddelegierte: Michael, Wehndach und Soffe. — Nach Erledigung einiger unversenklicher Fragen im Verchiedenen schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, zu den kommenden Reichstagswahlen rege Tätigkeit zu entfalten.

### Schöneberg.

Bei der Verlosung auf dem Stiftungsfest des Wahlvereins in den neuen Rathauskellern, Weininger Straße 8, sind auf nachfolgende Nummern die Gewinne nicht abgedelt worden: 613, 601, 733, 481, 516, 496, 886, 384, 51, 842, 36, 603, 917, 671, 954, 416, 554, 853, 985, 702, 144, 702, 485, 850, 673, 706, 601, 328, 905, 375, 670, 509, 949, 57, 255. Gegen Verzeigung der Losnummern können die betreffenden Gewinngegenstände in der Expedition des "Vorwärts", Martin-Luther-Straße 69 (Kaden) in Empfang genommen werden.

### Spandau.

Beim Baden im Stäbensee hat vorgestern ein junger Mann aus Spandau seinen Tod gefunden. In der fünften Nachmittagsstunde hatten sich der Gastwirt Vorkardt und der Schuhmacher Gustav Zimmermann auf der Seeburger Straße sowie der Tischler Paul Krüger und der Arbeiter Karl Vollenborn auf der Amalienhofstraße nach Nischelwerder begeben, um im freien am südlichen Ufer im Stäbensee zu baden. Vor den Augen der andern versank mit einem Male Zimmermann, der sich etwas weiter in den See hinausgewagt hatte, in die Tiefe; die Begleiter unternahm Rettungsversuche, hatten damit aber keinen Erfolg. Der Verunglückte kam nicht wieder zum Vorschein und konnte auch nicht zutage gefördert werden. Der Verunglückte ist 22 Jahre alt und wohnte bei seinen Eltern.

## Gerichts-Zeitung.

Die Betrugsaffäre des Grafen Wolff-Metternich wird am kommenden Donnerstag die 10. Strafkammer des Landgerichts I in einer zweitägigen Sitzung beschäftigen.

In den jezt zur Anlage stehenden Fällen handelt es sich nur um die weniger interessanten Kreditkündigungen, die dem Grafen zur Last gelegt werden. Der erheblich interessantere Teil der gegen Wolff-Metternich schwebenden Anklage, das ihm zur Last gelegte Hochspiel, ist inzwischen abgetrennt worden, da sich die Auslieferung des in Kalkutta verhafteten Hochspielers Stalman alias Baron Korff-König, der mit der Metternichschen Sache in Verbindung steht, verzögert.

Der erst 34jährige Wolff-Metternich hat schon trotz seiner Jugend eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich. Er ist der Sohn des in Arcun an der holländischen Grenze ansässigen Kammerherrn Graf Lewin Wolff-Metternich und der Keife des Herrenhausmitgliedes Grafen Metternich-Krauth und des deutschen Reichsleiters in London Grafen Wolff-Metternich. — Schon in seiner frühesten Jugend soll der Angeklagte allerlei ideochische Streiche verübt haben. Als er als blutjunger Mensch an zahlreichen Stellen recht beträchtliche Schulden kontrahiert hatte, wurde er erst von seinen Verwandten nach einem Gutachten des Professors Wschaffenburg in Köln in ein Sanatorium übergeführt und mußte dann, mit genügend Geldmitteln ausgestattet, die Keife über den "großen Teich" antreten. Er hielt sich längere Zeit in Chile und Argentinien auf, wo er die Landwirtschaft studieren sollte. Als er dann nach Deutschland zurückkehrte, ging das Schuldenmachen sofort wieder von neuem und in verstärktem Maße los, so daß sich seine Familie schließlich vollkommen von ihm loskaufte. Er punctet, wie behauptet wird, alle Leute an, die ihm nur in den Weg kamen. Als sich die Zahl seiner Gläubiger, unter denen sich selbst Schuhmacher und Schneider befinden, immer vergrößerte, verschwand der Herr Graf eines schönen Tages aus Berlin und landete nach allerlei Irrfahrten schließlich in Wien, wo er sich mit der Schauspielerin Claire Vallentin verheiratete. Von seinem Vater, der ihm, nachdem er in den Verdacht der Brandstiftung auf dem böhmischen Gut geraten war, das Haus verboten hatte, erhielt er nur einen Zuschuß von monatlich 10 M. Trotzdem aber trat er überall eht gräßlich vornehm auf. Wie sich ergeben hatte, kaufte er bei der Firma Braun, Unter den Linden, nur Strümpfe zu 20 und 30 M. das Paar, bei dem Hofschuhmacher Breitpfecher Stiefel für 48 M. und zwar innerhalb eines halben Jahres für 600 M. usw. Selbst einem Gärtner, bei dem er einen Rosenkranz für 50 M. gekauft hatte, blieb er das Geld schuldig. Auf diese Weise hatte es der Angeklagte fertiggebracht, innerhalb weniger Monate 22 572 M. Schulden zu kontrahieren.

In seiner ersten Vernehmung behauptete Wolff-Metternich, daß ihm jede betrügerische Absicht gefehlt habe. Er habe gehofft, sich mit einer Berliner Millionärstochter, u. a. mit der Tochter eines bekannten Berliner Warenhausbefizers, zu verheiraten und von der Wittig keine Gläubiger befriedigen zu können. Dies sei ihm aber nicht gelungen, und er habe nach Wien flüchten müssen. — Zu der Verhandlung sind zirka 50 Zeugen und außerdem Medizinalrat Dr. Hoffmann als Sachverständiger geladen.

### Sum Blatsgesetz.

Nach § 30 Absatz 2 des Reichsdruckgesetzes sind u. a. in Kraft geblieben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Anschlag,

Anheften und Ausstellen von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufzügen von einer vorherigen polizeilichen Genehmigung abhängig machen. In Preußen kommt in der Beziehung der § 10 des preussischen Pressgesetzes in Frage. Ihn sollte der Zeitungshändler Trunsch dadurch übertreten haben, daß er ohne polizeiliche Genehmigung an seinem, mit einem Nieten umhängten Druckschriftenkasten den Titel einer Druckschrift von Karl Schmidt, Wilhelm II. betreffend, so angebracht hatte, daß sie als Plakat gewirkt habe. Das Landgericht Berlin sprach jedoch den Angeklagten frei und führte aus: Vom Anheften oder Ausstellen eines Plakats im Sinne des Gesetzes könne hier keine Rede sein. Der Angeklagte habe den Kasten herumgetragen, der Kasten sei also in Bewegung gewesen. Der Begriff des Plakats im Sinne des Pressgesetzes sehe aber voraus die Befestigung der Druckschrift an einem festem Gegenstand. Somit sei Angeklagter freizusprechen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß die Vorentscheidung ohne Rechtsirrtum ergangen sei. Insbesondere sei es zutreffend, wenn das Landgericht davon ausgehe, daß das Geschehen im Auge habe einen Anschlag an einen festen, leblosen Gegenstand. Das Geschehen aus dem § 10 des preussischen Pressgesetzes in Verbindung mit § 30 Absatz 2 des Reichspressgesetzes herbor. Ein Kasten aber, der herumgetragen werde, sei kein fester Gegenstand in diesem Sinne. Mit Recht sei Angeklagter freigesprochen worden.

### Betriebsunfall bei Glätte auf dem Bahnsteige.

Das Reichsgericht hat am Montag im Gegenstand zu den Vorinstanzen sich für die Haftbarkeit des Eisenbahnbesizers bei Glätte auf dem Bahnsteige ausgesprochen. Dem Urteil lag folgender Prozeßstoff zugrunde.

Der Kläger fuhr am 28. Dezember 1908 von Düsseldorf nach Reus. Als er dort den im Umkleebüro befindlichen Bahnhof verlassen wollte, kam er auf dem Bahnsteige infolge von Glätte zu Fall. Diese Glätte war dadurch entstanden, daß beim Wassernehmen einer Lokomotive Wasser auf den Bahnsteig gespritzt war. Zwischen der Begießung des Wassers und dem Unfall lag ein Zeitraum von ungefähr nur 20 Minuten. Auf die Schadenersatzklage erwiderte der beklagte Preussische Eisenbahnbesitzer, daß er nicht verpflichtet sein könne, auf dem Bahnsteige andauernd streuen zu lassen; im übrigen bestritt er, daß in dem Ausgucken ein Betriebsunfall zu finden sei.

Landgericht und Oberlandesgericht Düsseldorf erkannten auf Abweisung des Klägers. Ein Betriebsunfall hätte nach ihrer Ansicht nur dann angenommen werden können, wenn der Kläger infolge von großem Menschenandränge die Eisglätte nicht hätte sehen können. Jedoch könne großes Menschenandränge auf dem Bahnsteige nicht geherrscht haben, denn sonst wäre der Kläger nicht hingefallen.

Auf die Revision des Klägers ist das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom Reichsgericht aufgehoben worden. Das Reichsgericht hat den auf Zahlung eines Schmerzensgeldes gerichteten Anspruch des Klägers abgewiesen, dagegen im übrigen die Ansprüche des Klägers dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Demnach verneint das Reichsgericht ein Verschulden des Besizers, findet jedoch in dem Ausgucken auf dem Bahnsteige einen Betriebsunfall. (RtZ. 109/10)

## Aus aller Welt.

### Die Kompostschüssel ist voll!

Weil er keine Arbeit finden konnte, erhängte sich in Lindenhof bei Demmin ein alter Landarbeiter. Er hatte auf den verschiedensten Stellen Versuche gemacht, Unterkunft zu finden, war aber überall für zu alt befunden worden. So war er schließlich dahin gekommen, sich auf diese Weise „Hilfe“ zu verschaffen.

### Schreckensstat eines Wahnsinnigen.

Der Kaufmann Heinzen, der in einem Nachtcafé in Barmen kniepte, gab auf einen Polizeibeamten mehrere Revolverkugeln ab, als dieser den Heinzen wegen ruhestörenden Rärms zurechtwies. Heinzen schoß dann auf einen Vorübergehenden, der dem Beamten zu Hilfe eilen wollte, und traf ihn ins Herz, so daß er sofort tot war. Einen weiteren Anwesenden verletzte Heinzen lebensgefährlich. Der Polizeibeamte starb kurze Zeit nach seiner Entlassung ins Krankenhaus. Heinzen, der schon einmal in einer Irrenanstalt untergebracht war, begte gegen den Polizeibeamten Groß, weil dieser ihn schon einmal zur Anzeige gebracht hatte.

### Ein italienischer Gewerkschaftspräsident ermordet.

Einem Telegramm aus Rom zufolge ist der Präsident der Schiffszimmerer in Pisa, Baracchini, das Opfer eines Attentats geworden, dessen Motive bisher noch unbekannt sind. Baracchini wurde bei einem Spaziergang auf der Landstraße plötzlich von zwei Droschken eingeholt, deren Insassen gleichzeitig auf ihn ein Revolverfeuer eröffneten. Sie schossen fünfundsiebenzig Schüsse ab und war sofort tot. Die Mörder sind Arbeiter, die nicht zur Gewerkschaft aber jedenfalls zu den nächstschlechtesten Elementen des Staates — den Streikbrechern — gehören. Zwei von ihnen wurden verhaftet. Sie konnten nur mit Mühe vor der Menge, die sie lynchen wollte, geschützt werden.

### Opfer der Hitze.

In New York betrug die Temperatur gestern nachmittag 86 Grad Celsius. Es wehte am Nachmittag Südwestwind. Es ereigneten sich Hunderte von Hitzschlägen, davon 20 tödlich. Die Hitze wehte recht bis weit nach Kanada hinein, wo sogar 40 Grad Wärme gemeldet werden.

Auch Frankreich leidet sehr unter der Hitze. Wie aus Lyon berichtet wird, sind infolge der Hitze gestern vier, in der Umgegend von Lyon sechs Personen am Hitzschlag erkrankt, eine Person ist bereits gestorben. Auch in anderen Städten Südfrankreichs sind durch die Hitze zahlreiche Personen erkrankt.

### Kleine Notizen.

Erdbeben in Algerien. In der Nacht zum Dienstag sind in verschiedenen Städten Algeriens sowie in einem weiten, südlich von Algerien gelegenen Gelände ziemlich starke Erdbeben verspürt worden. Die Bewegung dauerte zehn Minuten und ging von Osten

nach Westen. Die Erderschütterung hat eine lebhaftige Panik unter der Bevölkerung Algeriens herbeigeführt.

Die Cholera. In Nikolajewsk im Gouvernement Samara sind in den letzten fünf Tagen 15 Cholerafälle, von denen einer tödlich verlief, vorgekommen. In ein Cholerafall ereignete sich in den Kreisen Level im Gouvernement Wjatska, Kosnedenski im Gouvernement Kasan, Wirjain im Gouvernement Poltawa und in Sals.

Arbeiterlos. Als gestern früh in Königsberg i. Pr. ein hoch beladener Kahn die geschlossene Kaiserbrücke passierte, wurde ein Matrose zwischen der Brücke und der Ladung totgequetscht.

Im Nigischen Meerbusen herrscht seit drei Tagen Sturm. In der Nähe von Domesnas ist das Segelschiff „Mathilde“ untergegangen. Zwei Matrosen und die Frau des Schiffers sind ertrunken.

Gebildete Kaufleute. In Kaschau geriet der Student der dortigen Handelsakademie Szentmiklosch mit dem Donnedientant Jurenal auf offener Straße aus beläufiger Ursache in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Hierbei wurde der Akademiker von dem Leutnant durch Säbelhiebe auf den Kopf sehr schwer verletzt.

### Briefkasten der Redaktion.

Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> abends statt.

Matra. 1. Vorkommnisse. 2. Nicht zweimal Straße in gleicher Sache. 3. Zu polizeilicher Kenntnis. 4. Die Spuren sprechen. 5. Im Zweifel Freispruch. 6. Alles das Reine frage ich mit mir. 7. Unterrichten Sie sich über den Begriff durch ein beliebiges, aber gutes Konversationslexikon oder ein sonstiges Nachschlagewerk. Der Briefkasten hat für berufliche Belehrungen kein Verbot. — Ausländer 21. Geburtsurkunden. Antrag an das Polizeipräsidium. Ansehen im Voraus nicht bestimmbar. — P. 100. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — W. S. 20. 1. Nach 3 Monaten. 2. Ja. — R. R. 1. 1. Geben Sie in eine Drogerie. 2. Nein. — Berliner Wald 300. Geben Sie auf. — P. S. 62. 1. und 4. Sie brauchen nur nicht zustimmen. 2. Sie können klagen, wenn Ihnen dadurch Schaden zugefügt ist. 3. Nein. 5. Nein. — R. S. 520. Nein. — Tho 1. Geben Sie bis zum nächsten Jahre. — R. S. 30. Sie brauchen die Anwaltschaft nicht zu zahlen.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 7.	am 9. 7.	Wasserstand	am 10. 7.	am 9. 7.
	am	am		am	am
	0m	0m		0m	0m
Remel, Mühl	84	+1	Seale, Großh.	32	-13
Bregel, Jüterburg	45	-1	Dabel, Ebnan	20	-3
Reichl, Horn	22	-8	Muthen	23	+1
Dier, Rathor	111	0	Spre, Sorenb.	72	0
• Krossen	—	—	Beeslow	81	-1
• Franfurt	70	-6	Wieser, Witten	118	-2
Warte, Schirm	-8	0	Witten	42	-1
• Landsberg	-20	-2	Rein, Ragimilian	476	-7
Reh, Baran	-28	-6	• Sand	251	-5
Sibe, Helmberg	-78	-6	• Rbin	935	-9
• Dresden	-192	+2	Redat, Heuborn	49	+9
• Barch	37	-7	• Rein, Bergeim	91	-5
• Magdeburg	50	0	• Roloi, Trier	11	-8

+) + bedeutet Wachs, — Fall, —) Unterbeal.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Peterdurger Viertel.  
(Bzkt. 873 a II.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Wilh. Sensenhauser**, Agner Straße 36, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungskirchhofes in Weihensee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Todes-Anzeige.  
Am 9. Juli verstarb unser Genosse, der Maschinenbinder **Artur Wentzlaff**  
Eberfelder Straße 29.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Juli, von der Leichenhalle des Ostlandsgemeinde in Weihensee aus statt. 229/9  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der Bureauangestellten Ortsgruppe Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern zur gest. Kenntnis, daß am 7. d. M. unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Ludwig Koppitz** (H. D.-R. Charlottenburg) verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Westend, Fürstendamer Weg aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Verein Radfahr-Club Charlott.**  
(Mitgl. d. Arb.-Radf.-B. Solidarität.)  
Am Freitag, den 7. d. M., verstarb unser Mitglied, der Krankenlastenkontrolleur **Ludwig Koppitz** im Alter von 50 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Westend, Eingang Fürstendamer Weg, aus, nach dem neuen Luisen-Kirchhof, Fürstendamer Weg, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
11/20 Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Gatten und Majors **Hermann Hinz** lagen mir hierdurch allen Bekannten sowie dem Gesangsverein „Gedundener Harmonie“, dem Vorstand der Ortskrankenkasse der Handhuhmacher, dem Verband der Lederarbeiter (Hilke Berlin I) unseren herzlichsten Dank.  
**Martha Hinz und Sohn.**

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andraustraße).  
Sohrgr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Peterdurger Viertel.  
(Bzkt. 873 a II.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Wilh. Sensenhauser**, Agner Straße 36, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungskirchhofes in Weihensee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Todes-Anzeige.  
Am 8. Juli, verstarb unser Genosse, Frau **Justine Grobler**  
Dunderstr. 33.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Weihensee-Gemeinde, Nordend, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 7. d. M. ist nach langer Krankheit unser lieber Kollege **Ludwig Koppitz** gestorben. Er war ein treuer und braver Kamerad, ein Mann, der sich durch seine Aufrichtigkeit, seinen geraden und ehrliehen Charakter überall Freunde erworben hat.  
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. 277/12  
Die Angestellten der Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines ungeliebten Sohnes, unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels **Fritz Woitas** sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen der H. U. G., Frauenstraße, Abteilung R. 2, dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem 6. Berliner Wahlkreis, dem geselligen Vorkreisverein „Junger Luthi und Hebel“, dem Gesangsverein „Venedigmorgen“ und den Herren der Betriebsgenossenschaft Berliner Kraftfahrzeugwerke im Namen der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank. 268/6  
**Wwe. Klara Woitas**, Schiffbaustr. 119.

**Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.**  
**Dr. Popke**, Rosenthaler Str. 70  
Spr. 9-2, 5-8, Sonnt. 9-3

**Buchhandlung Vorwärts**  
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)  
zu Ausflügen und zu Reisen  
empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in **Wander-Karten und Bücher**  
Kiesling — Str. abo  
Silva — Via u. a.  
Reiseführer: Grieben.  
Kursbücher: Kiesling, König, Sturm.  
Reise-Lektüre.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsbüro Berlin.**  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Wilh. Sensenhauser** am 9. Juli an Brustleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungskirchhofes in Weihensee, Nördtenderger Weg aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
119/10 Die Ortsverwaltung

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau unseres Kollegen **G. Grobler** **Justine Grobler** (geb. Bachgänger) (Dunderstr. 33, Bzkt. 3) am 8. d. M. verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Weihensee-Kirchhofes, Nordend, aus statt. 75/9

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kollege **Karl Martin** am 8. Juli im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Gotthard-Kirchhofes, Barndstraße, aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Einmaliges Angebot**  
bei **Westmann** Mohren-Strasse 37a nahe Jerusalemstr.  
Gr. Frankfurter Str. 115 nahe Andraustra.  
ca. 150 Reinsidene Duchesse-Mäntel ca. 140 lang mit farbigen Klappen und Aufschlägen, soweit Vorrat 24<sup>3/4</sup>  
ca. 80 Elegante seidene Bast-Kostüme sonstiger Saisonpreise bis M. 210.— . . . . . soweit Vorrat 48.—  
ca. 200 Gesellschaftskleider aus Foulard Papeline Vais-Ninon nach franz. Mod. sonst. Preis b. 240 sow. Vorr. 36.—  
ca. 150 Loden-Peterinen, grün und grau mit Kapuze imprägniert, wasserdicht, ca. 140 cm lang, sow. Vorrat 10.—  
ca. 40 Tüllmäntel f. sehr starke Damen auf Tafel u. ohne Füller, sonstiger Preis bis 100 M. soweit Vorrat 33.—  
ca. 180 Reisekleider, d. Feinste u. Praktischste 25.—  
ca. 5000 Röcke, Blusen, Leinen-Kostüme, Stoff-Kostüme, Staubmäntel in den herrlichsten Ausführungen zum Teil bis auf ein Fünftel der früheren Preise ermässigt.  
Nur beste Ausführungen und Qualitäten.  
Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags der Andrang zu stark.

**Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.**  
**Dr. Simmel**  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andraustraße).  
Sohrgr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Joseph Haberstroh** am 9. Juli gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Auferstehungskirchhofes in Weihensee, Nördtenderger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht.  
Am 8. Juli starb unser Kollege, der Tischler **Wohlrath Eichhorn**.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Auferstehungskirchhofes in Weihensee, Nördtenderger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ersucht  
85/14 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Wilhelm Sasse** (Zahlstelle Südost) am 8. Juli verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
120/9 Der Vorstand.

**Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am Sonnabend, den 8. Juli, starb unser Verbandskollege, der Glasbläser **Rudolf Wolfert** freiwillig aus dem Leben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, auf dem südlichen Friedhof Friedrichsfelde.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Einmaliges Angebot**  
bei **Westmann** Mohren-Strasse 37a nahe Jerusalemstr.  
Gr. Frankfurter Str. 115 nahe Andraustra.  
ca. 150 Reinsidene Duchesse-Mäntel ca. 140 lang mit farbigen Klappen und Aufschlägen, soweit Vorrat 24<sup>3/4</sup>  
ca. 80 Elegante seidene Bast-Kostüme sonstiger Saisonpreise bis M. 210.— . . . . . soweit Vorrat 48.—  
ca. 200 Gesellschaftskleider aus Foulard Papeline Vais-Ninon nach franz. Mod. sonst. Preis b. 240 sow. Vorr. 36.—  
ca. 150 Loden-Peterinen, grün und grau mit Kapuze imprägniert, wasserdicht, ca. 140 cm lang, sow. Vorrat 10.—  
ca. 40 Tüllmäntel f. sehr starke Damen auf Tafel u. ohne Füller, sonstiger Preis bis 100 M. soweit Vorrat 33.—  
ca. 180 Reisekleider, d. Feinste u. Praktischste 25.—  
ca. 5000 Röcke, Blusen, Leinen-Kostüme, Stoff-Kostüme, Staubmäntel in den herrlichsten Ausführungen zum Teil bis auf ein Fünftel der früheren Preise ermässigt.  
Nur beste Ausführungen und Qualitäten.  
Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags der Andrang zu stark.



# Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zentral-Verband der Zimmerer

Zweigverein Berlin.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

## Sektion der Gips- und Zementbranche.

Donnerstag, den 13. Juli 1911, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandanten-Straße 58-59:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission und Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Sonnabend den 29. Juli 1911, in Altiems Festsälen, Hasenheide:

## Erstes Stiftungs-Fest des Zweigvereins Berlin.

Billets hierzu sind bei den Hauskassieren und im Bureau, Engelauer 15, zu haben.

Wegen Inventur der Bibliothek bleibt dieselbe im Monat Juli geschlossen. Alle noch entliehenen Bücher ersuchen wir, bis Montag, den 17. Juli cr., zurückzuliefern.

Der Zweigvereinsvorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Tischler. Bezirk Nixdorf.

Donnerstag, den 13. Juli, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), im Idealcasino (Kredite), Weichselstr. 8:

## Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Langhammer über „Die Berliner Zählstelle und deren Funktion“. 2. Branchensangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen eruchtet

Die Kommission.

Sonntag, den 16. Juli, früh 7 Uhr:

## Herrenpartie nach Helmühle-Biesenthal.

Treffpunkt am Denkmal „Edel Richard“ und Bergstraße. Abfahrt Stettiner Bahnhof 8 Uhr 30 Min. Treffpunkt für Nachzügler: Restaurant „Seeschloß“ in Biesenthal. 85/13

## Modell- und Fabriktschler sowie Modelldrechsler.

Donnerstag, den 13. Juli cr., abends pünktlich 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11-12:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

„Die Modelltschler in der modernen Arbeiterbewegung.“ Referent: Kollege Barth-Chemnitz.

Zahlreiches Erscheinen, besonders der Unorganisierten, erwartet

Die Kommission.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III Amt 3, 1987

Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

## Allgemeine Versammlung der Klempner Berlins u. Umg.

in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:

Wahl der Mitglieder der Schlichtungskommission.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Berlin.

## Buchbinderbranche!

Donnerstag, den 13. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

## Versammlung aller in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderinnen-Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Die Durchführung des neuen Tarifs in den Buchdruckereien.

Kollegen und Kolleginnen! Da wir bei der Einführung des Tarifs auf Schwierigkeiten stoßen, ist es unbedingt notwendig, daß alle in dieser wichtigen Versammlung erscheinen, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Mit kollegialem Gruß

Die Ortsverwaltung. Die Tarifkommission.

**Ohne jede Anzahlung**

**Pianos**

erstklassiges Fabrikat (Ormal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleinem monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

**Conrad Krause Nchfg.** Berlin, Ansbacher Str. 1 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

**Auch Sonntags geöffnet.**

## 2 Mitglieder-Versammlungen

Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, gr. Saal  
Freitag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Girkenwäldchen“ zu Steglitz, Schützenstraße.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

## Der wirtschaftliche Aufstieg der Arbeiter und der Tarifvertrag.

Referent: Verbandsredakteur August Bringmann-Hamburg. Diskussion.  
Kameraden! In Anbetracht dieses aktuellen Vortrages eruchten wir Euch recht dringend, in diesen Versammlungen Mann für Mann zu erscheinen.

## Konsum-Verein für Charlottenburg und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

zu Charlottenburg.

Die Genossenschaft ist laut Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1911 aufgelöst.

Als Liquidatoren sind die Unterzeichneten bestellt. Alle Zuschriften sind an Friedrich Dieter, Lichtenberg, Rittergutstr. 23, 2 Treppen, zu richten.

Wir fordern unsere Gläubiger auf, ihre Forderungen anzumelden.

100/8\*

## Konsum-Verein für Charlottenburg und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

zu Charlottenburg in Liquidation.

Die Liquidatoren:

Friedrich Dieter, Lichtenberg, Rittergutstr. 23.	Fritz Busse, Charlottenburg, Nehringstr. 9.	Heinrich Bollentin, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 36.
---	--	---

## Zentrale Kranken- u. Sterbekasse der Futscher und verwandter Berufsgenossen

(E. G. Nr. 82) zu Berlin.  
Allen Kassemitgliedern zur Nachricht, daß die nach § 18 unseres Statuts abzusaltende

## General-Versammlung

am 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Rosa“, Stralauer Brücke 2a stattfindet, zu welcher sämtliche Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tages-Ordnung:  
1. Halbjähriger Kassendbericht, Bericht der Revisionskommission und Dechargerteilung. 2. Reueahl des Kassenvorstandes und der Revisionskommission. 3. Verschiedenes.  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des gültigen Mitgliedsbuches gestattet.

Der Kassenvorstand.  
V. A.: Paul Borrmann, Rentant, Grüner Weg 3.

## Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

(E. G. Nr. 115.)  
Sonntag, den 23. Juli 1911, vormittags 9 Uhr:

## General-Versammlung

in Großes „Neue Rathensäle“, Weininger Straße 8 (Tunnel).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Delegierten der beiden Kongresse der Krankenkassen. 2. Vorbesprechung über die zukünftige Gestaltung unserer Kasse. 3. Halbjährlicher Kassendbericht. 4. Verschiedene Kassensangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder eruchtet

Der Vorstand. 272/20\*

V. A.: G. Jaenicke.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dann. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neua Promenade 8, II. (Stadt, Bstr.)

## Kontor-Einrichtung

ist zu verkaufen.  
Konsumverein für Charlottenburg und Umgegend  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht  
zu Charlottenburg,  
Ballstraße 23, Hof 1 Treppe. 106/9

## Achtung! Bäckerstreik. Achtung!

Weiner geehrten Kundenschaft und Nachbarschaft zur Mitteilung, daß die Differenzen, welche ich mit dem Vertrauensmann der Bäcker hatte, jetzt zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt sind. Keine Bäcker gibt demzufolge wieder als geregelt.

Der Vertrauensmann der Bäcker u. Konditoren.  
Grigat, Bäckermeister, Nixdorf, Friedenstr. 52.

**VEDECI**  
**CIGARETTEN**  
Notre-Gout 3 Pfg.  
Notre-Force 4 Pfg.  
Sardanapal 5 Pfg.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Gubisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
- W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
- O. R. Gadelbusch, Peterburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82, R. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.
- NO. S. Jucht, Zimmereisstraße 12, J. Neul, Barndstr. 42.
- N. W. Baumann, Bernauer Str. 9, F. Trapp, Stettiner Str. 10, Karl Ward, Hofener Str. 123, Karl Weiche Nachf., Kazaretschstr. 49.
- S. Vogel, Leipzigstr. 37, A. Tsch. Zwalldenstr. 124.
- S. Dechand, Radeplatzstr. 24.
- NW. Karl Auberé, Salzweidestr. 8, L. Wenzel, Hofmannstr. 29.
- SW. G. Werner, Ortelmannstr. 72, Dachs, Dageberger Str. 27.
- S. St. Frits, Pringener Str. 31, F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Lantzer Platz 14/15, V. Gorch, Engelauer 15.
- Adlershof, Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.
- Baumgartenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, L. Borsigwalde, Paul Riens, Künigstr. 10.
- Charlottenburg, Gustav Scharberg, Seifenbaker Str. 1, Friedrichshagen, Graf Werkmann, Köpenicker Str. 18.
- Grünau, Franz Klein, Friedenstr. 10.
- Johannisthal, Vietde, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
- Karlshorst, Richard Rüter, Abdelstr. 9, II.
- Köpenick, Emil Wihler, Rieperstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Otto Seitel, Kronprinzstr. 4, I.
- Nieder-Schöneweide, Max Friedle, Blicher Str. 14 II.
- Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedenstr. 7.
- Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.
- Pankow, Otto Rihmann, Mühlentstr. 30.
- Reinickendorf, V. Gurich, Propingstr. 56, Laden.
- Rixdorf, W. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50.
- G. Rohr, Steglitzstr. 29/29.
- Rummelsburg, A. Reizenrau, Alt-Borghagen 56.
- Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Rartius-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau, Köppen, Drehtstr. 64.
- Steglitz, G. Bernsee, Mühlentstr. 5.
- Tempelhof, Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.
- Treptow, Robert Gramenz, Steinhilberstr. 412, Laden.
- Weißensee, Rudmann, Sedanstr. 105, Schiller, Rönig-Chaussee 39a.
- Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hof hinter.

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Maler etc.

Bureau; Weichselstr. 28. Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.

## Donnerstag, den 13. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung

in „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1911. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!  
Die Ortsverwaltung.

Wir machen unseren werten Geschäftsfreunden hierdurch die Mitteilung, daß die bisherige Firma

**Buchhandlung Vorwärts Paul Singer**  
in Berlin  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
umgewandelt worden ist.

Sämtliche Aktiven und Passiven sind von der neuen Gesellschaft übernommen. Wir bitten hiervon Notiz nehmen zu wollen. Die Gesellschaft firmiert:

**Buchhandlung Vorwärts Paul Singer**  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.  
Wir bitten Sie, das der früheren Firma geschenkte Vertrauen auf die neue Gesellschaft zu übertragen.  
Hochachtungsvoll  
**Buchhandlung Vorwärts Paul Singer.**

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Mitteilung erlauben wir uns anzuzeigen, daß die bisher unter der Firma

**Buchhandlung Vorwärts Paul Singer**  
in Berlin  
betriebene Buchhandlung nebst Aktiven und Passiven von uns übernommen ist. Das Geschäft wird unter der bisherigen Firma weitergeführt.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind die Herren Fritz Ebert und Bernhard Bruns, von denen jeder für sich allein für die Gesellschaft rechtsgültig zeichnen kann. Wir bitten Sie, das der früheren Firma geschenkte Vertrauen auch uns entgegenzubringen.

Hochachtungsvoll  
**Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H.**

Wollen Sie etwas feines rauchen dann empfehlen wir Ihnen:

**Salem Aleikum**  
CIGARETTE DES FEINSCHMECKERS.  
Neu!  
**Salem Gold**  
Goldmundstück-Cigarette  
Etwas für Sie!  
Nr. 3, 4, 5, 6, 8, 10  
Preis: 3, 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. d. St.  
Orient-Tab. u. Cigaretten-Fabrik „Yenidze“  
Jah. Hugo Ziefz, Dresden.